

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Dienstag, den 22. November 1910.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

#### Abonnements-Bedingungen:

Abonnementspreis: vierteljährlich 1,20 M., monatlich 1,10 M., wöchentlich 26 Pf. Frei ins Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 M. pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

#### Die Insertions-Gebühr

Bekannt für die sechs-spaltige Kolonelle oder deren Raum 10 Pf. für politische und gewerkschaftliche Inserate und Besondere-Anzeigen 10 Pf. „Kleine Anzeigen“, das heißt (stehende) Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Gesetzentwurf und Gesetzesentwürfen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

## Wahl-Ouvertüre.

Dem heute im Reichstage beginnenden Sessionsabschnitt werden die unvermeidlich bevorstehenden Neuwahlen das Gepräge aufdrücken. Die Regierung wie die Parteien werden bei ihrem Tun und Lassen stets die Einwirkung auf die Wahlen in Rechnung stellen. Und am schärfsten wird sich diese Rücksichtnahme geltend machen bei denjenigen, auf denen die Verantwortung für den Steuerraubzug des Jahres 1909 lastet, bei dem Schnapsbrot und seinen Handlangern in der Regierung.

Gaben sich doch im Laufe des Sommers die Auswirkungen jenes gemeinschaftlichen Nachwerks agrarischer Staatsmannschaft noch wichtiger geltend gemacht als im Vorjahre. Die agrarische Verteuerungspolitik wurde in Deutschland verschärft durch die allgemeine Preissteigerung auf dem Weltmarkt. Mit den Preisen stieg aber auch der Unwille des Volkes über die künstliche Herabdrückung seiner Lebenshaltung, wuchs der Ingrimm gegen die Hauptnutznießer dieser Politik, die Junker.

Die stattgefundenen Reichstagsnachwahlen legten beredetes Zeugnis ab für die Volksstimmung. Jeder neue sozialdemokratische Wahlsieg fuhr den Machthabern wie ein Schreckschuß in das schlotternde Gebilde.

Die amtierende Bureaucratie hat nach altem Brauch gegen das drohende Unheil durch eine anstrengende Verschleppungstaktik reagiert. Die ausstehenden Geschäfte des Reichstages nicht minder wie die Notwendigkeit einer frühzeitigen Erledigung des Budgets machen eine schleunige Enderfassung des Reichstages erforderlich. Sein Zusammenritt war auch für den 8. November in Aussicht genommen, immer noch reichlich spät; aber bis zum 22. November ist der Beginn hinausgeschoben worden. Und nun kam man darauf gefaßt sein, daß von der Regierung und den Mehrheitsparteien versucht werden wird, jeden Versuch einer gründlichen Erörterung der politischen Lage, jede eingehende Kritik der Regierungspolitik zu verhindern durch den abgegriffenen Einwand: „Die Rücksicht auf die Geschäftslage nötigt uns, die Verhandlungen des Hauses auf die dringlichsten Geschäfte, die Erledigung des Budgets und der vorstehenden Gesetzesvorlagen zu beschränken“.

Mit diesem Einwand ist erfolgreich seit Jahren operiert worden. Er wurde auch zum Ueberdruß wiederholt im vorigen Sessionsabschnitt, und mit dieser Redensart im Munde brachten die pflichterfüllten Volksvertreter es fertig, die Sitzungstage auf 22 einzuschränken, trotzdem die Erfahrung erwiesen hat, daß 120 zur ordnungsgemäßen Erledigung der Reichstagsgeschäfte knapp genügen. Mehr wie je tritt es klar zutage, daß die Bureaucratie darauf hinarbeitet, den Reichstag zu einer Geldbewilligungs- und Gesetzesfabrik herunterzudrücken und mehr als je leisten die bürgerlichen Abgeordneten ihr bei dieser parlamentseindlichen Politik willfährig Verstand.

Aber schließlich: einschränken können diese politischen Zersprengung die Kritik wohl durch solche Machenschaften, völlig hindern können sie daran die Sozialdemokratie nicht. Es wächst also aus allen Vorkommnissen der jüngsten Zeit übergenug Stoff zur Kritik heraus. Es wird Aufgabe der Reichstagsfraktion sein, bei jeder passenden Gelegenheit die Schäden des Staatswesens und die Fehler der Reichspolitik aufzudecken.

Wleich das Budget, das Herr Bermuth dem Reichstag vorgelegt hat, gibt dazu Anlaß. Der neue Schatzsekretär geizt nach dem Ruhme eines sparsamen Wirtschafters. Gleich nach seinem Amtsantritt verkündete er, daß mit der Anleihenwirtschaft gebrochen werden muß. Er mag sich auch in diesem Sinne bemühen haben. Aber gelungen ist ihm der edle Voratz nicht. Für das Jahr 1911 sieht der Etat eine Anleihe von 9 1/2 Millionen Mark zur Deckung des Extraordinariums vor, wenn auch versucht werden soll, die Aufnahme des Geldes möglichst hinauszuschieben. Daß aus der ewigen Finanzmisere nicht herauszukommen ist, liegt zu meist an dem widerwärtigen indirekten Steuersystem, daß in Jahren schlechter Wirtschaftskonjunktur naturgemäß die Reichseinnahme unter das zu erwartende Durchschnittsmah hinunterdrückt. Aber die neuen Steuern des Schnapsbrot haben noch ein besonders ungünstiges Ergebnis gehabt; sie sind weit hinter den amtlichen Erwartungen zurückgeblieben. Statt der erhofften 4 bis 500 Millionen Mehretrag, wird die Einnahmesteigerung in diesem Jahre nur auf 266 463 920 Millionen Mark veranschlagt. Dabei ist es eine für die Sozialdemokratie höchst erfreuliche Tatsache, daß zu dem Einnahmeausfall die Branntweinsteuer erheblich beigetragen hat, so daß der Schnapsbrot seine heilsame Wirkung nicht verfehlte. Man kann also mit Zug und Recht von einem Biasko der Steuerreform des Schnapsbrot reden.

Aber die Hauptursache der ewigen Finanzmisere ist doch in dem unerträglichen Appetit des Militärmodochs zu suchen, der zu Wasser und zu Lande seine Saugarme ausstreckt. Trotz des Bermuthschen Spatriebes sind die Militär- und Marineforderungen nicht eingeschränkt; sie sind knapp etwas über den vorjährigen zurückgehalten worden mit der schönen Aussicht obendrein, daß sie in den kommenden Jahren dann um so mehr anschwellen werden. Wollte man aber ernstlich ans Sparen gehen im Reich, dann müßten zunächst ertrockene Abstriche

gemacht werden. Ein Minister aber, der dieses heiße Eisen anzufassen wagt, müßte aber erst noch gefunden werden, und wäre er gefunden, dann wäre es mit seiner Ministerlaufbahn zu Ende im verpreuhten Deutschen Reich. Wieder also und mit verstärkter Wucht kann und muß der Kampf gegen den Militärmodoch aufgenommen werden in der Etatsdebatte. Bezeichnenderweise ist trotzdem den berechtigten Ansprüchen der Militärintaliden auf Sicherung einer auskömmlichen Rente auch in dem neuen Etat nicht Rechnung getragen. Herr Bermuth hält aber die Bewährung dieser Forderung als Vorkittel hin, um sich die Bewilligung reichlicher Mittel für andere Zwecke aus einer Reichssteuer- und wachststeuer zu sichern, die am Schlusse des vorigen Sessionsabschnittes in der Kommissionsberatung stecken geblieben ist.

Daß die Sozialpolitik wieder zu kurz gekommen ist bei der Geldverteilung im Etat, versteht sich am Rande. Aber nicht nur bei dieser Gelegenheit drängen sich sozialpolitische Erörterungen auf. Einen dringenden Anlaß dazu wird neben einer Anzahl anderer sozialpolitischer Vorlagen die zweite Lesung der Reichsversicherungsordnung geben, die im Laufe des Winters zu erwarten steht. Die Kommission war zu deren Durchberatung den Sommer über zusammengehalten worden, sie ist mit ihren Beratungen noch nicht zu Ende gekommen, doch wird die Fertigmachung in nächster Zeit erwartet. So viel läßt sich nach den bisherigen Ergebnissen aber jetzt schon erkennen, daß wir es da mit einem fast durchweg reaktionären Nachwerk zu tun bekommen, bei dem der Regierung und den maßgebenden Parteien es weniger darum zu tun war, die Mängel des bestehenden Versicherungswesens zu beseitigen und die künftigen Bezüge der Invaliden der Arbeit sowie der Witwen und Waisen aufzubessern, als vielmehr der Weiterentwicklung der Selbstverwaltung der Arbeiter in der Arbeiterversicherung einen Niegel vorzuschieben.

Alle Anträge unserer Vertreter auf Aufbesserung der Bezüge in der Kommission scheiterten an dem Widerstande der Regierung und der Mehrheitsparteien, die mit dem billigen Argument operierten, daß man das schwerleidende Unternehmertum nicht noch mehr mit Abgaben belasten dürfe. Und das wagten die Leute vorzubringen in der nämlichen Zeit, da die Unternehmer zwar nach wie vor enorme Profite einheimen, die Proletarier aber unter der im Interesse der agrarischen Unternehmer vorgenommenen Lebensmittelerhöhung in ihrer Lebenshaltung herabgedrückt werden, während im Hinblick auf diese Teuerung dem Könige von Preußen die Zivilliste um mehr als drei Millionen Mark erhöht wurde. Wie die Leistungen der Invalidenversicherung auf einem ganz ungenügenden Maße gehalten werden, ist auch in der Verwaltung das merkwürdige und kostspielige bürokratische System beibehalten worden, nur damit ja nicht die Arbeiter selbst das Heft in die Hand bekommen. Harte Kämpfe im Reichstag über diese sogenannte Reform sind deshalb unabweislich.

Nicht minder mangelhaft ist das juristische Reformwerk, mit dem sich der Reichstag noch zu befassen haben wird. Auch für die neue Strafprozessordnung hat eine Kommission den Sommer über getagt. Sie ist auch glücklich mit ihren Beratungen zu Ende gekommen. Während aber in der ersten Lesung der Vorlage in der Kommission eine Anzahl von Verbesserungen im Sinne einer freierlichen Ausgestaltung unserer Rechtspflege vorgenommen wurden, wurden sie in der zweiten Kommissionslesung auf den Widerspruch der Regierung hin von der Mehrheit wieder fallen gelassen, trotzdem unsere Genossen sich die denklichste Mühe gaben, die rückgradschwachen bürgerlichen Abgeordneten bei der Stange zu halten. Hauptächlich handelte es sich dabei um die Durchkämpfung des Grundgesetzes der Laienbeteiligung an den Landgerichten. Die Kommission hatte zunächst beschlossen, daß durchweg Laien an der Rechtsprechung teilnehmen sollten, auch dann, wenn die Landgerichte und die Oberlandesgerichte als Berufungs-kammern in Funktion treten würden. Auf den Widerspruch der Regierung hin wurde diese Bestimmung fallen gelassen, so daß bei Festhaltung an der rein berufsjuristischen Rechtsprechung in den Berufungsinstanzen die Vorteile der Einführung der Verurteilung für landgerichtliche Urteile in Strafprozessen fast völlig verloren gehen, da natürlich die Staatsanwaltschaft es in der Hand hat, von den renitenten Laienrichtern an die bürokratisch zuverlässigen Berufsrichter zu appellieren. Auch sonst, wie betreffs der Sicherung der Abgeordneten-Zumuntheit, hat die Kommissionsmehrheit dem reaktionären Druck der Regierung nachgegeben. Fast in allen Einzelheiten wurde auf diese Weise sogar eine Verschlechterung des bestehenden Rechtszustandes in das Gesetz hineingebracht. So muß denn im Plenum der entscheidendste Versuch gemacht werden, die dringlichsten Verbesserungen an dem Entwurf in zweiter und dritter Lesung doch noch durchzusetzen, wenn er für uns annehmbar werden soll.

So sieht es also um die wichtigste Vorlage der Regierung selbst, aber nicht minder heiße Kämpfe stehen noch bevor, da die Regierung wegen ihrer gesamten reaktionären Politik zur Verantwortung gezogen wird, wie das bereits im Anfang der Sittingsperiode geschehen muß.

Auf der Tagesordnung der heutigen Sitzung stehen die ersten Lesungen der drei kleinen Vorlagen betr. die Befestigung von Tier-

kadavern, betr. den Schutz des zur Anfertigung von Reichsbanknoten verwendeten Papiers gegen unbefugte Nachahmung, betr. die durch die neue Strafprozessordnung veranlaßten Änderungen des Gerichts-kostengesetzes.

Außer diesen kleinen Vorlagen hatten der Erledigung aus dem Frühjahr noch: das Arbeitskammergesetz, das Hausarbeitsgesetz, die Novelle zur Gewerbeordnung betreffs Lohnbücher, das Reichsbesteuerungsgesetz, die neue Strafprozessordnung, das Zuwachsteuer-gesetz und die kleine Novelle zum Strafgesetzbuch, die Fernsprechgeldordnung, die Reichsversicherungsordnung und der Entwurf zur Errichtung eines obersten Kolonialgerichtshofes. Dazu kommen das neue Schiffsabgabengesetz und der Etat für 1911 mit der Heresvorlage.

Die Reichsversicherungsordnung dürfte von der Kommission bis Anfang Dezember voraussichtlich durchberaten sein, während die Kommission für das Zuwachsteuer-gesetz ihre Beratung erst im Januar zu Ende führen wird.

Im Dezember resp. im Januar werden dem Reichstage noch zugehen: Der Entwurf über die Elbsch-Bohringische Verfassung und der Entwurf über die Privatbeamten-versicherung.

Die Fraktionen werden in der nächsten Woche sich über die Einbringung von Interpellationen und die Besetzung des Postens eines zweiten Vizepräsidenten schlüssig machen.

## Zusammenbruch.

Je mehr die Verhandlung des Roabiter Prozesses vorschreitet, um so rettungsloser bricht die Anklage, die die Staatsanwaltschaft gegen die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften erhoben hat, in sich zusammen. Daß es so kommen mußte, konnte demjenigen, der die Arbeiterbewegung unbefangenen Blickes betrachtet, von vornherein nicht zweifelhaft sein — jetzt aber wird es auch denen klar werden, die den Schurkenmachern über den sozialdemokratischen Aufruhr“ blöden geschweigt haben. Nicht einmal der Versuch der Anklagebehörde, die Arbeiterchaft als die Trägerin der meisten Ausschreitungen in der Nacht zum 27. September hinzustellen, will gelingen — immer deutlicher tritt die Tatsache hervor, daß diese sinnlosen Eggeisse vom Janhagel begangen wurden.

Und dieser eklatante Mißerfolg der Staatsanwaltschaft in ihrem Bestreben, den Prozeß gegen die Arbeiterbewegung auszuspielen, wird begleitet von einer Bloßstellung der Polizei, die um so kompromittierender ist, als sie durch Zeugen erfolgt, die von der Anklagebehörde selbst geladen werden, um das Gebäude der Anklage zu stützen.

Dem der Kaufmann Preuß, dessen für die Polizei höchst unangenehme Aussage am Montag nochmals vergeblich von den Vertretern der Polizei angegriffen wurde, war als Belastungszeuge von der Staatsanwaltschaft geladen, er hat sich nicht zur Aussage gedrängt, sondern hätte es lieber gesehen, wenn man auf sein Zeugnis verzichtet hätte, da er davon Nachteile für sein Geschäft fürchtet, zu dessen Grundhaft auch viele Beamte gehören. Aber, so erklärte er, da ich einmal hier sitze, so muß ich die Wahrheit sagen. Und daß seine Aussage die reine Wahrheit ist, das zeigt nicht nur die Standhaftigkeit, die Zeuge bei den Verhören der Polizeizeugen, daran zu rütteln, bewiesen hat, sondern auch die gleichlautende Befundung seiner Gattin, die dabei von der Erinnerung an die brutale Verprägung eines jungen Menschen so heftig ergriffen wurde, daß sie die Tränen nicht zurückhalten vermochte. Auch das Zeugnis des Buchhalters Truitte schlug in dieselbe Kerbe.

Der Einbruch dieser Aussagen wurde verstärkt durch das mehr als auffällige Bestreben des Polizeileutnants Folte, von der Kriminal-polizei abzurücken. Die Verantwortung für die Taten der Kriminal-beamten muß ein böses Ding sein — Herr Folte geht ihr wie einem heißen Eisen aus dem Wege.

Ein Prachtstück der Anklage war der Ueberfall auf den Pfarrer Schwedel, für den sie insbesondere die angebliche Hege des „Vorwärts“ gegen Kirche und Religion verantwortlich macht. Mit Spannung sah man deshalb der Vernehmung des Pfarrers entgegen. Aber auch er ließ die Anklagebehörde in Stich. Zunächst ergab seine Aussage, daß der „Ueberfall“, so sehr der Vorfall zu verurteilen ist, doch nicht so gehässig war, wie die bürgerliche Presse und die Anklage ihn ausgemalt haben. Der Herr Pfarrer meint selbst, daß es nur einzelne junge Kurden gewesen sind, die Drohungen wider ihn ausstießen und daß von einer Verfolgung seiner Person durch größere Massen nicht die Rede war, geschweige denn von einem Versuch, ihn in seine Wohnung nachzudringen. Ebenso hat er bekundet, daß diese Bedrohung vom Janhagel ausging und endlich hat er die Behauptung der Anklage, daß die Ausschreitung die Folge einer angeblichen Religions- und Kirchenhege des „Vorwärts“ sei, nicht bestätigen können. Allerdings ist der Herr Pfarrer auf einige nicht-sozialdemokratische radikale Blätter, die er öfter in den Schaufenstern sieht und namentlich auf den „Simplicissimus“, nicht gut zu sprechen, und so hat er in seiner Aussage neben verschiedenen nicht unehrenhaften Urteilen über die verschiedensten sozialen Erscheinungen auch mancherlei krauses Zeug vorgebracht. Seine Auslassungen über die Bewilderung der Arbeiterjugend und den bösen Einfluß des Alkohols gaben dem Verteidiger Dr. Rosenfeld Gelegenheit, auf die freie Jugendbewegung hinzuweisen, die beiden entgegenwirkt, die aber leider von der Polizei erheblich in ihrem Welen behindert wird.

Bedeutet die Aussage des Zeugen Schwedel die Festigung eines der Märchen der Anklage, so zertrümmerten die Befundungen der Genossen Th. Jäger und Werner das andere noch viel dümmere, daß die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften den Konflikt mit der Firma Kupfer u. Co. gekünstlich

gesucht, daß die Arbeiter der Firma oder wenigstens diese von ihnen wider ihren Willen in den Streik getrieben wurden, um — das ist die nicht ausgesprochene, aber zwischen den Zeilen zu lesende Folgerung — den Anlaß für den „Ausstand“ zu schaffen. In klaren und blühenden Auslagen haben die beiden Zeugen diesen phantastischen Behauptungen den Boden völlig entzogen und resigniert sah Herr Steindreck — er machte kaum einen Versuch, etwas zu retten von den Deduktionen, die für die Begründung einer neuen Buchhausvorlage oder eines Ausnahmegerichtes so gut zu gebrauchen gewesen wären.

Die reaktionäre Presse gibt bereits zu erkennen, daß ihr die bisherigen Ergebnisse des Prozesses höchst unangenehm sind. In der „Kreuz-Zeitung“ belfert ein Junker v. J. die Verteidigung an, die den Prozeß verschleppen, den Sachverhalt verdunkeln wolle usw. Er will kurzen summarischen Prozeß und Verteilung — ob darob die Rechtsgarantien zum Teufel gehen, ein paar Unschuldige mit bestrast werden, das spielt gegenüber den „Staatsinteressen“ keine Rolle. Das hängt man niedriger, ohne es weiter zu beachten. Wenn aber der Herr am Schluß die Forderung aufstellt: „In jedem Strafverfahren ist nichts anders zu behandeln als ausschließlich die Frage: Was taten die Angeklagten?“, so möge er das nicht der Verteidigung, sondern der Staatsanwaltschaft sagen. Denn die ist es gewesen, die andere Fragen in den Prozeß hineingezogen, die ihn, dem Wunsche der Schorfmaacher- und Junkerpresse folgend, zu einem Prozeß gegen die Arbeiterbewegung zu gestalten suchte und die dadurch die Verteidigung gezwungen hat, den Rahmen der Beweisannahme über das, was die Angeklagten getan haben, weit hinaus zu erstrecken!

Die lächerlichen Drohbriefe, die Herr Landgerichtsdirektor Lieber vor der Verhandlung empfing, haben der Polizei als Anlaß zu einer sehr auffälligen Maßregel dienen müssen. Wie man uns meldet, wird die Wohnung des Herrn Landgerichtsdirektors Lieber ständig von einem Schuttmann bewacht, dem noch ein oder zwei Kriminalbeamte in Zivil beigegeben sind. Daß zu solchen gewaltigen Vorsichtsmaßregeln wirklich Grund vorliegt, wird kaum einer in Berlin glauben, und wir können nach dem Eindruck, den Herr Lieber auf uns gemacht hat, auch nicht annehmen, daß er etwa diesen unnötigen Schutz erbeten habe. Aber diese auffällige Polizeimaßregel könnte ihn allerdings zu der Annahme bringen, daß doch etwas Ernstliches hinter den Drohbriefen stehe, daß die ober einzelne der Angeklagten mit verbrecherischen Elementen in Verbindung stehen, die ihn ans Leben wollen. Und solche Meinung des vorliegenden Richters müßte für die Angeklagten nachteilige Wirkungen haben. Ob die Polizei sich das nicht klar gemacht hat und ob sie wirklich den Drohbriefen die ernste Bedeutung beilegt, die ihnen sonst niemand beimißt? So wird man sich angesichts dieser Meldung in ganz Berlin fragen!

## Parlamentarische Auflösung.

London, 18. November 1910. (Fig. Ver.)

Die Lords haben durch ihre Verzögerungspolitik den Gang der Ereignisse nicht aufzuhalten vermocht. Sie haben vielmehr ihren Gegner durch die übertriebene Annahme der Resolutionen Koberers neue Waffen in die Hand gegeben; sie haben selbst zugegeben, daß das erbliche Prinzip, auf dem sie ihr Haus gebaut, nicht länger der Kritik standhalten kann. Die Parliamentsauflösung ergibt sich naturgemäß aus der Zusammenstellung der Regierungsmajorität, in der die irischen Nationalisten alle Trümmer in der Hand haben.

Aus der Rede, die Herr Balfour gestern in Nottingham hielt, geht ganz unzweideutig hervor, daß die Konservativen wieder einmal versuchen werden, den Wahlkampf durch die Entfaltung einer Flotte von Heere und durch eine heftige Propaganda zugunsten der Tarifreform zu verwirren. Allerdings ist es eine Frage, ob es ihnen bei der Stürze der Zeit gelingen wird, die nötige chauvinistische Oze zu erzeugen. Der dürfte jedoch ein großer Optimist sein, der da glaubt, daß es sich in dem bevorstehenden Wahlkampf nur um das Haus der Lords handeln wird.

Es ist jedoch klar, daß bei dieser Wahl die Einschränkung des Vetorechts der Lords, wie sie jetzt in bestimmten Worten in einer Vorlage niedergelegt worden ist, die erste Rolle spielen wird. Daher scheint es angebracht, sich die vorgeschlagene Maßregel etwas näher anzusehen. Man wird kaum bestritten können, daß die Vorschläge zur Beschränkung des Vetorechts der Lords für sich allein betrachtet ein Gesetz abgeben, das wohl geeignet ist, die Macht der Lords zu brechen und dem Willen des Volkes freie Bahn zu verschaffen. Aber man darf nicht vergessen, daß die Vetobill eine Einleitung hat, die diese Vorteile null und nichtig macht. In dem zweiten Absatz der Einleitung heißt es: „Und da beabsichtigt wird, an die Stelle des Hauses der Lords, wie es augenblicklich besteht, eine zweite Kammer zu setzen, die auf vollstimmlichem anstatt erblichem Boden fußt...“ Diese Worte wurden in die Einleitung gesetzt, um die Mühsal zu bekräftigen, deren Macht in der liberalen Partei dadurch gekennzeichnet wird, daß sie allein die reaktionäre auswärtige Politik der Regierung bestimmen. Nach allem, was man bisher erfahren, stellen sich diese Leute die angeordnete zweite Kammer als eine Körperschaft nach dem Muster des französischen oder amerikanischen Senats vor. An die Stelle des Hauses der Lords, dessen Autorität vor dem energisch ausgedrückten Willen des Volkes nicht bestehen kann, würde eine Körperschaft gesetzt werden, die in der Hauptsache aus Angehörigen der besitzenden Klassen bestünde und wegen des Umstandes, daß ihre Mitglieder aus der Wahl hervorgehen, ein Ansehen beanspruchen würde, das die Lords nie beanspruchen konnten. Die Gefahr, daß man sich nach der Annahme der Vetobill (oder Parliamentsbill, wie sie offiziell heißt) an die Einrichtung einer neuen zweiten Kammer machen und die Lords nicht verkaufen lassen wird, ist größer, als uns manche Liberaler glauben machen wollen. Erst heute noch ließen Asquith in seiner langweiligen Erklärung und Balfour in seiner Erwiderung durchblicken, daß man die Vetokonferenz als einen nachahmungswerten Präzedenzfall ansehen müsse.

Aber ganz abgesehen von den engeren Absichten der Regierung ist es noch eine Frage, ob es Asquith und seine Kollegen mit ihrer unmittelbaren Aufgabe ernst meinen. Die englischen Genossen und mehrere entschiedene Liberaler behaupten mit Recht, daß eine Parliamentsauflösung durchaus nicht notwendig sei. Die Majorität von über hundert Stimmen, die der Regierung jetzt zur Verfügung steht, genügt vollkommen, um einen energiegelassen Ministerium alles zu verschaffen, was es wünscht. Deshalb daher eine Auflösung? Hat der Ministerpräsident etwa heute die Garantien für den Fall eines liberalen Wahlsieges, von denen allgemein die Rede war? Wer bürgt uns dafür, daß sich zu Anfang des nächsten Jahres nicht dieselbe Komödie wiederholt, wie in

diesem Jahre, daß der Premierminister nicht wieder mißverstanden worden ist? In diesem Zusammenhang sind die Ausführungen der „Times“ von gestern interessant. Es heißt dort:

„Wenn man die Erklärung des Premierministers vom 14. April kritisch unterucht, so wird man finden, daß sie nicht nur keine Garantien enthält, sondern daß die wirklichen Worte des Premierministers ganz billigerweise in einem Sinne ausgelegt werden können, der verschieden ist von dem, der ihnen allgemein zugeschrieben worden ist. Herr Asquith sagte, daß er in keinem Falle eine Parliamentsauflösung empfehlen werde, es sei denn unter Umständen, die es sicher stellen werden, daß in dem neuen Parlament das Urteil des Volkes, wie es durch die Wahl zum Ausdruck kam, Geheißkraft erlangt. Die Regierung ist überzeugt, daß das neue Parlament, wenn die bevorstehenden Wahlen sie wieder ans Ruder bringen, auf alle Fälle in der Lage sein wird, das Urteil des Volkes zum Gesetz zu erheben, sei es nun durch eine Demission sofort nach den Wahlen, im Falle daß die Garantien verweigert werden sollten, oder durch irgendeine andere Handlung.“

Es müßte auch eine verteuflert schlimme Lage sein, aus der sich ein geschickter Jurist wie Asquith nicht herauszuwinden vermöchte.

Die Ueberstürzung, mit der die Neuwahlen arrangiert worden sind, trifft die Konservativen, aber noch mehr die Arbeiterpartei als ein harter Schlag. Man hatte Anfangs angenommen, daß die Regierung für den Fall einer Wahl im Dezember eine kurze Vorlage einbringen werde, um die Anwendung des neuen Wählerregisters, das im Januar in Kraft tritt, möglich machen würde. Das Ministerium hat jedoch beschlossen, die Wahlen mit der alten Wählerliste vorzunehmen. Das wird eine Menge Geld kosten; denn die in diesem Jahre verzogenen Wähler müssen aufgesucht werden. In Arbeiterwahlkreisen beträgt die Zahl der in einem Jahre verzogenen Wähler häufig 30 bis 40 Proz. der Wählerzahl. Die Arbeiterpartei ist ohnedies finanziell sehr schlecht daran. Von 40 Vertretern sind schon 24 durch Inhibitionsbefehle, die sich auf Grund des Osborneurteils gegen die Gewerkschaften, von denen diese 24 nominiert worden sind, finanziell gelähmt worden. Herr Asquith hat heute den Arbeitervertretern im Parlament als teilweise Lösung der Osbornefrage die Bezahlung von Diäten versprochen. Allerdings soll dieses Gesetz erst in dem neuen Parlament eingebracht werden und auch dann nur, wenn eine genügende Zahl Parlamentsmitglieder dafür zu haben ist. Diese Einschränkung deutet vielleicht darauf hin, daß augenblicklich in der liberalen Partei keine Mehrheit für eine derartige Vorlage vorhanden ist. Wozu sonst die ausdrückliche Einschränkung des Versprechens? Die Arbeiterpartei geht an Händen und Füßen gebunden, in einen Wahlkampf, der dem größten Geldsack den besten Erfolg verspricht, und man kann den Verdacht nicht los werden, daß die Regierung die Partei mit Fleiß in diese mißliche Lage hineinmandoriert hat, um sich eines unangenehmen Konkurrenten zu entledigen.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 21. November 1910.

### Fortschrittlich-nationalliberale Wahlkoalition.

Der Zentralausschuß der Fortschrittlichen Volkspartei ist am Sonntag zum ersten Male seit der Gründung dieser Partei zu einer großen Beratung zusammengetreten. Es wurde über die Tätigkeit der Partei und ihre Finanzlage verhandelt. Außerdem hielt Reichstagsabgeordneter Dr. Wiemer eine Rede über die Stellung der Fortschrittlichen Volkspartei zu den anderen Parteien bei der nächsten Reichstagswahl. Nach dem offiziellen Bericht sagte er: Seine Partei werde auch trotz ihrer jetzigen Oppositionshaltung nach wie vor positiv mitarbeiten, doch könne sie nicht die Hand zu einem faulen Frieden bieten. Es werde nicht besser werden, bevor nicht der schwarz-blaue Block niedergeworfen sei. Die Sammlung im Sinne des Herrn v. Bethmann Hollweg sei abzulehnen, andererseits aber zu betonen, daß die Grenzschiede gegenüber der Sozialdemokratie mit Deutlichkeit hervorzulehren sei. Redner betonte, daß die Partei ein tatsächliches Abkommen für möglichst viele Wahlkreise mit den Nationalliberalen wünsche, eine einheitliche Front aller Liberalen sei erstreblich. Diesem tatsächlichen Zusammengehen legten sich aber erhebliche Schwierigkeiten entgegen, wie Redner an dem Beispiel verschiedener Provinzen und Wahlkreise darlegte. Die Partei sei bereit zum tatsächlichen Abkommen, aber sie werde nicht aus ihrer Haut nationalliberale Nieten schneiden lassen.

Herr Wiemer hat damit nichts Neues verflüchtet. Immer deutlicher tritt in der Fortschrittlichen Volkspartei die Reizung hervor, mit dem Nationalliberalismus Wahlkoalitionen abzuschließen, mögen die Herren Nationalliberalen auch die weitgehendsten Zugeständnisse fordern. Ganz selbstverständlich: beide Parteien fühlen sich trotz aller Grobpropaganda zu wenig den kommenden Wahlen gewachsen, daß sie gegenseitig beieinander unter der goldenen Regide des Hansabundes Schutz suchen.

### Auf Ehrenbergs Spuren.

Zwischen dem Professor Ludwig Vernhard und seinen nationalökonomischen Kollegen von der Berliner Universität ist ein Konflikt ausgebrochen. Am 28. Oktober hielt dieser Professor Vernhard in der Vereinigung für staatswissenschaftliche Fortbildung einen Vortrag über die Stellung der Staatsbeamten zum modernen Wirtschaftsleben. Sein Vortrag war ein Plaidoyer für die Großindustrie, die sich politisch mehr betätigen und größeren Einfluß auf die Gesetzgebung erlangen müsse. Bei dieser Gelegenheit äußerte er zugleich einige kräftige Hiebe gegen das „Uebermaß der modernen Sozialpolitik“. Das gefährlichste Dogma sei das von der unbegrenzten Tragfähigkeit der deutschen Industrie. Die Arbeiterversicherung koste drei Viertel Milliarden, die Verwaltung 65 Millionen und noch immer nehme die Rentenkasse zu, so daß die Kosten bald eine Milliarde erreichen würden. Der Vortrag klang aus in einer Verherrlichung der Großindustrie, deren Entwicklung man nicht durch staatssozialistische Maßnahmen hemmen dürfe.

Dieser Vortrag hat die anderen Professoren der Nationalökonomie an der Berliner Universität veranlaßt, gegen Vernhard Stellung zu nehmen, da er bei seiner Verurteilung nach Berlin zugesichert haben soll, er werde sich aller Angriffe gegen den Reichsbetriebsrat enthalten. Vernhard bestreitet jedoch, eine solche Zusicherung gegeben zu haben.

Die Verurteilung Vernhards ist bekanntlich auf höchst eigentümliche Weise erfolgt. Der junge Professor wurde vom preussischen Kultusministerium berufen, ohne daß vorher die philosophische Fakultät gehört wurde, und zwar berufen, weil man wünschte, daß er seine Studien über die Polenfrage fortsetze, wozu ihm hier unter den Augen der Regierung die beste Gelegenheit geboten wäre.

### Nur keine Vergnügungs- und Verdauungsstörung.

Die „Köln. Zig.“ ereifert sich dagegen, daß bei der Vornahme von Kommunalwahlen der Wahltermin auf einen Sonntag festgesetzt wird und zwar, wie sie ganz offen zugibt, deshalb, weil die Erledigungen in Frankfurt a. M. gezeigt hätten, daß die Beteiligung der

Arbeiter an Sonntagen eine stärkere sei als an Wochentagen. Sie schreibt:

„Die Sonntagswahl, die für die Hauptwahlen diesmal eingeführt wurde, da der Magistrat dem Wunsche der Stadtverordnetenmehrheit nachgegeben war, hat sich als eine einseitige Maßnahme zumunsten der bürgerlichen Parteien herausgestellt. Die sozialdemokratische Stimmenzahl wird nicht vergrößert, wohl aber die bürgerliche vermindert, da viele bürgerliche Wähler am Sonntag verreist sind oder aus anderen Gründen ihr Wahlrecht nicht ausüben. Eine nachweisbare Folge der Sonntagswahl ist der Sieg der sozialdemokratischen Kandidaten in drei Bezirken, bei einer Werktagwahl wäre die Zahl der sozialdemokratischen Mandate in der Hauptwahl nicht nur nicht um zwei vergrößert, sondern wahrscheinlich verringert worden. Neben diesem Ergebnis der Sonntagswahl haben sich noch Uebelstände dadurch ergeben, daß die Abwicklung der üblichen Wahlarbeiten der Parteien durch die Bestimmungen über die Sonntagsruhe erschwert, teilweise sogar unmöglich gemacht wird. So ist denn einmütig der Wunsch in allen Kreisen der Bürgerschaft vorhanden, daß eine Wiederholung des Versuches unter keinen Umständen stattfinden darf. Er hat weiter nichts als eine einseitige und ungerechte Unterstützung der Sozialdemokratie, daneben eine Schöpfung der sozialdemokratischen Parteifolge gebracht, da unbezahlte Hilfskräfte der Sozialdemokratie nur Sonntags in dem erforderlichen Umfange zur Verfügung stehen.“

Die Gründe sind, wie man sieht, sehr gewichtige. Weil der wohlhabende Bürger sich am Sonntag nicht gern seine Ausflüge und Spaziergänge einschränkt oder sich nicht gern in seiner Verdauungstätigkeit stören läßt, während der Arbeiter solche Rücksicht auf Vergnügen und Bequemlichkeit nicht nimmt, deshalb darf die Wahl nicht am Sonntag stattfinden. Es geht doch nichts über die großzügige ideale Politik der „nach Bildung und Weisheit Mahgebenden“.

### Ein Pressekartell.

Im Reichstage ist heute ein Reichsverband der deutschen Presse gegründet worden. Der Begründung gingen getrennt geführte Beratungen der Vertretervereinigungen des Verbandes deutscher Journalisten und Schriftstellervereine und des Bundes deutscher Redakteure voraus. Nachdem sich diese beiden Körperschaften über einen Satzungsentwurf geeinigt hatten, erfolgte die Konstituierung der Verammlung des Verbandes in gemeinsamer Beratung. Der Reichsverband bezweckt als allgemeine Organisation der bei der reichsdeutschen Presse im Hauptberuf tätigen Redakteure und Journalisten die Wahrung und Förderung der Berufs- und Standesinteressen sowie der wirtschaftlichen Interessen seiner Mitglieder. Zu Vorstehenden wurden berufen: Max Berlin, Stoffers-Düsseldorf, Dr. Hermes-Berlin und Dr. Mohr-München.

Der neue Verband umfaßt alle großen bisherigen Berufsorganisationen im Deutschen Reich.

### Eine Beamtenbestehungs-geschichte

befähigte das Görlitzer Schöffengericht. Die Verhandlung richtete sich aber nicht gegen den bestochenen Beamten, sondern gegen den Redakteur der „Görlitzer Volkszeitung“. Das Blatt berichtete im Juni d. J. über eine Verhandlung vor der Görlitzer Strafkammer, in der sich ein Fabrikbesitzer Engel aus Riesa (Ober-Lausitz) als Angeklagter zu verantworten hatte. Engel hatte von seinem Konkurrenten, dem Fabrikbesitzer v. Unwerth, behauptet, er habe Eisenbahnbeamte bestochen. Auf die entscheidende Frage, ob das wahr sei, verweigerten die Zeugen Fabrikbesitzer v. Unwerth und Eisenbahnverwalter Spieweg aus Breslau die Aussage. Das Gericht hielt daraufhin den Wahrheitsbeweis für erbracht und sprach Engel frei. Der Gerichtsberichterstatter der „Görlitzer Volkszeitung“ hatte nun irrtümlich angenommen, der Eisenbahnverwalter sei Mitglied der Eisenbahndirektion und berichtete in dem Sinne, so daß die Leser zu der Auffassung kommen konnten, es seien Mitglieder der Eisenbahndirektion bestochen worden. Die Eisenbahndirektion in Breslau und Berlin fühlten sich durch den Bericht beleidigt und erstatteten Anzeige. Darauf wurde der Gerichtsberichterstatter und der verantwortliche Redakteur der „Görlitzer Volkszeitung“ unter Anklage gestellt. Beide erklärten schon bei ihrer Vernehmung, daß es ihnen fern gelegen habe, unbeteiligte Personen zu beleidigen und nur eine falsche Ausdrucksweise vorliege. Sie seien bereit, die Sache nach Wunsch zu berichtigen. Das gleiche erklärten sie in der Verhandlung vor dem Schöffengericht. Der Vorsitzende gab die Anweisung, dies den Direktionen zu unterbreiten, um schließlich dadurch eine Zurücknahme des Straftrages zu erreichen. Der Amtsanwalt vor anderer Meinung. Er meinte, die Angeklagten hätten so nebenbei den Direktionen eine auszuweisen wollen und beantragte für den Gerichtsberichterstatter 150 M. und für den verantwortlichen Redakteur 100 M. Geldstrafe. Das Gericht beschloß aber, der Anklage des Vorstehenden Folge zu leisten und verurteilte zu diesem Zweck die Angeklagten.

### Gegen Kurfürsterei und Geheimmittelwesen.

Dem Reichstage ist zugegangen der Entwurf eines Gesetzes gegen die Kurfürsterei im Heilgewerbe. Das Gesetz soll nach der dem Entwurfe beigegebenen Begründung das Kurfürsterei- und Geheimmittelwesen bekämpfen.

### Zur Kennzeichnung der bürgerlichen Presse.

Wir erhalten folgende Zuschrift: Aus einer mir zugekauften Nummer der „Frankfurter Zeitung“ ersehe ich, daß ein sicherer Adolf Grabowsky, Herausgeber oder Mitherausgeber einer „Zeitschrift für Politik“, ein Rundschreiben an die bürgerliche Presse verfaßt hat, worin er die Gesplogenschaften der sozialdemokratischen Presse durch angeblich von mir begangene Schanden illustrieren will. Da möglicherweise, was zu kontrollieren mir die Lust und die Zeit fehlt, außer der biederer Frankfurterin auch andere bürgerliche Organe den Schwindel folportieren, so gestatten Sie mir wohl, ihn in Ihrer Zeitung aufzuklären.

Belagter Grabowsky veröffentlichte vor einiger Zeit im Kronenschen Verlage eine in unqualifizierter Weise gefälschte und verkrümmelte Ausgabe von Langes „Arbeiterfrage“, die ich im Feuilleton der „Neuen Zeit“ — Nr. 20 — als einen literarischen Skandal registrierte. Ich begründete dies Urteil durch den einfachen Abdruck der „Prinzipien“, die Grabowsky selbst als seine Richtschnur angegeben hatte. Sachlich konnte er deshalb nichts erwidern, sandte aber eine „Entgegnung“ ein, die von giftigen persönlichen Insinuationen gegen mich strotzte, mich namentlich der Freigebigkeit beschuldigte, weil meine Anzeige so wenig wie alle anderen Wähleranzeigen, die ich in dem von mir verantwortlich geleiteten Feuilleton der „Neuen Zeit“ veröffentlichte, mit meinem Namen unterzeichnet war. Obgleich mich kein juristischer oder moralischer Grund verpflichtete, die Schimpferei abzuwenden, hing ich sie doch gern im nächsten Hefte des Feuilletons, das nach ihrem Einlaufen erschien, in Nr. 31 niedriger, indem ich sie wörtlich abdruckte. Ungefähr sechs Wochen darauf erhielt ich einen eingehenden Brief, worin der mehrerwähnte Grabowsky mir mit der Wache der „anständigen“ Presse drohte, falls ich seine „Entgegnung“ nicht aufnehme. Ich war großmütig genug, diese neue Angelegenheit nicht öffentlich anzunehmen, und half dem Wächler sogar gern auf seinem dunklen Wege weiter, in die verächtlichen Gefilde von Dörfen.

Kam kommen in der Tat Sommermann sel. Erben als Käufer der „anständigen“ Presse und indem sie auf die Autorität des Grabowsky hin schwindeln, daß ich dessen „Entgegnung“ unterschlagen

Hätte, erlitten sie sich in wiederholten Demonstrationen über die „Gefahrenheiten der sozialdemokratischen Presse“. Es ist wirklich ein Jammer, wie sich die Zeiten verschlechtern; auf solche Höhen sittlicher Entwürdigung hätte sich der Selbige selbst bei alledem niemals geschwungen.

Steglich, 21. November 1910.

F. Mehring.

## Oesterreich.

### Steigerung der Militärlasten.

Wien, 21. November. Die „Neue Freie Presse“ meldet: Das gestern im gemeinsamen Ministerrat durchberatene gemeinsame Budget wird die erste Variante für die drei Dreadnoughts enthalten; außerdem wird es für Heer und Marine zusammen die regelmäßige Steigerung von zehn bis zwölf Millionen Kronen aufweisen. Das Wehrgesetz wird erst im Jahre 1911 den Gesetzesgebungen vorgelegt werden und nicht vor 1912 in Wirksamkeit treten. Das Rekrutenkontingent für 1911 wird dasselbe wie bisher bleiben. Der Bau der drei Dreadnoughts wird zusammen 180 Millionen Kronen erfordern. Die Kosten werden auf drei Jahre verteilt. Für die erste Variante der Dreadnoughts und für die normale Steigerung der Heer- und Marineverordnungen für 1911 werden etwa 60 Millionen Kronen in Betracht kommen.

## Frankreich.

### Das Gesetz gegen die Sabotage.

Paris, 21. November. Der Ministerrat hat sich über den Gesetzentwurf zur Unterdrückung der Sabotage verständigt.

### Ein „Attentat“.

Paris, 20. November. In Anwesenheit des Präsidenten Fallières und sämtlicher Minister wurde heute im Tuileriengarten das Denkmal Jules Ferrys feierlich enthüllt. Briand hielt die Gedächtnisrede. Nach der Einweihung des Denkmals stürzte sich in dem Augenblick, als der Ministerpräsident die Tuilerien verließ, ein Camelot du Roy mit erhobenen Fäusten auf ihn. Briand machte eine Bewegung nach rückwärts. Der Angreifer traf mit einer Faust den Hut des Ministerpräsidenten; der Hut rollte zu Boden. Der Camelot du Roy wurde von der Menge festgenommen und nur durch die Intervention Briands vor Täuschlichkeiten geschützt. Der Angreifer ist ein Schreiner aus Paris namens Lacour; er ist 26 Jahre alt und Mitglied des Komitees der Camelots du Roy, also ein Parteigänger der Royalisten. Lacour war Sergeant, wurde aber wegen Gehorsamsverweigerung degradiert. Die Menge fügte ihm bei der Ergreifung leichte Verletzungen zu. Briand ergriffte nach dem Vorfall, er habe, als der Angreifer auf ihn zuströmte, ihn für einen Irren gehalten. Lacour habe mit der rechten Faust gegen seinen (Briands) Hutrand geschlagen, während die linke seine Schulter leicht gestreift habe. Lacour erklärte auf dem Polizeibureau dem Staatsanwalt und Untersuchungsrichter, er habe nichts gegen die Person Briands, sondern gegen das Regime, das dieser vertritt; er habe die Republik treffen wollen in der Person Briands. Als der Ministerpräsident sich nach dem Vorfall nach seinem Wagen begab, drängte die Menge nach und rief: „Es lebe Briand, es lebe die Republik!“ Lacour wird unter der Anklage der Gewalttätigkeit und Verleumdung eines öffentlichen Beamten wahrscheinlich vor ein Schwurgericht gestellt werden.

Die Camelots du Roy hielten gestern Abend eine Versammlung ab und beschloßen, Lacour zum Zeichen ihrer Anerkennung zum Vizepräsidenten der Vereinigung zu wählen.

## Portugal.

### Ausweisung der Jesuiten aus den Kolonien.

Lissabon, 21. November. Die Regierung in Lissabon hat dem Gouverneur und dem Bischof von Lissabon telegraphisch Anweisung gegeben, den Erlaß über die Ausweisung der Jesuiten unverzüglich zur Anwendung zu bringen. Ein Teil von diesen wird nach Brasilien, die anderen nach Cochinchina und dem englischen Indien begeben.

## England.

### Die Arbeiterpartei gegen die Auflösung.

London, 21. November. (Sig. Ver.) In seiner Rede im Unterhaus hat Ministerpräsident Asquith die versprochene Erklärung über die Osborne-Angelegenheit abermals auf nächste Woche verschoben. Er beschränkte sich auf das bedingte Versprechen, daß er im nächsten Jahre Abgeordnetenlisten einführen werde. Diese Behandlung brachte die Arbeiterpartei in Darnisch. Ihr Vorsitzender, Genosse Barnes, sprach in einem Tone, wie man ihn schon lange nicht von der Arbeiterpartei im Unterhaus gehört hat. Für die Arbeiter, erklärte er, sei es einerlei, ob das Unterhaus vorherrschend oder nicht, wenn man ihnen den Zutritt in die Volksvertretung unmöglich mache. Was nützen auch Abgeordnetenlisten, wenn die Vertreter der Arbeiter keine Möglichkeit haben, erst Abgeordnete zu werden? Solange die Regierung in dieser Sache keine völlig zufriedenstellende Antwort gibt, könne sie in keiner Weise auf die Unterstützung der Arbeiterpartei rechnen. Bei einer eventuellen Abstimmung werde sich die Arbeiterpartei der Stimme enthalten. (Warum nicht einen Schritt weiter und gegen die Regierung stimmen?) Auch sonst rechtferdigte das Vorgehen der Regierung in der letzten Zeit nicht ihre Unterstützung von Seiten der Arbeiterpartei. Das Parlament sei zusammengetreten, um mit seiner Arbeit fortzufahren. Fünf Monate seien mit einer geheimen Session, die niemand wollte, nutzlos verendet worden. Im Namen der Arbeiterpartei protestiere er gegen die Auflösung des Parlaments. Von Garantien höre man kein Wort. Warum führt die Regierung nicht den Auftrag der Wähler vom letzten Januar aus? Es gebe genug Arbeitslose, die bereit wären, sich zu Peers ernennen zu lassen. Jetzt Neuwahlen anordnen, heißt das Parlament der Rücksicht preisgeben. Das Problem der Armut, das der Schatzkanzler jüngst wieder in so grellen Farben geschildert habe, sei noch ungelöst, und schöne Ministerreden werden es nicht lösen. Die Beseitigung des Hindernisses, das die Lords bieten, könnte dabei nützlich sein, aber die Regierung habe diese große Frage zu einem Klappspiel herabgewürdigt.

Die satirische Bemerkung über die schönen Reden des Schatzkanzlers brachte Lloyd George sofort auf die Bahn. Man hat ihn selten so gereizt gesehen. Dieser Minister glaubt, seine pseudorevolutionären Schaumbläserien außerhalb des Parlaments berechtigten ihn innerhalb des Parlaments gelegentlich zu einem Tone gegenüber der Arbeiterpartei, den kein anderer Minister anuschlagen wagen würde. Habe nur die Arbeiterpartei das Recht, über Armut zu sprechen? Hat die Regierung sich nur auf Worte beschränkt? Hat sie nicht Alterspensionen eingeführt und Arbeitslosenversicherung — versprochen? Mit Bezug auf das Osborne-Urteil habe die Regierung noch keine Zeit gehabt, zu einem Entschluß zu gelangen.

London, 21. November. Im Oberhaus beantragte Lord Lansdowne die Beratung der Peers-Bill auf Mittwoch zu verschieben. Er werde heute Abend Resolutionen einbringen, bezüglich der Art und Weise, in der Stockungen zwischen dem Unterhaus und dem Oberhaus behandelt werden könnten.

## Mexiko.

### Neue Kämpfe.

El Paso (Texas), 21. November. In Zacatecas (Mexiko) kam es Sonnabend Abend zu Unruhen, bei denen Militär auf die Aufständischen Feuer von vernichtender Wirkung gab. 100 Personen wurden getötet. Ihre Leichen liegen heute noch in den Straßen. Jetzt herrscht wieder Ruhe in Zacatecas.

### Abwehrmaßregeln der Vereinigten Staaten.

Washington, 21. November. Das Kriegsdepartement hat den Kommandeur des Armeedepartements von Texas angewiesen, die Bundesstruppen in Bereitschaft zu halten, um dem Gouverneur von Texas zu ermöglichen, die Neutralität der Vereinigten Staaten an der Grenze von Mexiko aufrechtzuerhalten.

## Aus der Partei.

### Der westpreussische Parteitag.

tagte am 13. November in Graudenz im „Goldenen Anker“. Anwesend waren 40 Teilnehmer. 12 Wahlkreise waren durch 29 Delegierte, darunter zwei Genossinnen aus Danzig und Graudenz, vertreten. Nur ein einziger Wahlkreis der Provinz, Verent-Br.-Stargard, hatte keinen Delegierten entsendet. Ferner waren anwesend zwei Vertreter der Presse, drei Vertreter des Provinzvorstandes, der Vorsitzende des Landarbeiterverbandes, Genosse Schmidt-Berlin, vier gewerkschaftliche Gauleiter und ein Vertreter des Provinzverbandes Posen.

Parteisekretär Crispian konnte in seinem Jahresbericht das unauffällige Fortschreiten der Sozialdemokratie selbst im westpreussischen Westpreußen feststellen. Die Zahl der politischen Organisierten betrug 1900 erst 150; im Jahre 1910 waren es bereits 2700. Der Kampf um das preussische Wahlrecht ist auch in Westpreußen, besonders in Danzig, Elbing und Graudenz, durch Straßendemonstrationen geführt worden. Schwer ist in Westpreußen der durch das neue Vereinsgesetz so gut wie gar nicht gemilderte Kampf gegen die Polizeiherrschaft. Besonders demagogisch ist die Kampfweise der Nationalliberalen, die durch ihren Parteisekretär Dr. Ripper-Königsberg sogar nicht davon zurückzureden, Vertrauensmänner der Sozialdemokratie durch Geldversprechungen anzuloden. Die Gemeindevahlen brachten der Partei in vier Landorten fünf Vertreter. Danzig konnte trotz der glänzenden Stimmenmehrung um 1500 gegen den vereinigten freisinnig-zentrumlich-konservativen Ordnungsbund leider noch keine Stadtverordneten durchsetzen. Nicht befriedigt ist der Verzichtstatter durch den Stand der Frauorganisation. Es ist leider in der Provinz keine rednerisch befähigte Genossin vorhanden. Der Verzichtstatter empfahl die nachdrücklichste Förderung der Bildungsbeiträge und rief dringend zur Vorbereitung des Wahlkampfes die Schaffung eines Wahlfonds an.

In der Diskussion kam besonders die Agitation der Polen und des reaktionär-liberalen Demagogentums zur Sprache. Ausführungen an der Tätigkeit des Provinzvorstandes und des Parteisekretärs wurden nicht gemacht. Als einziger Antrag wurde dem Provinzvorstande ein Antrag Graudenz überreicht, der noch mehr Agitationsmaterial für die leitenden Genossen fordert.

Zum Punkt „Presse“ besprach der Verzichtstatter Broßwisch-Danzig die Entstehungsgeschichte und Gründung des am 1. Oktober neugeschaffenen Parteimonats „Volkswacht“. Die Zeitung habe sich gut eingeführt; statt 6-8 Seiten müßte sie bis jetzt 12-14 Seiten stark erscheinen.

Ein Hauptgegenstand der Verhandlung war die Schaffung eines neuen Organisationsstatuts für den Provinzverband. Es wurde beschlossen, einen Mindestbeitrag von 20 Pf. pro Monat zu erheben und den Wählkreisen das Recht der höheren Bemessung einzuräumen. Bemerkenswert ist, daß der größere Teil der Wahlkreise Westpreußens bereits tatsächlich den 10 Pf.-Wochenbeitrag erhebt. Im übrigen bestimmt das Statut, daß der Provinzialparteitag nur noch alle zwei Jahre abgehalten wird; dem Provinzvorstande muß jetzt eine Genossin angehören.

Hierauf folgte ein sehr instruktives Referat des Genossen Schmidt-Berlin über die Landarbeiterfrage. — Nach Annahme einiger Anträge, die örtliche Parteifragen regeln, wurde einstimmig eine Resolution zugestimmt, die sich gegen die reaktionäre Ausschlichtung der Noabiter Vorgänge wendet. Vor Schluß der Verhandlungen wurde noch die nachdrücklichste Verfolgung des Schnapsbottens in Erinnerung gebracht. (Wegen Raummangels verspätet erschienen.)

### Wieder ein nichtbefähigter Gemeindefunktionär.

Ende Oktober d. J. wurde in dem in Sachsen-Gotha gelegenen Kurorte Finsterbergen unser Genosse Maurer Georg Franz mit 101 gegen 84 Stimmen zum Schultheißen der Gemeinde gewählt. Jetzt ist ihm durch das Landratsamt Waltershausen die Befähigung verweigert worden mit der Begründung, daß er als Anhänger der Sozialdemokratie die für die Stelle eines Schultheißen erforderliche „besondere Befähigung“ nicht besitze. Ob die gegen die landräthliche Verfügung eingelegte Beschwerde Erfolg haben wird, bleibt abzuwarten.

### Gemeindevahlerfolge.

Die am Sonnabend abgeschlossenen Stadtverordnetenwahlen in Mühlheim a. Rhein brachten die Sozialdemokratie mit dem Zentrum in Stichwahl. Zum ersten Male ist die Sozialdemokratie mit ihrer Stimmenzahl an erster Stelle gerückt. Unsere Stimmenzahl beträgt 2086; gegenüber der Wahl von 1908 haben wir einen Zuwachs von 748 Stimmen, während das Zentrum mit 2780 Stimmen nur einen Zuwachs von 91 Stimmen erhielt. Die Liberalen verloren gegen 1908 234 Stimmen. Ein erfreulicher Fortschritt unserer Partei, der sich in der Stichwahl hoffentlich zu einem vollen Siege gestalten wird.

In Crimmitschau wählten bei der Stadtverordnetenwahl unsere Genossen in der ersten Wahlabteilung mit 1218 bzw. 1211 Stimmen über die Kandidaten der Vaterländischen Arbeiterunterstützungsvereine, die rund 475 bzw. 474 Stimmen erhielten. Die Verunglimpfung der Sozialdemokratie hat nichts gefruchtet, die Selben haben vielmehr gegen früher 150 Stimmen eingebüßt, die Sozialdemokraten aber 70 gewonnen.

### Polizeiliches, Gerichtliches usw.

#### Ein ungeheuerliches Urteil.

fällte die Dortmund'sche Strafkammer am Sonnabend gegen den Genossen Mehlis, verantwortlichen Redakteur der „Dortmunder Arbeiterzeitung“. Mehlis sah auf der Anklagebank, weil er den Vikar Hesse aus Naxos in Bielefeld beleidigt haben soll. Unser Dortmund'scher Parteitag hatte vor einiger Zeit eine Note gebracht, die sich auf Grund von Mitteilungen einer großen Zahl von Mitgliedern der Gemeinde Naxos mit dem fittlichen Verhalten des Vikars Hesse beschäftigte. Der Vikar soll oft bis in die Nacht bei einer Witwe, die mit ihrer erwachsenen Tochter allein wohnte, zu Besuch gewesen sein und auch verschiedene Male in der Wohnung der Witwe übernachtet haben. Die Gerichtsverhandlung fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt. Die Mehrzahl der Zeugen fiel vor Gericht vollständig um. So behauptete die Ähänin des Vikars, daß sie die den Vikar betreffenden Äußerungen nur deswegen weiter verbreitet habe, um sich an ihm zu rächen. Der Herr Vikar konnte zwar nicht bestreiten, daß er des öfteren in der Wohnung der Witwe über Nacht geblieben ist, er habe aber im Fremdenzimmer geschlafen und sei nur deswegen nicht in seine

etwa 10 Minuten enfernte Wohnung gegangen, weil er an einem Herzleiden laboriere, das ihm öfter „Angstzustände“ verursache, so daß er dann nicht allein nach seiner Wohnung gehen könnte. Der Tochter der Witwe will der Herr Vikar „Unterricht in Literatur und Kunst“ gegeben haben, nur daraus sei ihr öfteres Beisammensein zu erklären. Uebrigens scheint der Herr Vikar stark gefährdet zu haben, daß die Zeugen unter ihrem Eide die Unwahrheit sagen könnten. Er ist deshalb einige Tage vor dem Termin zu verschiedenen Zeugen gegangen und hat sie ermahnt, nur ja die Wahrheit zu sagen, was sie im Termin denn auch taten. Trotzdem im Termin Verschiedenes über das Verhalten des Vikars ausgesagt wurde, beantragte der Staatsanwalt für die „außerordentlich fittliche Art der Beleidigung“ acht Monate Gefängnis. Das Gericht begründete sein auf sechs Monate lautendes Urteil damit, daß der Vikar fittlich völlig intakt dastehet. Ob nun mit der drakonischen Strafzumessung die Sache wirklich beendet ist?

## Soziales.

### Vom Streit der Hamburger Cafékellner.

Die falsch mitunter Gewerbegegerichte urteilen, zeigt ein Urteil des Hamburger Gewerbegegerichts. In keinem Gewerbe ist die Ausbeutung eine so große wie im Gastwirtsgeerbe, wo bekanntlich die Bezahlung für geleistete Arbeit eine sehr minimale, oft direkt eine gegen die guten Sitten verstößende ist. Am schlimmsten macht sich aber die Ausbeutung in den „feinen“ Cafés bemerkbar, wo die Kellner vielfach, wie wir das wiederholt geschildert haben, noch Geld drausgeben müssen, um nur arbeiten zu können. In einem Hamburger Café mußten die Kellner für das Reinigen des Lokals je 50 Pf. pro Tag bezahlen. Als die Arbeitseinstellung erfolgte, weil die Kellner es satt waren, sich noch von den Stellenvermittlern ausbeuten zu lassen, verlangte ein Kellner die für das Lokalsreinigen gezahlten 51 Mk. zurück und machte dann seine Forderung beim Gewerbegericht geltend, weil der Vertrag gegen die guten Sitten verstöße. Das Gericht wies die Klage zurück, indem es der Meinung ist, daß derartige Abgaben von den Trinkgelde von den Wirten vielfach erhoben würden, ohne daß das derzeitige fittliche Empfinden Anstoß daran genommen hätte. Daß der Bier die von den Kästen gezahlten Trinkgelde sich nutzbar mache, könne nicht als ein Verstoß gegen die guten Sitten angesehen werden. Andernfalls müßte man auch die Anstellung eines Kellners ohne Lohn für unfittlich erklären. In letzter Linie stellt sich das Trinkgeld doch als ein gewohnheitsmäßig gezahlter freiwilliger Zuschlag zu den offiziellen Reizen des Lokals dar. Es könne kein fittliches Postulat daraus gemacht werden, daß dieser Zuschlag auch unverändert bei den Kellnern, für die er zunächst bestimmt ist, verbleibe.

In diesem Urteil paaren sich Weltfremdheit und soziale Verstandlosigkeit. Vor kurzem haben wir ein entgegenstehendes Urteil eines westdeutschen Gewerbegerichts mitgeteilt. In Hamburg dürften die Arbeiterbeisitzer überstimmt sein.

### Versammlung unter freiem Himmel.

Am Dienstag hat das Oberverwaltungsgericht wieder einmal eine grundlose Verjasung einer Versammlung unter freiem Himmel aufheben müssen. Die polnisch sprechenden Arbeiter im Amtsbezirk Neudorf (Kreis Ratibow) wollten am 22. August 1909 auf dem Grundstüd einer Frau eine öffentliche Versammlung unter freiem Himmel abhalten, in der Arbeiterangelegenheiten in polnischer Sprache besprochen werden sollten. Etwa fünf Tage früher zeigte das der Arbeiterssekretär Wiczorek beim Amtsvorsteher an und bat um die Genehmigung. Er gab seine Wohnung (Wohnort und Straße) an. Der Amtsvorsteher gab die Anzeige schriftlich zurück und bemerkte, sie sei in folgender Weise zu ergehen: 1. Stand des Antragstellers; 2. voraussichtliche Teilnehmerzahl; 3. voraussichtliches Ende der Versammlung. (Der Beginn war auf nachmittags 4 Uhr angegeben.) Eine zweite Eingabe ging, weil sie nicht protokolliert gemacht war, an W. zurück. Nun machte W. am 21. August, also am Tage vor der geplanten Versammlung, eine neue Eingabe, die er als Wiederholung der früheren bezeichnete. Er gab jetzt an, daß er Vorsitzender des oberfähleischen Arbeitervereins zur gegenseitigen Hilfe sei, daß voraussichtlich auf 700 bis 800 Teilnehmer zu rechnen wäre und die Versammlung voraussichtlich bis 1/2 Uhr dauern werde. Wieder kam die Eingabe am selben Tage zurück. Der Amtsvorsteher erklärte, daß die Angabe, W. sei Vorsitzender des fraglichen Vereins, nicht genüge; im übrigen sei aber nunmehr die Versammlung zu verbieten im Hinblick auf § 12 Absatz 3 des Vereinsgesetzes, wo bestimmt ist: „Jedoch ist in Landesteilen, in denen zur Zeit des Inkrafttretens dieses Gesetzes altangelegene Bedörferungsstellen nichtdeutscher Muttersprache vorhanden sind, sofern diese Bedörferungsstellen nach dem Ergebnis der jeweiligen letzten Volkszählung 60 von 100 der Gesamtbevölkerung übersteigen, während der ersten zwanzig Jahre nach dem Inkrafttreten dieses Gesetzes der Witgebrauch der nichtdeutschen Sprache gestattet, wenn der Veranstalter der öffentlichen Versammlung mindestens dreimal 24 Stunden vor ihrem Beginn der Polizeibehörde die Anzeige erstattet hat, daß und in welcher nichtdeutschen Sprache die Verhandlungen geführt werden sollen.“ Die frühere Anzeige genüge schon nicht, weil sie nicht vollständig gewesen sei, und die jetzige sei nicht dreimal 24 Stunden vor dem Beginn der Versammlung gemacht worden.

Genau diese Verfügung klagte W. Der Bezirksausschuss hob die Verfügung des Amtsvorstehers vom 21. August auf. Begründend wurde ausgeführt: Die Frage der Genehmigung einer öffentlichen Versammlung unter freiem Himmel und die der Rechtmäßigkeit der Anzeige des Verbrauches der polnischen Sprache seien beide miteinander getrennt zu behandeln. Was jene Genehmigung angehe, so könne sie überhaupt nicht abhängig gemacht werden von der Angabe der voraussichtlichen Besucherzahl und des voraussichtlichen Endes der Versammlung. Die Genehmigung einer Versammlung unter freiem Himmel habe der Veranstalter mindestens 24 Stunden vor dem Beginn nach § 7 des Gesetzes unter Angabe des Ortes und der Zeit nachzusuchen. Unter Zeit in diesem Sinne sei nur die Zeit des Beginnes zu verstehen. Die habe W. angegeben. Nun möge ja für die Genehmigung von Wichtigkeit sein, auf wieviel Teilnehmer man rechnen könne. Das Vereinsgesetz verlangt aber eine solche Angabe nicht. Ihr Fehlen könne darum in einer vereinspolizeilichen Verfügung nicht bemängelt werden. Mit Rücksicht darauf, daß der Name Wiczorek häufiger vorkomme, möge ja die Frage nach dem Stande des Antragstellers berechtigt gewesen sein, um die Person des Verantwortlichen festzustellen. Die Angabe, er sei Vorsitzender des fraglichen Vereins, habe dem genügt. Diese so vervollständigte Eingabe sei aber mindestens 24 Stunden vor der Versammlung in die Hände des Amtsvorstehers gelangt. Da sonst keine Bedenken vorlagen, so hätte nunmehr die öffentliche Versammlung unter freiem Himmel genehmigt werden müssen. Gegen diese Genehmigung hätten aus der Angabe, daß in polnischer Sprache verhandelt werden solle, keine Bedenken hergeleitet werden dürfen. — Was nun diesen Verbrauch der polnischen Sprache selbst angehe, so hätte der Amtsvorsteher in der Genehmigung der öffentlichen Versammlung unter freiem Himmel dann allerdings darauf hinweisen müssen, daß der Verbrauch der polnischen Sprache wegen verspäteter Anzeige (nicht dreimal 24 Stunden vorher) nicht zulässig sei. — Das Oberverwaltungsgericht bestätigte das Urteil.

# Gewerkschaftliches.

## Ein Arbeitsnachweis für Streikbrecher.

Die Stadt Essen genießt den traurigen Ruhm, als eine Art Zentralstelle des Streikbrechergesindels dazustehen. In der Parallelstraße ist jetzt sogar das erste Bureau aufgemacht, das sich mit der Anwerbung von Streikbrechern befaßt. Ein Schild mit der Aufschrift „Arbeitsnachweis für Streikbrecher“ ladet alle Louis und Bummelanten zur „christlichen“ Arbeit ein. Daß gerade Essen das Rekrutierungsgebiet für Streikbrecher geworden ist, ist nicht purer Zufall. Unter den Städten des Industriebezirks hat sich in Essen im Laufe der Jahre am ehesten ein echt weltstädtisches Gepräge entwickelt, dem Dortmund, Bochum und Gelsenkirchen und andere Industriestädte weit nachstehen. Das zieht leider auch Gesindel aller Art an sich, das hier sein Lebenselement findet. So kommt es, daß sich Essen dieser recht „zeitgemäßen Einrichtung“ der Streikbrecheranwerbung erfreuen kann.

### Berlin und Umgegend.

## Ausperrung der Bühnenarbeiter am Neuen Operetten-Theater.

Die Direktion des „Neuen Operetten-Theaters“ bringt, um Ersparnisse zu machen, ganz eigenartige Mittel in Anwendung. Nach einem Ende August von der Direktion provozierten Lohnkampf, welcher zugunsten der Bühnenarbeiter ausfiel, wurde immer wieder versucht, weniger und billigere Arbeiter zu erhalten. So versuchte Herr Direktor Valsi unter dem Vorwand eines zehntägigen Urlaubs im nächsten Jahre seine Arbeiter dazu zu bewegen, auf die Lohnzulagen zu verzichten und wieder zu den alten Bedingungen zu arbeiten. Auf dieses beinahe naive Anerbieten ging natürlich niemand ein. Am 7. November wurde zwei Arbeitern ohne jede Veranlassung gekündigt, und darauf reichten am nächsten Tage die übrigen Arbeiter aus Solidarität ihrerseits die Kündigung ein, so daß das Arbeitsverhältnis der in Betracht kommenden acht Arbeiter am 21. resp. am 22. November erlosch. Am 11. November morgens wurde den Arbeitern vom Hausinspektor (von einem Schuhmann begleitet) der Zutritt ins Theater verweigert mit dem Bemerkten, daß die Stellen schon durch neue Leute besetzt seien. Der Lohn könne am 15. abgeboben werden. Als am 15. die Entlassenen sich zur Empfangnahme ihres Lohnes und der Papiere usw. einfanden, ließ die Direktion durch den Inspektor sagen, wer Geld haben wolle, solle sich ans Gewerbeamt wenden. Das letztere ist denn auch sofort geschickt und findet am 24. d. Mts. Termin statt. Mit Hilfe des Theatermeisters Ludwig ist es der Direktion gelungen, heimlich ein neues Personal zu engagieren. Ob dabei große Ersparnisse zu machen sind, muß bezweifelt werden, denn tüchtige Bühnenarbeiter wären unter den obwaltenden Umständen nie zu haben gewesen.

**Achtung, Glasarbeiter!** Die Differenzen bei der Firma A. Schmidt, Genthiner Str. 3, dauern ununterbrochen fort. Die Firma sucht immer noch billige Arbeitskräfte und Zwischenmeister. Die Kollegen der Zahlstelle Berlin werden ganz besonders auf den Beschluß der Quartalsversammlung aufmerksam gemacht, daß kein Kollege einen Zwischenmeisterposten annehmen darf.

**Achtung, Typsetzer!** Die Sperre über die Firma M. Kraus, Schönhauser Allee 72b, ist hiermit aufgehoben, da selbige sich verpflichtet hat, wieder Verbandskollegen zu beschäftigen und den Tarif zu bezahlen. Ferner verhängen wir wegen Lohnausfall über die Firma Hermann Kofchan, Nixdorf, Berliner Straße 76, die Sperre. In Betracht kommt der Bau Oberhönoweide, Rathausstraße 46. Die Verbandsleitung.

### Lohnbewegung der Kranzbinder.

Den Tarif unterschrieben hat nun auch die Firma Kolbe, Elisabethkirchstr. 12. Nur 2 Firmen befinden sich noch außerhalb der Tarifgemeinschaft: Wehle, Streiber Str. 2, und Drogowski, Nixdorf, Okerstr. Kollegen, behaltet diese Firmen auch nach dem Totenfest im Auge. Die abgeschlossenen Tarife gelten auf ein Jahr, also auch für die Zeit bis Totenfest 1911.

### Allgemeiner deutscher Gärtnerverein, Ortsverwaltung Groß-Berlin.

#### Deutsches Reich.

### Englische Arbeiterdeputationen.

Zwischen der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands und der Englands ist vereinbart worden, daß in Zukunft nur noch solche englische Arbeiterdeputationen offiziell empfangen werden sollen, die ein Einführungs Schreiben der englischen Generalkommission (General-Federation of Trade Unions) bei sich führen. Veranlassung zu diesem Uebereinkommen ist die Art, in der verschiedene Deputationen, die von englischen Unternehmern nach Deutschland geschickt werden, ihre Studien betreiben oder besser gesagt, unter Führung des von Unternehmern gestellten sprachkundigen Führers betreiben müssen.

### Zum Streik der Vielesfelder Wäschebranche.

In der fünften Woche befinden sich in der Vielesfelder Wäscheindustrie die Zuschneider und Arbeiterinnen im Kampfe, ohne daß irgendeine Wendung im Stande der Dinge eintrat. In der letzten Woche verhielt sich der Gewerkschaftssekretär Verhandlungen in die Wege zu leiten, sein Bemühen scheiterte jedoch an der hartnäckigen Ablehnung einiger Fabrikanten. Wird in den nächsten Tagen ein Abschluß der Bewegung nicht ermöglicht, dann ist mit einem langen Kampfe zu rechnen, da ja die Weihnachtssaison für die Unternehmer verloren ist.

Verzweifelte Anstrengungen machen die Unternehmer, um die Arbeitstendenzen zur Arbeitsaufnahme zu bewegen; bisher hatten sie damit allerdings wenig Glück. Nur wenige Arbeitswillige haben sich gefunden, sonst hatten sich die Streikenden bis jetzt musterhaft. Auch nach Berlin verhielten die Unternehmer Streikarbeit unterzubringen; auch das mißlang, da die Arbeit dort, nachdem sie als Streikarbeit erkannt worden war, zurückgewiesen wurde.

Die Streikposten werden von der Polizei nicht unbehellig gelassen, und es sind schon eine Menge Strafanzeigen gegen sie ergangen. Im Streik befinden sich noch 65 Zuschneider und 1600 Arbeiterinnen, die im Verband der Schneider und Wäschearbeiter organisiert sind, dazu kommen noch 300-400 unorganisierte Arbeiterinnen.

### Eine erfolgreiche Landarbeiter-Lohnbewegung.

Die im Landarbeiterverband organisierten Pferdebesitzer der beiden Güter in Halberstadt forderten nach Ablauf ihres auf ein Jahr lautenden Arbeitsvertrages am 10. November dieses Jahres eine Lohnhöhung von 1 M. pro Woche (bisheriger Wochenlohn 14 M.) und Bezahlung der Lebensrenten.

Die Gutsbesitzer wollten eine Lohnhöhung für die Sommerzeit, vom 10. Mai bis 1. Oktober bewilligen. Das genügte den Pferdebesitzern nicht. Mittags 12 Uhr am selben Tage führten die sämtlichen 68 Mann ihre Pferde nach den Ställen und stellten ihre Arbeit ein. Die Gutsbesitzer versuchten Tagelöhner und polnische Arbeiter unter Androhung eines Tagelohnes von 3,75 M. als Streikbrecher einzustellen. Aber nur drei zur Arbeit völlig Untaugliche fanden sich. Die deutschen und polnischen Gutsarbeiter lehnten einmütig die Streikarbeit ab, trotzdem einige deshalb entlassen wurden. Schließlich blieben noch die Gutsinspektoren, die man früh 5 Uhr die Rüdenwagen lenken sah.

Nach 2½ Tagen gaben die Gutsbesitzer nach und gestanden eine sofortige Erhöhung der Wochenlöhne von 14 M. auf 15 M.

für das ganze Jahr zu. Während der Erntezeit soll eine weitere Erhöhung eintreten. Die Bewegung hat somit für die Arbeiter einen glatten Erfolg gebracht und der Halberstädter Ortsgruppe des Verbandes ein halbes Hundert weiterer Mitglieder zugeführt.

### Lohnbewegung der oberbayerischen Vergleute.

Im oberbayerischen Vergewerksbezirk sind die Vergleute in eine Lohnbewegung eingetreten. In zwei außerordentlich stark besuchten Versammlungen zu Hausham und Penzberg gab Reichstagsabgeordneter Genosse Hue-Essen ein anschauliches Bild über die Lebenshaltung und Einkommensverhältnisse der oberbayerischen Vergleute. In einer Zeit, wo die Lebensmittelteuerung am schärfsten einsetzte, wurden auf den Schächten der Oberbayerischen Aktiengesellschaft sowohl im Frühjahr als im Sommer und Herbst bis zu 20 Feiertagen eingelegt. Statt einer einigermaßen den Leuerungsverhältnissen entsprechenden Lohn-erhöhung erlitten also die oberbayerischen Vergleute einen direkten und indirekten Lohnausfall. Das schlug dem Fah dem Boden aus. In beiden Versammlungen schilderten in der Diskussion Familienväter in schlichten aber eindringlichen Worten ihre traurige Lage. Sie beklagten, daß sie weit unter 4 M. pro Schicht ausbezahlt erhielten; andere Redner berichteten von Schichtverdiensten in der Höhe von 3 M. und weniger. Dabei herrschte auf der Grube eine Antreiberei, die jeder Beschreibung spottete. Das Gedränge wurde nur selten vereinhart. Meistens heißt es: Das bekommt Ihr, wenn's nicht paßt, der kann gehen! In Penzberg wurden, obwohl viele Feiertagen eingelegt wurden, neue Leute eingestellt. Dadurch wurden viele Kameraden, die für zahlreiche Familien zu sorgen haben, so verarmt, daß sie bares Geld nur wenig in die Hand bekommen. Fast der ganze Lohn muß gleich zum Schuldenbegleichen verwendet werden, damit wieder neue Schulden gemacht werden können, oder diese Leute wechseln ihren Lohn gleich wieder in Konsumgüter (Weinmarken) um und geraten dadurch in doppelte Abhängigkeit vom Werk, zu dem auch die Konsumanstalt gehört. Der Arbeiterausschuß wurde beauftragt, der Werkdirektion folgende Forderungen zu unterbreiten: 1. Der Grundlohn der Bedingearbeiter muß mindestens 5 M. pro Schicht betragen, die Zimmerleute mit eingeschlossen; 2. der Grundlohn der Schleiher muß mindestens 4 M. betragen; 3. die gesamte Schichtlohnarbeiterschaft ist um 30 Pf. pro Schicht aufzubehern; 4. für Schacht, Seilförderungsarbeiter und Fahrleute achtstündige Schicht bei mindestens dem jetzt bestehenden Lohn.

Der Arbeiterausschuß hat diese gewiß bescheidenen Forderungen der Werkdirektion unterbreitet. Von den Forderungen wurden die meisten, die hauptsächlich das Bedingewesen und die Entlohnung der Schichtarbeiter betreffen, rundweg abgelehnt mit der Begründung, es sei nicht möglich, eine Zulage oder auch nur eine Zulage zu gewähren. Die Direktion erkannte die Kollage der Vergleute an, erklärte aber, nichts dagegen tun zu können! Die schwerwiegende Aktiengesellschaft hätte die bescheidenen Forderungen der Vergleute wohl bewilligen können. Betrachten wir einmal die Betriebsergebnisse der letzten drei Jahre:

	1907	1908	1909
Bruttoertrag	2 271 518 M.	2 258 350 M.	2 306 294 M.
Abschreibungen	515 880	678 553	657 392
Veranlagen	600 000	470 000	500 000
Zantien	59 489	54 315	54 851
Reingewinn	1 508 408	1 312 085	1 416 210
Dividende	14 Proz.	14 Proz.	14 Proz.

14 Proz. Dividende trotz der reichen Abschreibungen! Man erkennt die Kollage der Vergleute an, gibt ihnen aber nichts, nur um die Profitrate nicht zu sämälern. Die Organisationsvertreter zu empfangen, hat die Vergewerksdirektion rundweg abgelehnt und ihnen unabweislich wissen lassen, daß auch Einigungsüberhandlungen vor dem Münchener Vergewerksgericht abgelehnt würden. Die Metallarbeiter, Heizer und Maschinenisten, sowie die Sortiererinnen haben bereits ihre Kündigung eingereicht. In zahlreich besuchten Versammlungen in Hausham und Penzberg erhaltete die Kommission Bericht. Einstimmig wurden Resolutionen angenommen, in denen die ablehnende Haltung der Oberbayerischen Aktiengesellschaft gegenüber den von der Vergewerkschaft gestellten berechtigten Lohnforderungen bewahrt und erklärt wird, daß nach wie vor die eingereichten Lohnforderungen aufrechterhalten und auf Durchführung der Einigungsüberhandlungen vor dem Vergewerksgericht bestanden wird.

Eine recht schone Haltung beklagte auch bei dieser Lohnbewegung die christliche Streikbrechergerade. Wenn diese Patentschriften im oberbayerischen Vergewerksbezirk infolge ihrer Ohnmächtigkeit auch einflusslos sind und hoffentlich auch bleiben, verdient ihr Gebaren doch angeknagelt zu werden. Unter Führung des sattem bekannten christlichen Arbeiterssekretärs Hinterseer versammelten sich am Sonntag wochgezählte 40 christliche Männer in Hausham, um zur bevorstehenden Lohnbewegung Stellung zu nehmen. Die christliche Corona stimmte für folgende Resolution:

Die heute versammelten Christlichen erklären: Sie erkennen, daß die Lohnbewegung ungeschickt eingeleitet wurde und daß sie in Anbetracht der in der letzten Zeit gegen sie betriebenen Verhöhnung und Lügen vorerst nicht teilnehmen können. Sie verpflichten sich jedoch mitzuringen, wenn Aussicht auf Erfolg und die Notwendigkeit vorhanden ist.

Jedes Wort der Kritik würde die Wirkung dieses neuesten christlichen Arbeiterverrats nur abschwächen. — Ruhezug von Vergewerksarbeitern nach dem oberbayerischen Vergewerksbezirk ist strengstens fernzuhalten!

## Jugendbewegung.

### Die Halleische Jugendorganisation aufgelöst!

Die Reaktion holt zu einem neuen ungeschicklichen Streiche gegen die ihr verhasste proletarische Jugendorganisation aus. Wie uns ein Telegramm aus Halle a. S. meldet, hat die dortige Polizeiverwaltung die Freie Jugendorganisation in Halle auf Grund des § 2 des Reichsvereinsgesetzes aufgelöst. Der § 2 gestattet die Auflösung von Vereinen, deren Zweck den Strafgesetzen zuwiderläuft. Nach Ansicht der Halleischen Polizeiverwaltung scheint es in Preußen strafbar zu sein, wenn die Arbeiterjugend sich bemüht, durch bildende Vorträge und ähnliche staatsgefährliche Veranstaltungen die Massen des Bewusstseins auszufüllen, die der jämmerliche preussische Volksschulunterricht in den Köpfen der jungen Leute beiseite läßt. Der dümmste Arbeiter ist eben noch immer der beste! Das eingelagerte Verwaltungsstreitverfahren wird hoffentlich die Halleische Polizeiverwaltung belehren, daß auch der Arbeiterschaft gegenüber die bestehenden Gesetze zu wahren sind.

## Versammlungen.

Deutscher Holzarbeiterverband. Die Zahlstelle Berlin hielt am Freitag im großen Saale des Gewerkschaftshauses ihre Generalversammlung ab. Der Kassendbericht vom dritten Quartal lag gedruckt vor. Für die Hauptkasse schließt die Abrechnung mit der Bilanzsumme von 180 217,84 M. ab. Unter den Ausgaben sind 47 048,01 M. für Arbeitslosenunterstützung, 22 407,60 M. für Streikunterstützung, 36 815,63 M. für Krankeunterstützung, 3385,70 M. für Gemahregelunterstützung; an die Hauptkasse wurden 46 724,54 M. eingekandt. Für die Lokalkasse beliefen sich die Einnahmen auf 340 974,88 M., die Ausgaben auf 99 613,65 M.; der Bestand ist im Laufe des Quartals von 208 454,58 M. auf 247 361,23 M. angewachsen. Unter den Ausgaben der Lokalkasse sind für Unterstützung an Streikende 13 107,50 M., an Gemahregelte 1440,45 M., an Arbeitslose 23 753,55 M., an Kranke 15 383,72 M. — Die Mitgliederzahl der Zahlstelle war am Quartalsabschluss 25 027, was gegenüber dem vorigen Quartal eine Zunahme von rund 1400 Mitgliedern bedeutet.

Der Bericht der Ortsverwaltung, den der Bevollmächtigte Glocke gab, zeugte von einer sehr regen Tätigkeit der Organisation. Der Geschäftsgang im Verus und den verschiedenen Branchen war im verflochtenen Quartal einigermaßen günstig, der Aufschwung entsprach jedoch lange nicht den gehobten Erwartungen, und es trat leider auch bald wieder ein Rückgang in der Konjunktur ein. Die Tätigkeit der Organisation war namentlich darauf gerichtet, die Vertragsbestimmungen überall zur Anerkennung zu bringen, und zu diesem Zweck fanden in allen Bezirken und fast allen Branchen Bewegungen statt. Es kostete besonders viel Mühe, das Obligatorium des Arbeitsnachweises allgemein zur Geltung zu bringen. Der Ueberfüllung des Nachweisesrumes ist dadurch nach Möglichkeit vorgebeugt, daß eine Verteilung einzelner Branchen und der Vermittlungszeit durchgeführt worden ist. Abgesehen von den Bestrebungen zur Erfüllung des Vertrages und der darin festgelegten Lohnhöhung von 5 Prozent, haben in einer Reihe von Verhältnissen Bewegungen zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse stattgefunden, und dabei kam es in 82 Fällen zu Streiks, die sich auf 102 Werkstätten mit 2108 beteiligten Arbeitern erstreckten. Sie endeten fast alle mit gutem Erfolg. Außerdem wurden in einer Anzahl von Betrieben Lohnhöhungen und Arbeitszeitverkürzungen durch Verhandlungen ohne Arbeitsniederlegung erzielt. Dazu kamen die teils mit, teils ohne Arbeitsniederlegung verlaufenen Lohnbewegungen in einer Reihe von Spezialbranchen, die meist zum Abschluß neuer Tarifverträge führten, nämlich bei den Rahmenvergebern, den Leistungsvergebern, den Bilderrahmenmachern, den Kistenmachern, den Jalousiearbeitern sowie in der Treppengeländerbranche. In der Branche der Bautischler ist ebenfalls ein neuer Tarif durchgeführt worden. Er enthält ungefähr 1000 Positionen. Es scheint, daß unter den Bautischlermeistern das Bestreben besteht, diesen Tarif für das ganze Reich einzuführen, was, da die Branche in Berlin unter der Schmuckkonkurrenz von auswärts zu leiden hat, sehr zu wünschen wäre. Wegen ihrer Auffassung nach vertragswidriger Arbeitsniederlegungen in 52 Werkstätten haben die Arbeitgeber beim Hauptvorstand Klage gegen die Berliner Ortsverwaltung erhoben, worauf diese dem Hauptvorstand mitteilte, daß die Ursache dieser Streiks wohl bei den Arbeitgebern und in der Nichterfüllung des Vertrages liege. Wenn in einer Werkstätte der Vertrag nicht durchgeführt werde, sei es eben nicht immer möglich, die Kollegen zurückzuhalten. Der Redner berichtete ferner über die Bestrebungen zur Aufklärung und Organisation der jugendlichen Arbeiter und Lehrlinge der Berliner Holzindustrie. Gemäß den Beschlüssen des Verbandstages von München ist zu diesem Zweck eine besondere Jugendkommission gebildet worden, die mindestens einmal im Monat eine Versammlung der jugendlichen Arbeiter und Lehrlinge veranstaltet. Im Winterhalbjahr sieht den jugendlichen Arbeitern und Lehrlingen an jedem Sonntagmittag von 2 bis 3 Uhr der Arbeitsnachweisdraum als Lesesaal zur Verfügung. Im Sommerhalbjahr werden Ausflüge veranstaltet. Bei allen Veranstaltungen hat sich die Jugendkommission mit dem von der Partei und der Gewerkschaftskommission eingesetzten Jugendausschuß ins Einvernehmen zu sehen. — Schließlich erwähnte der Redner noch, daß sich die Schirmmacher dem Holzarbeiterverband als Branche angeschlossen haben.

Ueber Streiks und Differenzen berichtete Maack, soweit dies noch nicht durch Glockes Bericht erledigt war. Die Schlichtungskommission ist 12mal angerufen worden. Das Einigungsamt hatte in vier Fällen zu entscheiden. Ein Schiedspruch wurde zwecks Abschusses eines Tarifes für die Adentischerbranche gefällt. Darauf hat jedoch die Arbeitgebervereinigung dieser Branche von neuem einen Tarifentwurf eingereicht und um Verhandlungen ersucht. Die Adentischer sind aber der Meinung, daß weitere Verhandlungen eigentlich überflüssig seien und der Schiedspruch zur Geltung gebracht werden müsse. Die Angelegenheit ist noch nicht erledigt.

Vom paritätischen Arbeitsnachweis berichtete Gäh. Die Vermittlungstätigkeit war bedeutend umfangreicher als im vorigen Jahre. Im 3. Quartal dieses Jahres liegen sich 13 895 Arbeitslose einschreiben, im selben Quartal des vorigen Jahres waren es nur 8487; die Zahl der Stellenangebote war diesmal 14 052, damals 6900; besetzt wurden diesmal 10 783 Stellen, damals 5216. Die Ursache dieses Aufschwungs ist das Obligatorium in der Benutzung des Arbeitsnachweises, das soweit es bis jetzt für die Holzindustrie vertraglich festgelegt ist, auch im allgemeinen zur Geltung gekommen ist. Die Zahl der Arbeitslosen hat sich in den letzten Wochen wieder bedeutend vermehrt. Am Dienstag dieser Woche waren 2804 Arbeitslose eingeschrieben.

Den Bericht vom Arbeitsnachweis im Gewerkschaftshause gab Späth. Gemeldet haben sich dort im 3. Quartal 815 Arbeitslose, die Zahl der Stellenangebote war 720, Arbeit erhielten durch diesen Nachweis 461. Von der Kontroll- und Agitationskommission, die im 3. Quartal 445 Mitglieder zählte, berichtete der Obmann Leopold. Die Kommission hat 226 geschäftliche Sitzungen und 2060 Werkstattbesuche abgehalten. Aus 2383 Werkstätten nahmen 25 530 Kollegen an den Sitzungen teil, und von ihnen waren 22 188 organisiert.

An die verschiedenen Berichte schloß sich eine rege Diskussion, die sich meist auf Einzelheiten bezog. Der übrige Punkt der Tagesordnung, bei dem es sich namentlich um einen Antrag auf Anstellung weiterer Bureaubeamten handelte, wurde vertagt, da die Zeit zu weit vorgeschritten war, um gründlich darüber zu beraten.

## Letzte Nachrichten.

### Die Billeit- und Instbarkeitssteuer im Ausschuß.

Montagabend hat der Ausschuß zur Vorberatung der Magistratsvorlage über die Einführung einer Billeit- und Instbarkeitssteuer seine Beratungen fortgesetzt. Nach lebhaften und eingehenden Erörterungen wurde schließlich zur Vorberatung der §§ 4 und 7 des Steuerentwurfs eine Unterkommission von 5 Mitgliedern des Ausschusses gewählt.

### Zur Landtagswahlwahl in Breslau.

Breslau, 21. November. (Privatbesuche des „Vorwärts“.) Bei den heute stattgefundenen Wahlmännerwahlen für die Landtagswahlwahl im Kreise Breslau-Stadt wurden 354 sozialdemokratische Wahlmänner gewählt. Bei der letzten Wahl wurden 309 sozialdemokratische Stimmen abgegeben. Der Gewinn beziffert sich also auf 45 Wahlmännerstimmen. Ob dieser Gewinn hinreichend wird, die konservativ-liberale Mehrheit zu brechen, ist noch fraglich, weil die bürgerlichen Parteien keine genauen Ziffern angeben können.

### Aus der französischen Deputiertenkammer.

Paris, 21. November. (R. T. B.) In der heutigen Sitzung der Deputiertenkammer forderte bei der Beratung über das Finanzbudget Sembat (gen. Soc.) Maßregeln, um der Auffassung des französischen Kapitals durch das Ausland Einhalt zu tun. Zur Frage der verschiedenen Anleihen bemerkte er, Frankreich hätte sich vielleicht doch mit der Türkei einigen können; es habe ihn enttäuscht, sehen zu müssen, daß die Türkei sich an eine andere Stelle gewandt habe als an Frankreich, welches allein der Türkei ein aufrichtiger Freund sein könne. Er wisse die Haltung Frankreichs tabeln, da es auf die ungarische Anleihe erst verzichtet habe, nachdem die Presse sich gegen diese gewandt hätte. Der Finanzminister antwortete, er müsse bei diesen Fragen die gebotene Zurückhaltung üben, und könne nur sagen, daß er Fragen dieser Art scharf im Auge behalten werde, damit bei ihrer Lösung die Interessen Frankreichs möglichst gewahrt würden.

Die Moabiter Vorgänge vor Gericht.

Neunter Tag.

Nach Eröffnung der Sitzung beantragte Rechtsanwalt Dr. Heinemann die Ladung des Polizeirats Dr. Henninger...

Kriminalbeamte in Tätigkeit.

Polizeileutnant Holte meldet sich, um seine Aussage zu ergänzen. Er sei am 28. oder 29. nachts dazu gekommen...

Rechtsanwalt Rosenfeld: Bittet die Tätigkeit der Kriminalbeamten und der uniformierten Schupleute so streng trennen?

Schlägerelken zwischen beiden Beamtenkategorien gekommen ist? — Polizeileutnant Holte: Die Verantwortung dieser Frage lehne ich ab.

Konnte man die Prägen sehen?

Als Kaufmann Preuß am Sonnabend seine Aussage über die Mißhandlung eines jungen Mannes durch Kriminalbeamte gemacht hatte...

Mißhandlungen durch Polizeibeamte

Erzählt worden sind. Ein Friseur habe ihm erzählt, daß er von seinem Fenster aus, wo er von den Beamten nicht bemerkt werden konnte...

Straßenpassanten von Kriminalbeamten furchtbar geschlagen wurden, auch eine alte schwächliche Frau habe ohne jede Ursache einen Säbelhieb bekommen...

Kleines Feuilleton.

Tollstois Tod. Allein zu sterben, unbelästigt von den Krämerei und Schwärzern...

Auch die Familie hatte sich am Sterbebette versammelt, ohne daß (wie es scheint) eine Ausöhnung stattfand.

Der Kampf um den Toten geht inzwischen weiter. Trauerkundgebungen finden überall statt.

Nach ein anderer Kampf wird sich abspielen: um Tollstois literarische Erbschaft...

An der Waise des „letzten Christen“ werden so all die Mächte lebendig...

Tollstois ist ohne Veröhnung mit der orthodoxen Kirche gestorben, die ihre Späher vor und in die Tür des Erbschaftsverwalters sandte...

Ein neues Werk Gorkis. Magin Gorki hat nach einem Bericht der „Revue“ ein neues Drama vollendet...

Ladens sprachen, wird vom Verteidigerliche eine dahingehende Frage an den Zeugen Preuß gerichtet...

Die Angeklagte Frau Frieße erklärt zu diesem Thema: Der Kriminalbeamte Dens, den sie von ihrer Jugend auf kenne...

Zeugin Frau Preuß bestätigt die Angaben ihres Mannes über die Mißhandlung des jungen Mannes.

Sachhalter Prätke, ein Angestellter im Warenhaus von Preuß gibt an, daß er einmal, als er auf dem Wege nach Hause mit einigen Bekannten stehen blieb...

Pastor Schwebel

von der Reformationskirche in Anspruch. Nach Verichten bürgerlicher Zeitungen soll Pastor Schwebel am Abend des 20. von der Menge bedrängt worden sein...

indem er dem Toten die kirchliche Bestattung und die Totenmesse weigert.

Ein neuartiger „Zeitartikel“. In London erscheint seit einigen Tagen ein neues Abendblatt, die „Evening Times“.

Konzert der „Typographia“. Der riesige Festsaal der „Neuen Welt“ sah am letzten Sonntag kaum alle Gäste...

Musik.

Humor und Satire. Der Tribut der Syphilis. In der „Neuen Preussischen Korrespondenz“ bespricht ein Arzt ausführlich die drohende Schädigung der wirtschaftlichen Lage der Ärzte...

litten, sondern daß es sich nur um einen Unfug handelte, etwa so, als wenn man mit einem Stod über Rolläden fährt um Geräusch zu machen.

Die Angeklagte Frau Frieße erklärt zu diesem Thema: Der Kriminalbeamte Dens, den sie von ihrer Jugend auf kenne...

Die Angeklagte Frau Frieße erklärt zu diesem Thema: Der Kriminalbeamte Dens, den sie von ihrer Jugend auf kenne...

Die Angeklagte Frau Frieße erklärt zu diesem Thema: Der Kriminalbeamte Dens, den sie von ihrer Jugend auf kenne...

Humor und Satire. Der Tribut der Syphilis. In der „Neuen Preussischen Korrespondenz“ bespricht ein Arzt ausführlich die drohende Schädigung der wirtschaftlichen Lage der Ärzte...

Humor und Satire. Der Tribut der Syphilis. In der „Neuen Preussischen Korrespondenz“ bespricht ein Arzt ausführlich die drohende Schädigung der wirtschaftlichen Lage der Ärzte...

Humor und Satire. Der Tribut der Syphilis. In der „Neuen Preussischen Korrespondenz“ bespricht ein Arzt ausführlich die drohende Schädigung der wirtschaftlichen Lage der Ärzte...

Humor und Satire. Der Tribut der Syphilis. In der „Neuen Preussischen Korrespondenz“ bespricht ein Arzt ausführlich die drohende Schädigung der wirtschaftlichen Lage der Ärzte...

Humor und Satire. Der Tribut der Syphilis. In der „Neuen Preussischen Korrespondenz“ bespricht ein Arzt ausführlich die drohende Schädigung der wirtschaftlichen Lage der Ärzte...

Humor und Satire. Der Tribut der Syphilis. In der „Neuen Preussischen Korrespondenz“ bespricht ein Arzt ausführlich die drohende Schädigung der wirtschaftlichen Lage der Ärzte...

Humor und Satire. Der Tribut der Syphilis. In der „Neuen Preussischen Korrespondenz“ bespricht ein Arzt ausführlich die drohende Schädigung der wirtschaftlichen Lage der Ärzte...

Arbeiterkraft viel für eine gute Erziehung der Jugend tut, indem sie insbesondere gegen den Alkoholgenuß wirkt, für gute Unterhaltung sowie anregende und belehrende Vorträge sorgt, Jugendheime errichtet und dergleichen mehr. — Der Zeuge antwortet: Alle diese Bestrebungen sind mir bekannt, ich wünsche ihnen den besten Erfolg; aber in meiner Gemeinde sehe ich keinen Erfolg. — Die Frage, welche Zeitungen im Stadtteil Moabit am meisten gelesen werden beantwortet der Zeuge dahin: Am meisten die „Morgenpost“, in zweiter Linie der „Vorwärts“ und dann käme noch die „Allgemeine Zeitung“ in Betracht. — Rechtsanw. Rosenberg fragt, ob dem Zeugen bekannt sei, daß der

Arbeiter Hermann infolge eines Säbelstiches und Leben gekommen ist. — Der Zeuge sagt, er habe gehört, daß Hermann auf die Strafe gegangen sei, um seinen 16jährigen Sohn zu suchen. Zu derselben Zeit sei eine Attacke der Polizei erfolgt und dabei sei das furchterliche Geschehen. Hermann habe einen Säbelstich bekommen und sei infolgedessen an Gehirnerschütterung gestorben. — Rechtsanw. Rosenberg trägt die Ladung mehrerer Zeugen zum Halle Hermann.

#### Theodor Fischer,

Verteidiger des sozialdemokratischen Wahlvereins des sechsten Wahlkreises soll Auskunft darüber geben, ob die Partei in irgend einer Verbindung mit den Moabiter Vorgängen gestanden habe. Er sagt, eine solche Verbindung bestehe in keiner Weise. Er selbst habe von den Vorgängen erst durch die Zeitung etwas erfahren. So weit ihm bekannt, sei von den 4500 bis 5000 Mitgliedern, die der Wahlverein in Moabit hat, keiner dabei gewesen.

#### Werner,

Leiter des Bezirks Grob-Berlin des Deutschen Transportarbeiterverbandes, gibt eine ausführliche Darstellung über Ursachen und Verlauf des Streiks

#### Ursachen und Verlauf des Streiks

bei Kupfer u. Co. Die bei der Firma beschäftigten Arbeiter traten die Verhandlung mit dem Antrage heran, durch eine Lohnbewegung ihre Lage zu verbessern. Nach Prüfung der Sachlage stimmte die Verhandlung dem zu. Die Forderungen der Arbeiter wurden der Firma am 18. September zugestellt. Am 18. antwortete die Firma, die bestehende Vereinbarung gelte ja noch bis Ende September. Das war ein Irrtum, denn es bestand keine Vereinbarung mit der Firma Kupfer u. Co. Das Schreiben der Firma ist den Arbeitern in einer Versammlung am 18. im vollen Wortlaut vorgelesen worden. Es wurde eine Kommission eingesetzt, die mit der Firma verhandeln sollte. Der Geschäftsführer der Firma lehnte die Verhandlung ab. Darauf haben die Arbeiter den Streik beschlossen. Nach einigen Tagen wurde die Firma wieder, erst mündlich, dann schriftlich gefragt, ob sie bereit sei zu verhandeln. Wieder lehnte die Firma ab. Bald darauf machte der Vorsitzende des Gewerbegerichts, Magistratsrat v. Schulz, einen Einigungsversuch. Aber auch der hatte keinen Erfolg, weil der Geschäftsführer von Kupfer u. Co., der sein Erscheinen zugelassen hatte, nicht kam. Auf Ersuchen des Herrn v. Schulz haben dann die Streikenden in aller Form das Einigungsamt angefordert. Herr v. Schulz hat die Firma geladen, sie hat aber eine Verhandlung vor dem Einigungsamt abgelehnt. Inzwischen war es schon zu den Streikvorgängen gekommen. Nun wurde von unbeteiligter Seite der Oberbürgermeister Kirchner ersucht, vermittelnd einzugreifen. Der Oberbürgermeister sprach mit dem Zeugen Werner. Dieser erklärte sich mit Rücksicht auf das, was die Moabiter Bürger zu leiden hatten, bereit, den Streikenden die Aufnahme der Arbeit ohne jedes Zugeständnis durch die Firma vorzuschlagen, doch unter der Bedingung, daß sich die Firma nach Aufnahme der Arbeit einem Schiedsgericht des Einigungsamts unterwerfe. Auch das hat die Firma abgelehnt. Ein anderer Kohlenhändler sagte:

Wirtinhaber der Firma Kupfer ist Herr Stinnes, der hält die Sache aus und wenn es Millionen kostet.

Endlich gelang es am 30. September, eine Verhandlung zwischen einer Kommission der Arbeiter und dem Geschäftsführer von Kupfer u. Co. herbeizuführen. Am 10. Oktober wurde die Arbeit wieder aufgenommen.

Worüber: Haben Sie von den Streikposten Nachrichten erhalten? — Zeuge Werner: Ja. Es ist mir mitgeteilt worden, daß ihnen von der Polizei die größten Schwierigkeiten gemacht worden sind. — Der Vorsitzende fragt, ob Werner, nachdem er erfahren habe, daß Ausschreitungen gegen Arbeitswillige stattgefunden hätten, besonders nach den Vorgängen mit den Kömischen Arbeitern, die Streikenden nicht gewarnt habe. — Zeuge: Jedesmal bei Ausbruch eines Streiks werden die Beteiligten darauf aufmerksam gemacht, daß sie sich streng in den gesetzlichen Grenzen zu halten haben. Sie werden darüber genau informiert und auf die Folgen unerlaubter Handlungen aufmerksam gemacht. — Erster Staatsanwalt: Haben Sie Auftrag gegeben, die Kohlenwagen zu begleiten? — Werner: Das ist selbstverständlich. Wir müssen doch beobachten, wie weit die Firma in der Lage ist, ihren Betrieb aufrecht zu erhalten. Denn davon hängt es doch ab, ob die Fortsetzung des Streiks Erfolg verspricht oder nicht. — Erster Staatsanwalt: Haben Sie den Streikenden auch den Auftrag gegeben, die Kunden der Firma dahin zu beeinflussen, daß sie die Kohlen nicht abnehmen? — Zeuge Werner: Einen solchen Auftrag habe ich nicht erteilt, ich glaube auch nicht, daß irgend jemand solchen Auftrag gegeben hat. — Rechtsanw. Heinemann verweist auf die Anlagenschrift, worin es heißt, die Verhandlung habe den Streik gestiftet, sie habe deshalb in der Versammlung der Arbeiter am 18. September das Schreiben der Firma nicht ganz verlesen, die Verhandlung habe durch diesen Streik eine Machtprobe machen wollen. — Zeuge Werner bemerkt, das Schreiben sei ganz verlesen worden. Er stelle entschieden in Abrede, daß die Verhandlung eine Machtprobe machen wollte. Wenn die Firma nur etwas entgegenkommen gezeigt hätte, dann würden die Arbeiter statt der geforderten Lohnerhöhung von 7 Pf. mit 8 oder 4 Pf. zufrieden gewesen sein. Der Verband stehe auf dem Standpunkt, daß der Streik nur als äußerstes Mittel anzuwenden sei. Den größten Teil der Lohnbewegungen habe der Verband ohne Streik durchgeführt. — Auf weitere Fragen der Verteidiger antwortet der Zeuge: Die Wendung in dem mehrfach erwähnten Urteil, es müsse „mit allen Mitteln“ dahin gewirkt werden, daß die Forderungen der Streikenden anerkannt werden, kann von den Arbeitern gar nicht anders verstanden werden, als daß nur gesetzliche Mittel gemeint sind. Der Aufruf wende sich doch nur an die organisierten Arbeiter und diese wissen, daß sie ungesetzliche Mittel nicht anwenden dürfen und denken auch gar nicht daran, es zu tun. — Erster Staatsanwalt: Wie kommt es denn, daß 12 von den Streikenden wegen Ausschreitungen angeklagt sind? — Zeuge hier und sechs vor dem Schwurgericht. — Zeuge: Bei solchen Vorgängen sprechen die verschiedenen Momente mit. Die Verhandlung hält jede Ausschreitung für einen Fehler und vernurteilt sie deshalb. — Erster Staatsanwalt Steinbrecht fragt, warum nicht schon nach den ersten Angriffen auf Kohlenwagen am 23. und 24. September die Streikenden gewarnt worden seien, wie es nachher bei Morgenstern am Wedding geschehen sei. — Zeuge: Bei einem Streik von so geringem Umfange brauchen wir die Öffentlichkeit nicht in Anspruch zu nehmen. Da wenden wir uns persönlich an die Streikenden. — Die Verteidiger Dr. Heinemann, Dr. Cohn, Dr. Rosenfeld und Liedtke rufen noch eine Reihe von Fragen an den Zeugen, die er, kurz zusammengefaßt, dahin beantwortet: Die Polizei ist bei dem Streik bei Kupfer u. Co. scharfer vorgegangen als wie wir es bisher gewohnt waren. Sie ist in der weitgehendsten Weise für den Schutz der Arbeitswilligen und für die Interessen des Arbeitgebers eingetreten. Von 6-8 reisenden Schulen wurde jeder Kohlenwagen begleitet. Dadurch sind die Arbeiter in Unruhe und Erregung ver-

setzt worden. Das Auftreten von Hingeh, die Probokationen der Streikenden durch die Arbeitswilligen haben die Erregung noch gesteigert. Die Arbeitswilligen konnten sich ja

#### unter dem Schutze der Polizei solche Probokationen

erlauben. Wo sich die Streikenden nur sehen ließen, sind sie von den Leuten Hingeh belästigt worden. Einer der Arbeitswilligen hat doch sogar auf Menschen geschossen. Auch durch die Polizei sind die Streikenden belästigt worden. Aus den Lokalen, wo sie zusammenkamen, wurden sie durch die Polizei vertrieben. Wenn nicht die Polizei in solcher Weise eingegriffen hätte, dann hätte der Streik einen besseren Erfolg gehabt und alle weiteren Folgen wären nicht eingetreten. Es ist ausgeschlossen, daß die Arbeiter durch den Terrorismus des Verbandes oder aus Furcht vor Mißhandlungen in den Streik getreten sind. Sie haben den Streik nach eigenem Ermessen beschlossen. — Vorsitzender: Die Arbeitswilligen werden doch wohl als Verräter betrachtet und ihr Erscheinen genügt um Aufregung herbeizuführen? — Zeuge: Durch die Arbeitswilligen an sich wird niemand erregt. Aber solche Elemente, wie die, welche hier als Arbeitswillige erschienen, mußten allerdings Anlaß zu Erregung geben, besonders wenn dazu noch das Verhalten der Polizei kommt, die sich bei wirtschaftlichen Kämpfen immer auf die Seite der Unternehmer stellt. — Der Erste Staatsanwalt Steinbrecht fragt, ob der Zeuge nicht wisse, daß schon am dem ersten Tage, wo Kohlenwagen angegriffen wurden, aus dem Bilzchen Lokale mit Flaschen und Steinen geworfen worden sei. — Auf eine Bemerkung vom Verteidiger, daß diese Behauptung des Ersten Staatsanwalts ganz neu sei, meint dieser, daß habe doch der Polizeileutnant Folte ausgelegt. — Zeuge Folte wird darauf befragt und sagt: Als ich bei dem betreffenden Vorfall hinter einer Schutzmannschilde herging, wurde ich von einem Stein in den Rücken getroffen. Aus der Wurfrichtung nahm ich an, der Stein sei von Leuten geworfen, die vor dem Bilzchen Lokal und der nahe dabei befindlichen Metallarbeiterbörse standen. — Die Angeklagten Liedemann und Bilz bemerken hierzu: Als sich der Vorfall mit dem Kohlenwagen abspielte, von dem hier die Rede ist, hatte Bilz die Eingangstür seines Lokals verschlossen und keinen der Streikenden hinausgelassen.

Darauf richten die Verteidiger noch mehrere Fragen an den Polizeileutnant Klein. Dieser sagt unter anderem, es seien in Moabit 600 bis 600 uniformierte Schulente in Dienst gewesen, während in demselben Gebiet für gewöhnlich 80 bis 90 Beamte Dienst tun. Daß auch Leute, die gar nicht zur Schutzmannschaft gehören, in jenen Tagen in Schutzmannsuniform gesteckt und nach Moabit geschickt seien, erklärt der Zeuge für ausgeschlossen. Solche Leute könnten gar keine Verwendung finden, denn die Schulente müßten doch für ihren Dienst besonders erogen werden. — Rechtsanw. Dr. Cohn: Eben weil sich in jenen Tagen viele Schulente ungezogen benommen haben, nimmt man an, es seien nicht alle, die Schutzmannsuniform trugen, Schulente gewesen.

Damit schloß die Sitzung. Die Verhandlung wird heute um 9 1/2 Uhr fortgesetzt.

## Aus Industrie und Handel.

### Der Nahrungsmittelaufwand im Oktober.

Für die Berechnung des wöchentlichen Nahrungsmittelaufwandes einer Familie gehen wir, schreibt die „Arbeitsmarkt-Korrespondenz“, von der Nahrungsmittelration des deutschen Marinefeldaten aus und suchen für 55 Städte festzustellen, was nach den Detailpreisen in jedem Ort diese Ration kosten würde. Für jeden Platz wird die Zahl der Einwohner berücksichtigt, so daß sich ein Gesamtdurchschnitt berechnen läßt, aus dem sich ergibt, wie die Bewegung der Nahrungsmittelpreise von Monat zu Monat auf die Kosten der Ernährung einwirkt. Der Nahrungsmittelaufwand ist nicht wie im vergangenen Jahre von September auf Oktober zurückgegangen, sondern er hat eine geringe Erhöhung erfahren. Es stellte sich der Nahrungsmittelaufwand einer vierköpfigen Familie im Oktober dieses Jahres auf 23,57 M. pro Woche. Er betrug im September 23,58 M. Im Vorjahre stellte sich die Standardziffer im September auf 23,74 Mark und ging im Oktober auf 23,67 Mark zurück. So kommt es, daß die Standardziffer, die im September noch um 0,18 Mark hinter der des Vorjahres zurückblieb, im Oktober nur eine Ermäßigung um 0,10 M. gegenüber 1909 aufzuweisen hat. In verschiedenen Landesteilen geht der Nahrungsmittelaufwand aber bereits wieder über den vorjährigen hinaus. So ergibt sich im Durchschnitt der berichtenden Orte Ost- und Westpreußen im Oktober d. J. ein Nahrungsmittelaufwand von 21,53 M. gegen 21,90 M. im Oktober 1909. In Königsberg i. Pr., Bismarck, Allenstein, Danzig und Graubenz stellt sich die Standardziffer höher als im Oktober d. J. Auch in der Provinz Sachsen ist, soweit Berichte vorliegen, der Nahrungsmittelaufwand wieder höher als 1909, und zwar betrug er im Durchschnitt 24,35 M. gegen 24,18 M. im Vorjahre. Halle und Erfurt ragen mit starken Preissteigerungen hervor. Daraus geht hervor, daß im vergangenen Jahre stehen die Haushaltkosten in Westdeutschland. Die westfälischen Städte zeigen einen Durchschnittsstandard von 23,01 M. auf gegen 22,98 M. im Vorjahre, die berichtenden Städte Hessen-Rheinlands einen solchen von 24,24 M. gegen 23,98 M. und die des Rheinlands endlich einen solchen von 24,06 gegen 25,08 M. im vorigen Jahre. Wo es eine ganze Mark pro Woche gehen hier die Haushaltkosten über die des Vorjahres hinaus.

Erweiterter Fleischmarkt. Die „Daily Chronicle“ aus Washington meldet, sind Verhandlungen, welche eine Ausdehnung des amerikanischen Fleischmarktes in der Weise bezwecken, daß ihm die großen Exporteure und die großen Rinderzucht von Argentinien und Neuseeland beitreten, dem Abschluß nahe.

Große Zuderproduktion. Nach dem Ergebnis der Umfrage der Internationalen Vereinigung für Zuderstatistik vom 9.-11. November stellt sich die Röhrenverarbeitung aller Länder für 1910/11 auf 51,4 Millionen Tonnen gegen 40,6 Millionen Tonnen im Vorjahre; die voraussichtliche Zuderzeugung erfährt in derselben Zeit eine Steigerung von 0,1 Millionen Tonnen auf 7,79 Millionen Tonnen.

## Aus der Frauenbewegung.

### Es tagt — in Russland.

Der Internationale Abolitionistenbund, der im letztvergangenen Frühjahr in St. Petersburg tagte, veranstaltete, wie erinnerlich, eine Umfrage unter den dortigen Prostituierten über die Ursachen, die sie der Prostitution zugeführt haben. Diese Umfrage, deren Ergebnisse so recht den innigen Zusammenhang zwischen kapitalistischem Wirtschaftssystem und Prostitution bloßlegten, förderte auch geradezu haarsträubende Einzelheiten über die Prostitution selbst zutage. Die Erinnerung an diese Umfrage wird wachgerufen durch die Mitteilung, eine vom Medizinalrat eingesetzte Kommission unter dem Vorsitz des Leibmedikus Wertensson habe ein Gesetzentwurf zur Organisation der Prostitution über die Prostitution im Reich ausgearbeitet, das bereits vom Medizinalrat gutgeheißen worden ist und im wesentlichen auf folgende Sache hinausläuft: Unter der Aufsicht über die Prostitution hat man eine gesetzliche bestimmte Organisation zu verstehen, die in möglichst vollkommener Weise die Erziehung sanitärer und prophylaktischer (vorbeugender) Maßregeln sicherstellt und jeden Anlaß zu Rechtsverletzungen ausschließt. Dementsprechend sind sowohl familiäre Bordelle

zu schließen, deren Vorbestehen vom sanitär-prophylaktischen Standpunkt nicht zu rechtfertigen ist und den einfachsten Grundanschauungen der Humanität Hohn spricht, als auch alle anderen Normen der reglementierten öffentlichen Prostitution zu beseitigen. Der rationale Kampf der durch die Prostitution stattfindenden Verbreitung der Syphilis und anderer venerischer Krankheiten gleichwie die Beaufsichtigung der Prostitution ist den kommunalen Institutionen zu übertragen. Die gegenwärtig bestehende Form der Aufsicht über die Prostitution, bei der die Polizei die Hauptrolle spielt, entspricht ihrem Zweck weder in sanitär-prophylaktischer Hinsicht, noch vom Standpunkte des Rechtes und des Wohlstandes. Auf Grund der im Gesetz aufgestellten allgemeinen Prinzipien haben die kommunalen Institutionen, den örtlichen Verhältnissen entsprechend, selbständig die erforderlichen Maßregeln planmäßig auszuarbeiten und durchzuführen.

Aus Anlaß der neuen Verordnungen über die Prostitution, die der Minister des Innern zu erlassen beabsichtigt, wurde von den Gouverneuren eine Reihe von Tatsachen über die Verbreitung der Prostitution zusammengefaßt. Nach diesen Zusammenstellungen beträgt beispielsweise in Warschau allein die Zahl der der ärztlichen Kontrolle unterstellten Prostituierten 45 000, gleich 5 Proz. der Gesamtbevölkerung. Wie viele nicht kontrolliert werden, läßt sich natürlich nicht feststellen. Die Zahl der Prostituierten, die bei dem herrschenden Elend der Bevölkerung in Warschau seit jeher außerordentlich groß war, schwoll in den letzten Jahren infolge der Arbeitslosigkeit und der gewissenlosen Ausbeutung der Arbeiter immer mehr an. Angesichts dieser Zahlen ist es vielleicht am Platze, daran zu erinnern, daß bald nach dem ersten Generalstreik in Rußland-Polen im Frühjahr 1905 Warschauer Arbeiter die öffentlichen Häuser denutzten, in dem trügerischen Glauben, der Prostitution, die ihnen ihre Töchter raubte, so ein Ende zu bereiten. Wie naiv diese Illusion auch war, sie zeigte doch, wie selbst diese vielfach noch unbewußte Arbeiterklasse diesen brennenden Schandfleck empfand.

### Einführung des Frauenstimmrechts.

Bei einer im Staate Washington am 8. November vorgenommenen Volksabstimmung entschied sich die Bürgerchaft für die Einführung des Frauenstimmrechts. In Colorado, Wyoming, Utah und Idaho bejahen die Frauen bereits dieses Recht.

## Aus aller Welt.

### Vom Erdgasbrand in Neuenhamme.

Das noch immer in unverminderter Stärke aus der Erde strömende Erdgas soll industriellen Zwecken nutzbar gemacht werden. Die Hamburger Feuerwehr hat daher gestern einen Versuch unternommen, die gewaltige Feueräule durch Wasserdruck zu löschen. Es wurden schräg gegen die Ausströmung Wasserstrahlen mit acht Atmosphären Druck geschleudert, wodurch sich das Gas mit Wasser vermischt, so daß es unentflammbar wurde. In den nächsten Tagen sollen Vorkehrungen getroffen werden, das Gas zur späteren Verwertung abzulassen. Bis dahin läßt man es weiter brennen. Gelingt es, den Brand zu löschen, so wird den Vierländern eine gewaltige natürliche Gasquelle erschlossen.

### Im Schatten der Sakristei.

Rom, den 19. November 1910. Vor den Äpfeln von Genua wird zurzeit ein Prozeß gegen einen fünfzehnjährigen Knaben verhandelt, der als Chorknabe an einer Kirche tätig war und der einen anderen in gleicher Eigenschaft tätigen Knaben auf grausame Weise ermordet hat. Als Grund hat der kleine Delinquent angegeben, daß der Getötete ihn seit Wochen überwachte, um ihn beim Bestehen der Almosensbüchse der Kirche zu überfallen. Während der Verhandlung hat der Angeklagte angegeben, daß zwischen ihm und dem Sakristan Chierichetti wibernatürliche Beziehungen bestanden. Chierichetti leugnet das, aber ein Priester hat über diese Beziehungen ausgesagt, daß sie ihm zur Anzeige gebracht wurden. Der geistliche Herr hat es nicht der Mühe wert befunden, der schwereren Anklage nachzuforschen und irgendwelche Schritte zu tun.

### Kleine Notizen.

Opfer der „göttlichen Veltordnung“. Die in Kiel wohnende Witwe Schöffel hat am Sonntagmorgen ihren 12 Jahre alten Sohn und dann sich selbst erhängt. Rahrungssorgen haben die Ursache zu dem Schritt gezwungen.

Einen furchtbaren Tod erlitt auf dem Ritterhause in Rattowig ein Bergmann durch einen Sturz vom Kohlenzug. Dem Unglücklichen wurde der Kopf vollständig vom Kumpfe getrennt.

Folgeschwere Karbidexplosion. In Libot (Frankreich) ist in einer chemischen Fabrik eine durch Schnee feucht gewordene Ladung Karbid explodiert. Fünf Arbeiter wurden verwundet, davon drei tödlich.

Eine schwere Gaseplosion ereignete sich in den Hochöfen eines industriellen Werkes bei Charleroi. Mehrere Arbeiter wurden unter den Trümmern der Hochöfen begraben und sind bis jetzt nicht aufgefunden worden. Von den Schwerverletzten sind bereits zwei gestorben.

Dr. Crippens Gnabengedächtnis. Das von der Verteidigung des Gattenmörders Dr. Crippen eingelagte Gnabengedächtnis ist von dem Minister des Innern verworfen worden. Die gegen den Verurteilten verhängte Todesstrafe wird am 29. November vollzogen werden.

Schwerer Unfall auf einem Marineübungsplatz. Infolge vorzeitigem Losgehen eines Schusses aus einer fünfzölligen Kanone wurde auf dem Marineübungsplatz in Indian Head (Vereinigte Staaten von Nordamerika) das Verschlusstück in die Bedienungsmannschaft hineingeschleudert. Drei Soldaten und der kommandierende Offizier wurden dabei getötet.

**Orts-Krankenkasse für das Gewerbe der Tischler und Pianoforte-Arbeiter zu Berlin.**

Mittwoch, den 30. November 1910, abends 8 Uhr:

**General-Versammlung**

der

**Vertreter der Kassemitglieder und der Arbeitgeber**

im Gewerkschaftshause, Engelauer 15 (Saal 1).

Tagesordnung:

1. Bericht des Vorstandes;

2. Wahl von 2 Hilfsarbeitern;

3. Ergänzungswahl des Vorstandes

a) 2 Arbeitgeber,

b) 2 Arbeiter;

4. Wahl von 3 Revisoren zur Prüfung der Jahresrechnung.

19066 Der Vorstand.

### Berichtigung.

Die am 25. d. Mts. stattfindende Verammlung der Orts-Krankenkasse der Dachdecker Berlins ist keine außerordentliche, sondern eine

**Ordentliche**

**General-Versammlung.**

Berlin, den 21. November 1910.

J. Hornemann, Vorsitzender.

**Gemeinsame Orts-Krankenkasse für**

**Hilfsmittel- und Ang.**

**Berichtigung**

zur Tagesordnung der am 30. November 1910 stattfindenden General-

Verammlung:

Punkt 3 der Tagesordnung erhält

noch folgenden Inhalt:

1. Die 14. Statutenänderung (Änderung des § 49 Abs. 3 des Statuts).

Dr. Wilmersdorf, 21. November 1910. Der Vorstand. 295/17

Kiesel, Tuckermann, Vorsitzender. Schriftführer.

**Hygienische**

Bedarfsartikel, Neuest. Katalog

Empfehl. viel Acarie u. Prof. grat. u. H. Vng. Gummiwaren

Berlin W. V. Friedrichstraße 41/42

**Sozialdemokratischer Verein**  
im  
**fünften Berliner Wahlkreise.**  
Unser Mitglied, der Genosse  
**Adolf Augner**  
Christburger Str. 30 (1. Abteilung)  
ist dahingefahren.  
**Ehre seinem Andenken!**  
Die Beerdigung findet Mittwoch  
nachmittags 4 Uhr auf dem Barthe-  
lomäus-Kirchhof, Weihensee,  
Fallenberger Weg, statt.  
Zahlreiche Beteiligung erwünscht  
**Der Vorstand.**

**Freier Unterstützungsverein**  
bei der Firma  
**Foerster u. Runge.**  
Den Kollegen zur Kenntnis,  
dass unser langjähriges Mitglied  
**Karl Schümann**  
nach schwerem Krankenlager am  
Freitag, den 18. November, ver-  
storben ist.  
Wir werden seiner stets gedenken.  
Die Beerdigung findet heute  
Dienstag, den 22. November, nach-  
mittags 4 Uhr, von der Leichen-  
halle des Emmaus-Kirchhofes in  
Niederkirchhof, Hermannstraße, aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
**Der Vorstand.**

**Zentral-Kranken- u. Sterbekasse**  
der deutschen Wagenbauer. E. H.  
Filiale Berlin 12.  
Am Freitag, nachts, starb an  
den Folgen eines Schlaganfalles  
unser langjähriges Mitglied der  
Ordnung, der Schlosser  
**Alfred Gambke.**  
**Ehre seinem Andenken!**  
Die Beerdigung findet am  
Dienstag, nachmittags 3 Uhr, von  
der Leichenhalle des Heilands-  
Friedhofes in Weihensee aus statt.  
257/17 Die Ortsverwaltung.

**Deutscher**  
**Transportarbeiter - Verband.**  
Bezirkverwaltung Groß-Berlin.  
Den Mitgliedern zur Nachricht,  
dass unser Kollege, der Koll-  
fischer  
**Heinrich Walter**  
am 20. November im Alter von  
41 Jahren verstorben ist.  
**Ehre seinem Andenken!**  
Die Beerdigung findet am  
Mittwoch, 23. November, nach-  
mittags 3 1/2 Uhr, von der Leichen-  
halle des Heiligen Kreuz-Kirchhofes  
aus statt.  
52/10 Die Bezirksverwaltung.

**Deutscher**  
**Metallarbeiter-Verband**  
Verwaltungsstelle Berlin.  
**Todes-Anzeigen.**  
Den Kollegen zur Nachricht,  
dass unser Mitglied, der Schlosser  
**Alfred Gambke**  
am 18. d. Mts. an Schlaganfall  
gestorben ist.  
Die Beerdigung findet am  
Dienstag, den 22. November, nach-  
mittags 3 Uhr, von der Leichen-  
halle des Heilands-Kirchhofes in  
Weihensee aus statt.  
Rege Beteiligung wird erwartet.  
Den Kollegen und Kolleginnen  
zur Nachricht, dass unser Mitglied,  
die Arbeiterin  
**Jenny Baer**  
am 20. d. Mts. an Lungenleiden  
gestorben ist.  
Die Beerdigung findet am  
Mittwoch, den 23. November,  
nachmittags 3 Uhr, von der  
Leichenhalle des Philippus-Apostel-  
Kirchhofes in der Seestraße aus  
statt.  
Rege Beteiligung wird erwartet.  
**Nachruf.**  
Den Kollegen zur Nachricht,  
dass unser Mitglied, der Metall-  
arbeiter  
**Johann Zawada**  
am 16. d. Mts. an Unfall ge-  
storben ist. 125/16  
**Ehre ihrem Andenken!**  
Die Ortsverwaltung.

**Zentralverband d. Maurer/Deutschl.**  
**Zweigverein Berlin.**  
Sektion d. Gips- u. Zementbranche.  
Den Kollegen zur Nachricht, dass  
unser Mitglied, der Kollfischer-  
träger  
**Richard Kwiecinski**  
am 17. November im Alter von  
41 Jahren nach langen Leiden an  
der Prostatierkrankheit gestorben ist.  
**Ehre seinem Andenken!**  
Die Beerdigung findet am Mitt-  
woch, den 23. Nov., nachm. 3 Uhr,  
von der Leichenhalle des Zentral-  
Friedhofes, Friedrichsfelde, aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
130/9 Der Sektionsvorstand.

**Todes-Anzeige.**  
Nach schwerem Leiden entschlief  
im 46. Lebensjahre meine innig-  
geliebte Frau, unsere gute Mutter  
**Ottilie Herzog**  
geb. **Zimmermann.**  
Die Beerdigung findet am Mitt-  
woch, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der  
Leichenhalle des Kirchhofes in  
Weihensee aus statt.  
Um stille Teilnahme bitten  
**Otto Herzog** nebst Kindern.

**Dankfagung.**  
Für die vielen Beweise herzlicher  
Teilnahme beim Hinscheiden meines  
lieben Mannes **Wilhelm Degen**  
sage ich hiermit allen Kollegen,  
Freunden und Bekannten sowie dem  
Deutschen Buchbinder-Verband herz-  
lichsten Dank.  
1905b  
**Frau Hedwig Degen.**

Am 19. November verstarb nach  
längerem Leiden mein lieber,  
guter Mann, unser sorgsamster  
Vater, der Brauer  
**Georg Gleißmann**  
im 51. Lebensjahre.  
Dies zeigen an die trauernden  
Hinterbliebenen  
**Johanna Gleißmann geb. Geihar**  
Erna u. Else als Kinder.  
Die Beerdigung findet Mittwoch,  
den 22. nachm. 3 1/2 Uhr, auf dem  
Zentral-Friedhof in Friedrichs-  
felde statt. 1905b

**Dr. Simmel**  
Spezial-Arzt  
für Haut- und Harnleiden.  
Prinzenstr. 41, dicht am  
Moriplatz,  
10-2, 5-7, Sonntags 10-12, 2-4

**Verband der Brauerei- und**  
**Mühlensarbeiter** und verwandter  
Berufsgenossen.  
Ortsverwaltung Berlin.  
Am Sonntag, den 19. Novbr.,  
verstarb nach langem, schwerem  
Leiden unser Kollege, der Brauer  
**Georg Gleißmann**  
(Ehlichstr. 1).  
**Ehre seinem Andenken!**  
Die Beerdigung erfolgt morgen  
Mittwoch, den 22. November, nach-  
mittags 2 1/2 Uhr, von der Leichen-  
halle des Zentral-Friedhofes in  
Friedrichsfelde aus.  
Zahlreiche Beteiligung erwünscht  
43/19  
**Der Vorstand.**

**Schneiderei**  
für elegante  
**Herren-Moden**  
Fertig und nach  
Maß - Garan-  
tie für tadello-  
sen Sitz und best-  
mögliche Ver-  
arbeitung. Auf  
**Teilzahlung**  
Wochenrate von  
**1 Mk.** an.  
**J. Kurzberg**  
Rosenthalerstr. 40  
direkt am Hacke-  
schen Markt, im  
Laden u. L. Etage.

**Deutscher**  
**Transportarbeiter - Verband.**  
Abteilung Hafnarbeiter.  
Am Sonntag, den 19. Novbr.,  
starb nach langem, schwerem  
Leiden unser Kollege, der Arbeiter  
**Franz Schwedowski**  
an Bluthung.  
Die Beerdigung findet heute  
Dienstag, den 22. November,  
nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichen-  
halle des Heilands-Kirchhofes in  
Weihensee aus statt.  
Um rege Beteiligung bitten  
**Der Vorstand.**

**Hautausschlag**  
Lade ich nach 1 Etage Jucker's  
Parent-Medizinale-Seife ein voll-  
ständig reines Gesicht. Ich gebrauche  
Ihre Seife seit Jahren. D. B. in  
Haben. a. Et. 30 St. (15 1/2) u.  
1,50 M. (35 1/2) ig. (siehe Form).  
Dazugehörige Jucker-Creme 75 St.  
u. 2 M., fern Jucker-Seife (mit) 50  
St. u. 1,50 M. in Berlin in  
Schrenk's Drogerie, (Hofstr. 10),  
Frankfurter Allee 199, C. Schulz,  
Chausseestr. 87, Hugo Schulz,  
Hilberstr. 100a, Otto  
Winder, Weihensee-Str. 29, in  
Rixdorf: Drogenhaus Vincenz, sowie  
in sämtl. Apoth., Drogerie u. Parfüm.  
Nichts anderes anpreisen lassen. Es  
gibt dafür keinen Ersatz!

**Berichtigung!**  
Die Beerdigung der Frau  
**Charlotta Kostroa**  
findet nicht heute nachmittags um 3 Uhr,  
sondern um 2 Uhr statt.

**Blumen- und Kranzbinderei**  
von **Robert Meyer**,  
nur **Mariannen-Str. 2.**

Aromatisch  
Kräftig  
Ergiebig

# Bären-Kaffee

Aromatisch  
Kräftig  
Ergiebig

überall käuflich.

## Die Fleisch-Teuerung

trifft die Hausfrau nicht so schwer, wenn  
sie, statt teures Suppenfleisch zu kaufen,  
die Suppen aus  
**MAGGI'S Suppen in Würfeln**  
herstellt.

Ein Würfel zu 10 Pf. gibt, nur mit  
Wasser kurze Zeit gekocht, 2 gute Teller  
gehaltvolle, wohlschmeckende Suppe,  
die der besten mit Fleischbrühe zubereiteten  
Suppe in nichts nachsteht.

Mehr als 30 Sorten sorgen für Ab-  
wechslung und tragen jedem Geschmack  
Rechnung.

Beim Einkauf verlange man aber  
ausdrücklich **MAGGI'S Suppen** und  
achte auf den Namen **MAGGI** und die  
Schutzmarke „Kreuzstern“.



## Reingefallen

„Goldperle“

und Schutzmarke Kaminfeger achten.  
Jedes Paket enthält eine entzündende Ge-  
schenkbottle. — Alleiniger Fabrikant:  
**Carl Fentner, Söppingen.**



## Geschäfts-Eröffnung!

Ich habe in der **Tritstr. 8** (Ecke Genterstr.) eine  
**Schweine-Schlächtereier u. Wurstfabrik**  
eröffnet und bitte um gütigen Zuspruch. 1852L.  
Ich bemerke ausdrücklich, daß mein Geschäft mit  
der Firma **Morgenstern** nicht in Verbindung steht.  
Hochachtungsvoll  
**Otto Schützsack.**

**Festsäle**  
Sonntags und Sonntage in diesem und nächsten  
Jahr noch frei!  
**Armin-Hallen, Kommandantenstr. 58/59. Amt IV, 10155.**

## „Unsere Platte“

Die Arbeitermarseillaise, Der Sozialistenmarsch  
und andere Platten, Weihnachtsaufnahmen.  
**Apparate und Platten**  
gegen bequeme Teilzahlungen! Ohne Anzahlung, ohne Provisionsaufschlag.  
Platte 1,50 M.  
Spezialität: Sozialdemokratische Gesänge.  
**E. Wallstab & Co.,**  
Charlottenburg, Pestalozzistr. 60.  
Filiale: Berlin N., Lortzingstraße 36.

**5 Proz. Rabatt**  
bei Vorzeig. dieses Inserats

**Für Damen**  
Aus meinem  
Engros-Lager.

Einzel-Verkauf  
nur v. 2-8 Uhr

Diese enorm  
billigen Preise  
haben bis Sonntag  
den 27. November  
Geltung!

**Schwarze Jacketts u.**  
**Frauen-Mäntel** aus  
prima  
Mokimo u. Astrachan  
stoffen. Ladenwert  
bis 40 M., jetzt  
bei mir  
18<sup>00</sup> 18<sup>00</sup> und 25<sup>00</sup> M.

**Eleg. blaue Kammgarn-Kostüme**  
Ladenwert bis 50 M.,  
jetzt bei mir 17<sup>50</sup> u. 25<sup>00</sup> M.

**Engl. Paletots** aus blauen und  
engl. Stoffen,  
Ladenwert bis 30 M., jetzt  
bei mir 8<sup>50</sup> 12<sup>00</sup> und 17<sup>50</sup> M.

**Kinder-Paletots** aus  
prima Eskimo in allen Farben  
und Längen enorm billig.

**Kein Laden.**

Sonnt. öffn. | Fahrg. ersetzt

**H. Heymann**  
partier, **Grüner Weg 48**  
(an der Koppenstraße).  
Fahrgelgenheit: Elektrische  
Bahnen Nr. 1, 3, 6, 16, 22,  
31, 45, 76, 78, 79.

**Ungewitter's Kautabak**  
garantiert rein aus Kentuckytabak,  
seit Jahrzehnten übertrifft.  
Niederlage:  
**O. Reimer, Lichtenberg-Berlin O.,**  
Gürtelstr. 1, Ecke Frankl. Chaussee.  
4452

**Chick u. elegant**  
kleidet man sich b.  
Schneidermaler  
**M. Katz,**  
Dresdener Straße 76  
gegen Teilzahlung v.  
monatlich M. 10,00 od.  
wöchentlich M. 2,50  
nach Maß in künst-  
licherer Passform.  
Engl. Jackettanzug 58 M.  
Smoking-Anzug . . 72 M.  
Gehrock-Anzug . . 78 M.  
Paletots und Ustler von  
55 M. an.

**Eine Mark**  
wöchentliche Teilzahlung  
**elegante**  
**Herren-Moden**  
fertig und nach Maß,  
feinste Verarbeitung.  
**S. Boltuch**  
Frankfurter Allee 75, 1  
Eingang Tilsiter Strasse.

**Monats-Garderobe!**  
Die besten Winter-Paletots  
und Anzüge für Herren, Smoking-  
Anzüge, Frackanzüge, sowie von  
Stavalleren gewogene, fast neue  
Sachen, für jede Figur passend, in  
größerer Auswahl zu unübertroffen  
**billigen Preisen.**  
1 Treppe, deshalb billiger wie im  
Laden. 124/7\*  
**Hirsch Kieferbaum, Wasserkor-**  
straße 12/13 1  
(früher Prinzenstr. 33).

**Uhren- u. Möbel-Kredit-Haus**  
Inhaber  
**Carl Barthel** Joachim Hochmuth  
Berlin O. 34, Zorndorfer Str. 54.  
In neuen, modern eingerichteten Räumen.  
Separate Abteilungen für  
**Uhren, Goldwaren, Sprechmaschinen und**  
**Platten sowie komplette Wohnungs-Einrichtungen, bunte**  
**Küchen, einzelne Möbel, Spiegel, Polsterwaren, Teppiche**  
**Gardinen, Tischdecken usw.**  
Alles auf bequeme Ratenzahlungen bei billigen Preisen.  
Amt VII 7559.

**Damen-Konfektion**  
direkt aus der Fabrik.  
**Kein Laden.**  
**Auch Einzelverkauf**  
**enorm**  
**billig!**

Kostüme  
Kostüm - Röcke  
Paletots  
Kimonos  
Golf - Jacketts  
Mädchen-  
Paletots.

**Robert Baumgarten**  
Hausvogteiplatz II, L. Etg.  
schrägüber Untergrund-Bahnhof.  
Bei Vorzeigung dieses In-  
serates an der Kasse werden  
5 % Rabatt vergütet.  
Auch Sonntags geöffnet.

**Vorwärtsleser! Aufgepaßt!**  
Prinzen-Pfandbriefe, Prinzen-  
straße 34, 1 Treppe (teu-  
reren), **Monatsgarderobe**  
und verfallene Wänder, für jede  
Figur passend, bestehend in Winter-  
paletots von 8-25, Anzügen von  
10-25, Hosen von 2,50 an, Westen,  
Häute, Gardinen, Vorhänge,  
Teppiche, Goldschmuck, Uhren,  
Ketten, Ringe, Pelz-Stolas, im  
Verlag verfallen, faunend billig.  
Kannnen-Vorzeiger erhält Fahr-  
geld, Prinzen-Pfandbriefe, Prinzen-  
straße 34, 1 Treppe (schräg-  
über Untergrund-Bahnhof).

**Gelegenheitskauf!**  
**Schlafdecken**  
in Wolle, extra schwer  
3<sup>50</sup> 4<sup>50</sup> 5<sup>00</sup> 6<sup>00</sup> M.  
**Pferdedecken**  
2<sup>50</sup> 3<sup>50</sup> 4<sup>50</sup> 5<sup>50</sup> M.  
Versand per Nachnahme.  
**Emil Lefèvre,**  
Berlin Oranienstr. 158.  
Fehlerhafte Decken  
spottbillig!

**Syphilis-Nachweis**  
in allen frischen u. veralteten zweifelhaft.  
Fall, durch wissenschaftl. Untersuchung,  
sofort; desgl. Darm- (per) auf Gon-  
orrhoe (Häben) u. Syphilis-Analysen.  
Dr. Homeyer & Co., Spezial-Laborat.,  
Friedrichstr. 189, im Kronen-  
und Döbrentzstr. 1, 8724. Berl. M. 12/13.  
Nacht u. teierl. Geöffnet von 8-8  
Sonntags von 12-1.

**Dr. Schünemann**  
Spezialarzt für Haut- und Harnleiden,  
Frauenkrankheiten, 6612\*  
jetzt **Oranienstr. 139**, gegenüber  
Kommandantenstraße.  
10-2, 5-7, Sonntags 10-12.

**Gummiwaren**  
aller Art. Anfr. orb. Gummi-  
Grosso-Haus C. A. Growald,  
Charlottenbg.-Bln. 37, P.-A. 2.  
Versand auch an Private.

**Pianos-Gelegenheits-**  
**käufe** in gr. Auswahl v. 300 bis  
400 M., dar. Schiedmeyer, Blase etc.  
Garantie. — **Pianchauss Krause,**  
Berlin W., Ansbacher Str. 1.

**1910er Gänse, Enten**  
Bel. (s. o. par. 1. d. Unterr. 10 weiße,  
ganz ausgewachsene Gänse 24, 26, —  
12 ganz ausgewachs. Enten 21, —  
Schneller, Myslowitz, O.-S., Nr. 2.



Gaukonferenzen der Brandenburger Bauarbeiter.

Die erste und letzte Gaukonferenz des Maurerverbandes fand am Sonntagvormittag im Gewerkschaftshause statt. In einem geschichtlichen Rückblick gedachte der Vorsitzende Silber-

schmidt der ersten Konferenz der Maurer der Provinz Brandenburg im Jahre 1893. Damals hatte eine gewisse Kluftlosigkeit, veranlaßt durch die schlechte wirtschaftliche Lage und mangelhafte Organisation, um sich gegenseitig, heute blickt man mit freudigem

Kraftgefühl und voller Hoffnung in die Zukunft. Der Redner schloß seine Ansprache mit den besten Wünschen für eine glückliche Weiterarbeit. (Beifall.) Nach dem Bericht der Mandatsprüfungskommission wurden von den für die Konferenz in Frage kommenden Gewerkschaften 89 durch 102 Delegierte vertreten; 54 Vereine hatten keine Delegierten geschickt.

Den Geschäftsbericht, welchen der sich über 2 1/2 Jahre erstreckt, erstattete Silber schmidt, der zuerst die Bauhilfsarbeit und die Bauhilfsarbeit im Vauwerk beleuchtete. In Berlin sei die Bauhilfsarbeit im Jahre 1910 zwar etwas gestiegen, habe aber den gebotenen Erwartungen nicht entsprochen. In den übrigen Provinzen sei die Arbeitshilfsleistung im Vauwerk gestiegen. Auch komme für Berlin der große Aufschwung der Bauhilfsarbeit nach dem anderen Gründe her zu erwarten. In Potsdam sei im Gau die Zahl der Bauhilfsarbeiter im Jahre 1910 etwas gestiegen. Die allgemeine schlechte wirtschaftliche Lage habe in den letzten Jahren auch auf den Mitgliederbestand ungünstig eingewirkt trotz lebhafter Agitation.

Ueber die Mitgliederbewegung und die Zweigvereine im Gau gab der Redner eine genaue Uebersicht der Entwicklung, aus der wir folgendes hervorheben: Im Jahre 1902 zählte man 175 Zweigvereine mit durchschnittlich 21504 Mitgliedern. Diese Zahlen zeigen eine Steigerung bis zum Jahre 1906, wo 195 Zweigvereine mit durchschnittlich 33465 Mitgliedern gezählt wurden. Im Jahre 1908 gab es 179 Zweigvereine mit durchschnittlich 26020 Mitgliedern, 1909 gab es 174 Vereine mit 23847 Mitgliedern, davon kamen auf Groß-Berlin 9165 Mitglieder. 1910 gab es im Gau 168 Zweigvereine, die am Ende des dritten Quartals 22994 Mitglieder zählten.

Rohbewegungen fanden im Jahre 1908 in 47 Lohnzirkeln statt, die 2236 Unternehmer und 18609 Gesellen betrafen. Im Jahre 1909 kamen 25 Zirkel mit 178 Unternehmern und 10 Gesellen in Betracht, 1910 handelte es sich um 84 Lohnzirkel mit 2665 Unternehmern und 26105 Gesellen. Die aufgestellten Bedingungen hatten vollen resp. teilweisen Erfolg im Jahre 1908 in 33 Bezirken, 1909 in 22 Bezirken und 1910 in 74 Bezirken, mußten 122 Abwehrsperrern und 1900 37 Abwehrsperrern werden. 1910 wurden bisher 62 Tarife abgeschlossen und auf Grund des Tarifmusters und 5 anderer. Der Einfluß der Organisation auf die Lohn- und Arbeitsbedingungen erstreckte sich auch auf Lohnbezirke, wo nicht offizielle Forderungen erhoben wurden. Die günstig verlaufenen Bewegungen der Nachbarbezirke bewirkten es, daß auch in den nicht direkt erfaßten Bezirken Verbesserungen eintraten.

Für die Agitation im Gau wurde die Tätigkeit des Vorstandes stark in Anspruch genommen. 440 Agitationsversammlungen fanden im Jahre 1908 und 413 im Jahre 1909 statt. 1910 wurden bisher 243 Versammlungen veranstaltet. In der Geschäftsperiode wurden 134800 Flugblätter (außer den Flugchriften in verschiedenen Sprachen) zur Verbreitung gebracht. Der Gau Bauarbeiter-Verein wird sich der Vorstand in nächster Zeit mehr zu beschäftigen haben als bisher. Den Zweigvereinen wird die Verbreitung der Broschüre „Der bauarbeiterliche Arbeiter-Verein“ zur Ausklärung unter den Mitgliedern dringend empfohlen.

Die Sozialfrage macht im Gau noch viele Schwierigkeiten. Zahlreiche Vereine können keine Versammlungsorte erhalten. Ueber das Eingreifen der Polizei bei den Arbeiterkämpfen wird ebenfalls viel geredet. Die anderen Organisationen, die christlichen und auch die Affordmaurer, verlieren immer mehr an Bedeutung. Gute Fortschritte machen die statistischen Arbeiten. Der Redner kam zum Schluß auf das Unternehmertum im Baugewerbe zu sprechen; die Scharmacher gewannen die Oberhand und viele Kämpfe seien noch nötig, wenn die Arbeiter sich ihre Rechte nicht verzögern lassen wollten.

Den Bericht über die Gaukasse erstattete Otto Lehmann. Das Kalenderjahr 1908 zeigte eine Einnahme von 20 237,52 M., eine Ausgabe von 23 165,12 M., somit als Kassenbestand 7042,40 M.

Das Kalenderjahr 1909 zeigte eine Einnahme von 26 501,02 M., eine Ausgabe von 18 550,40 M., somit als Kassenbestand 8031,62 M.

Vom 1. Januar 1910 bis 30. September 1910 betrug die Einnahme 20 106,52 M., die Ausgabe 15 495,28 M. und der Kassenbestand 4611,24 M.

Den Berichten folgte eine kurze Diskussion. Die Konferenz beschloß sich noch mit einigen Vorschlägen in bezug auf die gemeinsame Sitzung mit den Bauhilfsarbeitern, die sich anschließende sollte als konstituierende Versammlung des Deutschen Bauarbeiterverbandes im Gau Brandenburg.

Die Bauhilfsarbeiter hatten zur selben Zeit ihre Gaukonferenz in einem Nebenlokal abgehalten. Anwesend waren 34 Delegierte aus 30 Zweigvereinen. Der Gauvorsitzende Kennthaler erstattete den Geschäftsbericht, in dem er über die Organisationsverhältnisse im Gau ein Bild entwarf, das nicht sehr zufriedenstellend war. Mehr Kollegialität und solidarischer Gefühl mußten unter den Bauhilfsarbeitern herrschen, wenn bessere Verhältnisse geschaffen werden sollen. Von der Verschmelzung mit den Maurern versprach man sich eine günstige Einwirkung und eine neue Belebung der Agitation unter den Arbeitern. Nach einer längeren Diskussion, und nachdem man sich auch hier auf bestimmte Vorschläge für die gemeinsame Sitzung geeinigt hatte, wurde die letzte Gaukonferenz der Bauhilfsarbeiter geschlossen.

Der gemeinsame Gaukongress wurde am Nachmittag eröffnet und von Silber schmidt begrüßt als neue Vereinigung zur wirksamen und einträchtigen Arbeit für die Organisation der Bauarbeiter der Provinz Brandenburg. Der neue Gaubezirk wird sich nach den politischen Grenzen richten (mit einigen kleinen Ausnahmen für bestehende Vertragsgebiete), während der alte Gau sich weit nach anderen Provinzen hin erstreckte. Die Verschmelzung der beiden Organisationen besprach Otto Lehmann in einem längeren Referat, in dem er auf die Arbeiterbewegung im allgemeinen und die Bauarbeiterbewegung im besonderen näher einging. Eine Diskussion fand nicht mehr statt und die Konstituierung des Gaukongresses vollzog sich durch die Wahl des Gauvorsitzenden, zu dem die Maurer 5 und die Hilfsarbeiter 2 Mitglieder stellten. Der Vorstand setzt sich folgendermaßen zusammen: 1. Vorsitzender Silber schmidt, 2. Vorsitzender Lehmann, Kassierer Kennthaler, Schriftführer Max Anton, Revisor Käfer, Danke und Löns, Revisoren Lemm, Kersten und Reimann.

Silber schmidt entwickelte dann ein Agitationsprogramm für den Gau Brandenburg. Man könne sich darauf gefaßt machen, daß im Jahre 1913 gewaltige Anforderungen an die Kampfbereits-

schaft der Bauarbeiter gestellt werden. Man dürfe auf keine Uneinigkeit der Unternehmer im Baugewerbe mehr rechnen. Die Uneinigkeit mit den Berliner Unternehmern würde schon als ein großer Fehler angesehen und die Versöhnung sei angebahnt. Die Arbeiter müßten auf der Hut sein und ihre Organisation auf eine imponierende Höhe bringen. Dazu sei in erster Linie ein besserer Geist, mehr Hingebung der Person an die gemeinsame Sache notwendig; das könne man erzielen durch mehr Aufklärung, mehr Bildung in der Masse, mehr Erziehung. Dann sollten die Zweigvereine darauf achten, die Lokalkassen zu stärken, Reservefonds zu schaffen; deswegen sollte man überall, wo es nur möglich sei, pro Woche einen Lotteriegewinn von 5 Pf. erheben. Ferner gelte es, in allen Zweigvereinen, die keinen Vertrag haben, als Mindestlohn für die Maurer 40 Pf. durchzusetzen, anstatt der bisherigen 35 Pf. pro Stunde, und entsprechend ist der Lohn für die Hilfsarbeiter zu erhöhen. Der Redner machte dann noch auf die Notwendigkeit aufmerksam, auf allen Bauten energisch für den neuen Verband zu agitieren, auch wie er auf die Statistik hin, die im nächsten Frühjahr vorgenommen wird. Der Gaukongress schloß mit einem dreifachen Hoch auf den Deutschen Bauarbeiterverband.

Soziales.

Zur Berechnung des Jahresarbeitsverdienstes.

Die minderjährige Arbeiterin H. erlitt am 26. März 1909 im Betriebe der Galanteriewarenfabrik von B. an der Farbdruckpresse eine schwere Verletzung der rechten Hand. Die Papierverarbeitungs-Berufsgenossenschaft setzte für die Folgen des Unfalls nach Beendigung des Heilverfahrens eine Rente von 50 Prozent und legte der Berechnung der Rente einen Jahresarbeitsverdienst von 535,78 M. zugrunde. Die 50prozentige Rente betrug demnach pro Jahr 178,59 M., gleich pro Monat 14,90 M.

Da die Verletzte nur 10 1/2 Monate, also noch nicht ein volles Jahr, in dem unfallbringenden Betriebe beschäftigt war, so wäre für die Rentenberechnung der Jahresarbeitsverdienst nach § 10 Absatz 3 des Gewerbeunfallversicherungsgesetzes der Lohn einer gleichartigen Arbeiterin, die in diesem oder in einem ähnlichen Betriebe ein volles Jahr in Beschäftigung stand, zugrunde zu legen. Die Genossenschaft legte jedoch allem Anschein nach den Verdienst zugrunde, den die Verletzte in den 10 1/2 Monaten erzielt hatte, und rechnete dazu den Verdienst, den die Verletzte in den 1 1/2 Monaten noch erzielt hätte. Ein durchwegs ungünstiges Verfahren.

Das Schiedsgericht für Arbeiterversicherung, Stadtkreis Berlin, bei dem Berufung gegen die Festsetzung des Jahresarbeitsverdienstes eingelegt war, erhob durch Rückfrage in anderen ähnlichen Betrieben Beweis darüber, wie hoch sich der Jahresarbeitsverdienst einer ähnlichen Arbeiterin stellte. Hierdurch wurde festgestellt, daß der Verletzten gleichwertige Arbeiterinnen den Betrag von 902 M. pro Jahr verdient hätten. Selbst der Betriebsunternehmer B. mußte zugeben, daß sonst der Lohn gleichwertiger Arbeiterinnen ein bedeutend höherer sei und daß die Verletzte nach drei Monaten einen Verdienst von 20,25 M. erhalten hätte.

Das Schiedsgericht verurteilte daraufhin die Genossenschaft, der Berechnung der Rente einen Jahresarbeitsverdienst von 962 M. zugrunde zu legen. Die 50 Proz. betragen demnach 481,00 M. pro Jahr oder rund 40,10 M. pro Monat. Durch die Erhöhung des Jahresarbeitsverdienstes erhält die Verletzte den Betrag von nahezu 12 M. mehr pro Monat. Ein Betrag, um den die Verletzte geschädigt wäre, wenn nicht Berufung eingelegt worden wäre.

Gerichts-Zeitung.

Heizliche Atteste.

Wegen Verleumdung des Regierungspräsidenten von Posen, Krähmer, und des Kreisarztes Dr. Claus-Posen hatte heute die I. Strafkammer des Landgerichts I unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Schmidt gegen den Chefredakteur Josef Gebötts und den Redakteur Franz Joseph Meyer von den „Deutschen Nachrichten“ zu verhandeln. Zu der Verhandlung sind als Sachverständige geladen: Der Verleumdete, Kreisarzt Dr. Claus, Chefarzt Prof. Dr. Korach-Posen, Geh. Regierungsrat und Medizinrat Dr. Schmidt-Posen, Hof. Kreisarzt Dr. Parah-Keschin, Dr. Landsberg-Posen und Dr. Preuß-Posen. Als Verteidiger der Angeklagten fungieren die Rechtsanwälte Paul Preberet, Justizrat Paul Meyer und Dr. Puppe. Gegenstand der Anklage bildet ein am 3. November v. J. unter der Spitzmarke: „Etwas über arztärztliche Atteste“ in den „Deutschen Nachrichten“ erschienener Leitartikel. In diesem Artikel wird unter Hinweis auf die besondere Anweisung des Ministers an die Kreisärzte, in welcher diese an die Verantwortlichkeit für die Wahrheit und Zuverlässigkeit der von ihnen ausgestellten Atteste erinnert werden, mitgeteilt, daß zum Zwecke der Zwangsversicherung zweier Regierungssekretäre auf Ansuchen des Präsidialsekretärs Rechnungsrat Schmidt der Kreisarzt Dr. Claus arztärztliche Atteste ausgestellt habe, die den ministeriellen Anordnungen durchaus nicht entsprechen sollen. Zum Beweise dieser Behauptung werden in dem Artikel folgende zwei Fälle angeführt: Dr. Claus habe im Juni 1909 in einem amtlichen Atteste dem Dr. Claus ein früher von K. zur Erlangung eines sechsmonatigen Urlaubs beigegebenes privatärztliches Atteste geneigt. In dem zweiten Falle habe Dr. Claus den Regierungssekretär Gesellschaftsleiter für dauernd dienstunfähig erklärt, obwohl dieser von drei anderen Ärzten, darunter einem Zahnarzt, für völlig dienstunfähig mit dem Zusatz erklärt worden war, daß er sich einer besonderen ärztlichen und geistigen Erleichterung erfreue. In dem informierten Artikel wird dann u. a. noch gesagt, daß sich die Steuerzahler schon bedanken, Pension an vollständig arbeitsfähige Beamte zu zahlen, weil ihre Vorgesetzten sie gern los werden möchten. — Vor Eintritt in die heutige Verhandlung stellte Rechtsanwalt Dr. Puppe folgenden Antrag: Die Verteidigung lehne den Sachverständigen Dr. Claus wegen Befugnis der Befugnis ab. Dr. Claus habe sich in dem Vorverfahren so eigenmächtig benommen, daß die Gefahr vorliege, daß er ein objektives Gutachten nicht abgeben werde. Der Sachverständige habe sich aus seiner heißen Situation mit Mitteln heranzuziehen versucht, die man nicht als einwandfrei bezeichnen müsse. Außerdem sei es ein Kuriosum, daß der Verleumdete als Sachverständiger fungiere. Außerdem werde beantragt, das Mitglied der Berliner Kammer, Dr. Kunter, zum Beweise dafür zu laden, daß es in Verleumdungen als standesunwürdig angesehen werde, wenn ein Arzt, namentlich ein Beamter, ein Atteste über einen Patienten, ohne diesen gesehen zu haben, ausstellt, selbst wenn er sich dieserhalb bei einem den Patienten behandelnden Kollegen erkundigt. Es werde ferner beantragt, den Prof. Dr. Pöhl, die Ärzte Dr. Straß, Dr. Götting, Geh. Medizinrat Dr. Meyer, Spezialarzt Dr. Dahmer-Posen und ferner den Regierungspräsidenten Krähmer und den Oberbürgermeister Wilm in Posen zu laden. Schließlich wird in dem Antrag der Verteidigung noch die Ladung mehrerer Geheimen Regierungsräte zum Beweise dafür beantragt, daß die Zwangsversicherung nur gegenüber mittleren Beamten, dagegen nicht auch gegenüber höheren Beamten angewendet worden sei. So habe der Regierungspräsident den Geh. Regierungsrat S. im Dienst belassen, obwohl ihm bekannt war, daß dieser fast blind war. Ebenfalls hätte er den Geh. Regierungsrat H. und den Geh. Regierungsrat und Postamt W. im Dienst belassen, obwohl ihm bekannt war, daß diese infolge eines Schlaganfalles bzw. völliger Greisen-

haftigkeit dienst- und arbeitsunfähig waren. — Nach längerer Beratung beschloß das Gericht, den Anträgen der Verteidigung nur insoweit stattzugeben, als es sich um die Ladung des Oberbürgermeisters Wilm-Posen und des Regierungspräsidenten Krähmer handelt. Die übrigen Anträge wurden abgelehnt. Der Antrag, dem Verleumdeten Dr. Claus als Sachverständigen wegen Befugnis der Befugnis abzulehnen, wurde von dem Gericht mit der Begründung abgelehnt, daß sich Dr. Claus selbst nicht für befugnt erklärt habe und sonstige ausreichende Gründe nicht vorgebracht seien.

Wenn diese Praxis dem Gesetz und Rechtsempfinden entspräche, dann ist nicht einzusehen, weshalb der angeklagte Verleumdete nicht auch zugleich Richter sein sollte. Nach dem Gesetz ist ein Richter kraft Gesetzes von der Ausübung des Richteramtes ausgeschlossen, wenn er selbst durch die strafbare Handlung verletzt ist. Die Strafprozessordnung gibt das Recht, solchen Sachverständigen abzulehnen. Der das Ablehnungsgesuch zurückweisende Beschluß dürfte kaum in höherer Instanz gebilligt werden können.

Der Revolver des Arbeitswilligen.

Vor dem Amtsgericht Berlin-Mitte (129. Abteilung) wurde am Montag eine Streifschache verhandelt. Angeklagt waren sechs frühere Angestellte der Handelsgesellschaft Deutscher Apotheker, bei der im September von Chauffeurs, Radfahrern, Hausdienern usw. gekreicht wurde. Die Anklage, die gegen Teilnehmer am Streik auf Antrag zweier Arbeitswilligen erhoben worden war, lautete auf Vergehen gegen § 163 der Gewerbeordnung sowie Körperverletzung und auf Sachbeschädigung. Anfanglich scheint man beabsichtigt zu haben, die Sache als Landfriedensbruch oder so etwas Ähnliches zu lagieren. Drei der Angeklagten wurden in Untersuchungshaft genommen, doch wurde diese nach einiger Zeit wieder aufgehoben. Von den sechs Angeklagten Bleibaum, Jenner, Scholz, Kapfiske, Wille, Walter war der letztgenannte nicht erschienen, es wurde daher nur gegen die fünf ersehnten verhandelt. Verteidiger waren Rechtsanwalt Dr. Rosenfeld für Bleibaum, Jenner, Scholz, Rechtsanwalt Dr. Th. Liebnecht für Wille.

Alle sechs Angeklagten sollten am 21. September einen Kraftbroschürenbesitzer Rigo und einen Hausdiener Gziwinski, die nach Ausbruch des Streiks die Versorgung der von der Handelsgesellschaft an die Apotheker zu verbringenden Ware übernommen hatten, durch den Ruf „Streikbrecher“ beleidigt und den Versuch gemacht haben, sie durch Drohung und Zwang zu bewegen, an einer Verbindung zur Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen teilzunehmen. Von Bleibaum, Jenner, Scholz, Walter sollte Rigo auch mißhandelt, von Bleibaum, Scholz, Kapfiske, Walter sollte seine Drohsache beschädigt worden sein. Die Angeklagten, junge Leute von nicht 20 oder wenig über 20 Jahren, erklärten sich sämtlich für nichtschuldig. Die Beweisaufnahme ergab, daß weder Rigo noch Gziwinski Angestellte der Gesellschaft waren. Rigo war von ihr privatim engagiert worden, um ihre streikenden Chauffeurs zu ersetzen. Gziwinski war ihr geliehen worden vom dem Apothekenbesitzer Hagenedel, in dessen Privatbetrieb er beschäftigt ist. Zeuge Rigo bekundete, er sei nachmittags mit Gziwinski vom Geschäftshaus der Gesellschaft (Dortmunder Straße 11) abgegangen und sofort von Radlern begleitet worden, die ihn „Streikbrecher“ geschimpft und ihn bedroht hätten. Da sei er zunächst noch seiner Wohnung in der Gleitschirke gefahren, um seinen Revolver zu holen. Während er oben war, habe man unten Gziwinski bedroht und am Wagen ein kleines Fenster zertrümmert, und dann seien die Radler davon gefahren. Abends um 9 Uhr sei er mit Gz. nach Erlangung aller Aufträge zum Geschäftshaus zurückgekehrt, und nun seien beide noch beauftragt worden, Arbeitswillige heimzuführen. Als sie um 10 Uhr losfuhren, seien Streiche gegen sie geworfen worden, einer habe Rigo getroffen, und nun habe er zum Revolver gegriffen und in die Luft geschossen. Er sei dann abgeklungen, habe noch drei oder vier Schüsse abgefeuert und schließlich sich ins Haus gerettet. Mit seinem Automobil seien mehrere Leute davon gefahren, am anderen Tage sei es stark beschädigt an ihn zurückgeliefert. Rigo hatte in seiner Anzeige bestimmte Namen angegeben, vor Gericht aber vermochte er keinen der von ihm benannten Angeklagten als Täter widerzuerkennen. Der Kaufmann Glücksmann, ein Angestellter der Gesellschaft, habe ihm, sagte er, die Namen gegeben. Zeuge Gziwinski bekundete wie Rigo, vermochte aber ebensowenig einen der Angeklagten widerzuerkennen. Dagegen erklärte Zeuge Glücksmann mit unerschütterlicher Bestimmtheit, er habe Walter auf Rigo eingeschlagen und ihm den Revolver abgenommen, dann habe auch Scholz und schließlich noch Jenner und Bleibaum geschlagen. Mit dem Automobil seien Walter, Bleibaum, Kapfiske, Scholz davon gefahren. Wer es beschädigt hatte, wußte er nicht. Er blieb bei seinen Aussagen, obwohl Rechtsanwalt Rosenfeld ihm vorhielt, daß Bleibaum zu der Zeit längst zu Hause gewesen sei. Die Zeugen Kaufmann Martin, Kaufmann Kottow, Schlosser Schramm erkannten keinen der Angeklagten. Frau Bleibaum berichtete, ihr Sohn sei so zeitig nach Hause gekommen, daß er nicht um 10 Uhr noch in der weit entfernten Dortmunder Straße gewesen sein könne. Glücksmann blieb dabei, er habe ihn gesehen, ein Jertum sei ausgeschlossen. Gegen Kapfiske und Wille ergab die Beweisaufnahme nichts; Wille beteuerte, schon nachmittags zu Hause gewesen zu sein.

Der Rechtsanwalt beantragte Freisprechung für Kapfiske und Wille. Den anderen drei sei zwar die Sachbeschädigung nicht nachzuweisen, so daß auch hier Freisprechung erfolgen müsse. Sie seien aber sämtlich des Vergehens gegen die Gewerbeordnung und der Mißhandlung, und er beantrage wegen der Groblichkeit des Vergehens je 1 Monat Gefängnis gegen Bleibaum, Jenner, Scholz. Daß es sich hier um ein Vergehen gegen die Gewerbeordnung handelt, bestritt der Verteidiger Dr. Rosenfeld. Weder der Drohsachenbesitzer noch der Hausdiener habe genötigt werden sollen, an einer Verbindung der von der Handelsgesellschaft beschäftigten Arbeiter zur Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen teilzunehmen. Bezüglich der Mißhandlung sei Glücksmanns Aussage unzuverlässig, gerade ihre unerschütterliche Bestimmtheit lasse auf einen Mangel an ruhiger Prüfung schließen. Auch Bleibaum, Jenner, Scholz seien freizusprechen oder höchstens sei auf eine geringe Geldstrafe zu erkennen, wenn das Gericht sie für schuldig halten wolle. Dem Antrag auf Freisprechung Willes schloß der Verteidiger Dr. Liebnecht sich an.

Das Gericht beschloß Freisprechung für Wille und Kapfiske, dagegen wurden Bleibaum, Jenner, Scholz wegen Vergehens gegen die Gewerbeordnung zu je 1 Monat Gefängnis, wegen Mißhandlung je zu 6 Wochen Gefängnis, zusammengezogen auf je zwei Monate Gefängnis, verurteilt. Glücksmanns Aussage sei zuverlässig, durch sie sei die Mißhandlung erwiesen. Die Gewerbeordnung sei verletzt, weil auch Rigo und Gziwinski zur Teilnahme gezwungen werden sollten.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiter (Stuttgart, Verlag von Paul Singer). Nr. 10 und 11 des 21. Bandes eingegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: — Eine Wanderung durch die Weltausstellung in Brüssel. I. Von A. Th. — Ein Gängelungsbericht und Gängelungsbericht. I. Von Dr. H. Pöhl. — Aus den Erinnerungen einer Krankenschwester. Von Danna Lemm-Dorff. — Kinderunterstützung auf dem Hofe. Von E. H. — Wie können sich unsere Genossen am besten bilden? Von L. Radlof. — Der Kampf der Frauen um Lohn für Mutter und Säugling. Von Luise Joch. — Mit den Zeugen: Für unsere Mütter und Hausfrauen und für unsere Kinder. — Im Beilage von Paul Singer in Stuttgart ist 100 Seiten eine Anzahlblätter-Zusammenfassung erschienen, die folgende fünf Doppelblätter enthält: Die Praxen des Lebens, von Walter Crane — Verkaufte Landeslinder, von Ferdinand Reetz — Kunst und Wissenschaft, von G. S. Bensch

— Die Arbeit und der Frieden, von H. G. Reusch — Der letzte Schuß von Otto Marcus. Ferner vier einfache Blätter: Allgemeines Winterwörterbuch, von H. G. Reusch — Die Revolution, von H. G. Reusch — In Winterknoten, von Oskar Gräß — In Wammons Pann, von R. Kufsch. Endlich sechs Porträts: Marx — Engels — Lassalle — Liebknecht — Schiller — Freiligrath.

Sämtliche 15 Bilder kosten zusammen direkt bezogen 5 Mk. Für die Ausbeziehung der Bilder ist eine Mappe angefertigt, die für 2 Mk. geliefert wird. Es kann auch jedes Blatt einzeln bezogen werden. Der Preis für ein Doppelblatt beträgt 50 Pf., für ein einzelnes Blatt 25 Pf. Bei direkter Bestellung wird für Verpackung und Frachtkosten bis fünf Bildern 30 Pf. berechnet.

Als Friedrich Engels-Gedächtnisnummer stellt sich die sechste erschienene neue Nummer des „Wahren Jacob“ dar. Einem warm

empfundenen Artikel über Engels aus der Feder Edward Bernheims sind ein Porträt Engels aus dem Jahre 1892, eine Abbildung seines Geburtshauses in Barmen sowie eine Photographie aus Zürich aus dem Jahre 1893 beigegeben, auf der Friedrich Engels, August Bebel und Frau Bebel, in freudiger Stimmung in einem Garten sitzend, sichtbar sind. Des Weiteren bringt die Nummer gute Porträts von Peter Knudsen aus Dänemark und Paul Brandt aus der Schweiz. Außerdem enthält die Nummer noch zahlreiche treffliche und bildliche Beiträge.

**Wetterprognose für Dienstag, den 22. November 1910.**  
Stetlich trübe und neblig mit Niederschlägen und mäßigen südwestlichen Winden; Temperatur wenig über dem Gefrierpunkt.  
Berliner Wetterbureau.

Witterungsüberblick vom 21. November 1910, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometere Höhe mm	Wind- richtung	Windstärke	Temper. in °C	Stationen	Barometere Höhe mm	Wind- richtung	Windstärke	Temper. in °C
Bremen	756	SW	1	0	Karlsruhe	763	SW	2	1
Darmstadt	754	SW	4	bed.	Petersburg	761	D	6	bed.
Berlin	757	SW	1	bed.	St. Petersburg	765	SW	3	bed.
Frankfurt	760	SW	1	Dunst	Warschau	763	R	1	bed.
München	762	SW	4	bed.					
Wien	760	SW	2	bed.					

# Die Hausfrauen belehren sich

an Zeit, Geld und Ärger bedeutet! Ein sofortiger Versuch ist billig und überzeugend! Verlangen Sie deshalb in allen Installations-, Lampen- usw. Geschäften ausdrücklich nur den echten, schlag- und stoßfesten Bruno-Glühstrumpf, der stets durch das Fabrikzeichen „Bruno“ kenntlich gemacht ist!

untereinander, daß die anschließliche Verwendung der stoß- und schlagfesten Bruno-Glühstrümpfe für stehendes und für hängendes (Invert-) Gaslicht eine außerordentliche Ersparnis

## Theater und Vergnügungen

**Dienstag, 22. November.**  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Königl. Opernhaus.** Bajazzo. Cavalleria rusticana.  
**Neues königl. Opern-Theater.** Geschlossen.  
**Königl. Schauspielhaus.** Der Familienrat.  
**Deutsches. Don Carlos.**  
Anfang 8 Uhr.  
Kammerstücke. Die Komödie der Irrungen. Die Heirat wider Willen.  
**Leipzig.** Das zweite Leben.  
**Neues Schauspielhaus.** Weh dem, der lügt.  
**Kleines.** Joachim von Brandt.  
**Berliner.** Der scharfe Junker.  
**Neues. Kean.**  
**Trianon.** Der heilige Gaim.  
**Komische Oper.** Die Bohème.  
**Neuburg.** Der Unterpräfekt.  
**Thalia.** Polnische Wirtschaft.  
**Schiller. (Saaneer-Theater.)** Sodoms Ende.  
**Sch. u. Charlottenburg.** Das Urbild des Tartuff.  
**Friedrich-Wilhelmstädtisches.** Hermannschlacht.  
**Weiten.** Die schönste Frau.  
**Neues Operetten.** Der Graf von Luxemburg.  
**Lustspielhaus.** Der Feldherrnhügel.  
**Lützen.** Der Hüttenbesitzer.  
**Modernes.** Der Doppelmann.  
**Herrnsfeld.** Eine verlorene Nacht.  
**Der Derbyhänger.**  
**Volksoper.** Undine. (Anfang 8 1/2 Uhr.)  
**Rote.** Das vierte Gebot.  
**Polles Caprice.** Der Feldwebelhügel (Anfang 8 1/2 Uhr.)  
**Metropol.** Hurra — Wir leben noch!  
**Rafino.** Der schneidige Rudolf.  
**Apollon.** Spezialitäten.  
**Vergnügen.** Spezialitäten.  
**Reichshallen.** Steiner Sängers.  
**Wohlfühl.** Bravo! Da capo! (Anfang 8 1/2 Uhr.)  
**Wintergarten.** Spezialitäten.  
**Sandhof.** Ach, die Keris!  
**Spezialitäten.** (Anf. 8 1/2 Uhr.)  
**Karl Haverland.** Spezialitäten.  
**Urania.** Taubenstraße 48/49. Abends 8 Uhr.  
**Königst.** Taubenstraße 48/49. Abends 8 Uhr.  
**Urania.** Taubenstraße 48/49. Abends 8 Uhr.  
**Kaiser-Panorama.** Reise nach dem Orient.  
**Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.** Dienstag, den 22. Nov., abends 8 Uhr: Die Hermannschlacht.  
**Luisen-Theater.** Abends 8 Uhr: Der Hüttenbesitzer.  
**Rose-Theater.** Das vierte Gebot.  
**Metropol-Theater.** Hurra! Wir leben noch!  
**Apollon-Theater.** Das vierte Gebot.  
**Lessing-Theater.** Das zweite Leben.  
**Berliner Theater.** Der scharfe Junker.  
**Neues Theater.** Kean.  
**Theater des Westens.** Die schönste Frau.  
**Modernes Theater.** Doppelmann.  
**Berliner Volksoper.** Undine.  
**Lustspielhaus.** Der Feldherrnhügel.  
**Residenz-Theater.** Der Unterpräfekt.  
**Stadt-Theater Moabit.** Hänsel und Gretel.

**Urania.** Wissenschaftliches Theater Taubenstraße 48/49. Abends 8 Uhr:  
**Rund um Asien.** Hörsaal 8 Uhr: Vortrag vom Stiftungsfonds der Berliner Gewerbe-Ausstellung 1879.  
**Kaiser-Panorama.** Reise nach dem Orient. II. Interessant. Reise in Siam. Eine Reise 20 Pf., Kind nur 10 Pf. Abonnenten 1 Mk. Laufende Abonnenten.  
**Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.** Dienstag, den 22. Nov., abends 8 Uhr: Die Hermannschlacht.  
**Luisen-Theater.** Abends 8 Uhr: Der Hüttenbesitzer.  
**Rose-Theater.** Große Frankfurter Str. 132. Anf. 8 Uhr. Ende 11 1/2 Uhr.  
**Metropol-Theater.** Große Ausstattungsrevue in 7 Bildern v. J. Freund. Musik v. H. Holländer. In Szene gesetzt von Dir. H. Schulz. Anfang 8 Uhr — Hausen gestaltet.

**Schiller-Theater.**  
**Schiller-Theater O. (Ballner-Theat.)** Dienstag, abends 8 Uhr: Sodoms Ende.  
**Schiller-Theater Charlottenburg.** Dienstag, abends 8 Uhr: Das Urbild des Tartuff.  
**Wittmoos.** abends 8 Uhr: Die Kreuzschreiber.  
**Donnerstag, abends 8 Uhr: Die Fee Caprice.**

**LICHT-SPIELE**  
Mozartsaal — Nollendorflplatz  
**GRAF TOLSTOI.**  
Authentische Aufnahme aus dem Archiv der Lichtspiele.

**CLOU**  
Mauerstr. 82 — Zimmerstr. 90/91  
Berliner Konzerthaus  
Anfang 9 Uhr:  
Nur noch wenige Tage:  
Mailänder Scala-Orchesters  
60 Künstler. Dirig.: Egipto Tango. 10 Solisten.  
Wochentäglich nachm. Gr. Promenaden-Konzert bei freiem Eintritt.

**Eisbahn**  
20 000 qm groß, im kgl. alten Botanischen Garten, an der Potsdamer und Grünwaldstraße, Eingang nur Ecke Grünwaldstraße.  
Täglich: Militär-Konzert.  
Vorkauf von Saison-Blockbillets, 20 Eintrittskarten enthaltend:  
Für Erwachsene M. 7.50  
Kinder bis 14 Jahren M. 5.— bis 1. Dez.  
Dauerkarten:  
Für Erwachsene M. 9.— Tel. 6a 19873.  
Kinder bis 14 Jahren M. 6.50  
Vereine erhalten bei größerer Abnahme Ermäßigung.  
Sportplatz Botanischer Garten. Gustav Meyer.

**Sport-Palast** Potsdamer Str. 70-72a  
Grösster Eispalast der Welt  
Beleuchtet durch 300 000 Normalkerzen  
Feerie „Am Nordpol“ x 200 Eislauf-Künstler  
3 Militär- und Zivilkapellen  
Restaurant für 6000 Personen  
Entree: Bis 7 Uhr 75 Pfg., nach 7 Uhr 1 Mark.  
Unterricht im Eislauf  
Vorkauf in den Warenhäusern von Hermann Tiets und ständig an der Kasse.

**Herrnsfeld Theater**  
Der größte Schlager der Theater-Saison 1910.  
Eine verlorene Nacht  
Ein lustiger Trauerspiel in zwei Akten von Anton und Donald Herrnsfeld.  
Vorher: Der Derbyhänger.  
Vorverkauf 11—2 Uhr. Anf. 8 Uhr.  
**Casino-Theater**  
Lohbringer Straße 37. Täglich 8 Uhr.  
Bis Donnerstag, 24. Nov.:  
Der schneidige Rudolf.  
Ab Freitag, den 25. November:  
Julie Wippen.  
Sonntag 3 1/2 Uhr: Mutter Gräbert.  
**Königstadt-Kasino.**  
Polzmannstr. 72, Ecke Alexanderstraße.  
Das erfolgreiche November-Programm mit  
Frans Sobanski.  
Reiz! Molly Verch, Pronz Rudolf, Father and Son, Little Pix usw.  
Kleiner Erfolg:  
Ein alter Blüschuster.  
Vollständ. m. Gef. L. 1. u. D. Richter.

**Theater Sanssouci.**  
Dachbahnstation Rothbuler Tor.  
8 1/2 Uhr:  
Gastspiel der  
**Elles-Tanz-Kompagnie.**  
9 1/2 Uhr:  
**Ach die Herls!!**  
Berliner Vögel, Musik v. Eintracht.  
**Folies Caprice.**  
Komiker Schnitzel  
Solo-Zell:  
**Der Dorfmusikant.**  
Morgen und folgende Tage:  
**Der Feldwebelhügel**  
**B. A. M.**  
**Bosporus**  
am Moritzplatz.  
Täglich: Varieté, Konzert.

**Zirkus A. Schumann.**  
Dienstag, 22. Nov., ab. 7 1/2 Uhr:  
Die mit gr. Beifall aufgenommene  
Ausstattungs-Pantomime  
**Der große Coup**  
9 1/2 Uhr: der  
**Schmuggler**  
Vorher: Das phänomenale  
Programm. II. a.:  
**Mirza Golem**  
persische Truppe, 12 Personen.  
Reiz!  
**Mr. Pearson**  
Hohe Schule geritten im Herren-  
sattel  
**Fräul. Baptista.**  
Spachen zu Pferde  
geritten von Fräul. Dora Schumann  
und Herrr Karl Geh.

**Rollschuhbahn**  
Kurfürstendamm 151  
**John Davidson**  
das  
**kanadische Wunder**  
um 5.30 u. 9.30 abends.  
Die Bahn ist geöffnet 11—1 Vm.,  
3.30—12 Nm. (Konzert 3.30—12)

**Walhalla-Theater**  
Weinbergweg 19/20. (Rosenh. Tor.)  
Anfang 8 1/2 Uhr.  
**Bravo! — Da capo!**  
Eine Allwelts-Revue in 5 Bildern  
von W. Reichardt, Musik v. H. Dörfler.  
In Szene gesetzt v. Dir. James Klein.  
Sonntag nachmittags 3 1/2 Uhr:  
**Preziosa**  
in glänzender Ausstattung.  
— Ermäßigte Preise. —

**U. T.**  
**Union-Theater**  
Moritzplatz  
Berlin staunt  
über das  
**Sensations-Programm**  
dieser Woche!

**Burgtheater-**  
Festspiele und Kinematograph  
norm. Groterjan, Insab.; Rud. Merz,  
Schönhauser Allee 129. Tel. 9. 9050.  
**Lebende Photographien.**  
Eintritt 30 u. 40 Pf., Kinder die Hälfte.  
Anf. 7 U., Sonntag 4 U. Vorzugskarten,  
nur wochentags gültig. 25 Pf. auf allen  
Plätzen. Preis wech. Programm.  
**Trianon-Theater.**  
Anfang 8 Uhr.  
**Der heilige Gaim.**  
**Kino-Theater Brusch**  
nur  
**64 Badstr. 64**

**Zirkus Busch.**  
Dienstag, 22. Nov., abends 7 1/2 Uhr:  
Extra-Galavorstellung  
Gastspiel des Herrn Dir. Pierr  
Althoff u. Frau Dir. Adèle Althoff  
mit ihren wunderbaren Fre-  
heitsdressuren **Auf Kom-  
mando 42 Pferde ste-  
hend!** Die Fredianis, die 1  
deutendsten Reiterkünstler u. a.  
Um 9 1/2 Uhr zum 73. Mal  
**„VENEZIA“**  
Besond. hervorzuheben: Der groß  
Karneval und Gondel-Korso  
Vorher das gr. Gala-Programm  
Der gr. Marstall ist geöffnet

**Passage-Theater**  
Garland  
**Negeroperette**  
16 Solokräfte  
Jean Moreau  
Mdm. Nadège  
**Glima-Kämpfe**  
der Isländer-Truppe  
und das  
große Programm.

**Passage-Panoptikum.**  
**Nitzetto**  
der Mensch ohne  
Skelett.  
**Buddhas dunkles**  
Gehelmiss.  
Der Mann mit dem  
eisernen Schlund!  
Alles ohne Extra-Entree!  
Entr. 50 Pf., Kind. u. Soldaten 15 Pf.

**Karl Haverland-**  
Anfang Theater Kommandanten-  
platz, 7 1/2 u. Theater. Straße 77/79.  
**Candianys Sketsch**  
italienische Nacht  
Karl Groth m. neuen Schlegern  
Jemie 14 erstklass. Spezialitäten.  
**Voigt-Theater**  
Gesundbrunnen, Badstraße 58.  
Gastspiel in Puhmanns Theater,  
Schönhauser Allee 148.  
Dienstag, den 22. November 1910:  
**Marianne, ein Weib aus dem Volke.**  
Gemälde aus dem Volksleben in fünf  
Aufzügen von C. Dräcker-Mauswed.  
Stafettenöffn. 7 Uhr. Anfang 8 Uhr.

**Theater „Groß-Berlin“.**  
Dienstag, den 22. Nov. Welkenlee  
(Gunderbrun), Königshaussee 5:  
1/9 Uhr: **Maria Stuart.**  
Entree: 30-100 Pf. a. Vorzugsk. 30-50.  
Mittwoch: **„Rene Bell“** (Kaschtride).  
Donnerstag: **„Schumanns Theater.“**  
Die Gartenligerin.

**Reichshallen-Theater.**  
Stettiner Sängers.  
Zum Schluss:  
**„Im Mausloch“.**  
Blut. Humor. u. Regief.  
Anfang  
wochentags  
8 Uhr  
Sonntags  
7 Uhr.  
**Berliner Uk-Trio.**  
Felix Scheuer  
Stralsunderstr. 1  
Für den Inhalt der Inserate  
übernimmt die Redaktion dem  
Publikum gegenüber keinerlei  
Verantwortung.

**Orts-Krankenkasse für das Bierbrauergewerbe zu Berlin.**  
 Mittwoch, d. 30. November 1910, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engelshofer 15, Saal 7 I., Seitenst. 11:  
**Ordnentliche General-Versammlung**  
 der am 15. d. Mts. gewählten Delegierten. 296/16

**Tagesordnung:**  
 1. Entschließen zum Vorarbeiten (3 Arbeitgeber und 6 Arbeitnehmer sowie 2 Arbeitgeber- und 4 Arbeitnehmer-Stellvertreter).  
 2. Wahl der Revisionskommission zur Prüfung der Jahresrechnung pro 1910 (1 Arbeitgeber und 2 Arbeitnehmer).  
 3. Verschiedenes.  
 Anträge und Beschlüsse, zu welchen die Einsicht in die Protokolle oder Akten notwendig ist, müssen mündlich oder schriftlich befristet beantwortet werden in der Generalversammlung bis zum 24. November c. dem Vorstande mitgeteilt werden.  
 Einladungsliste legitimiert!  
 Um pünktliches Erscheinen bittet  
 Der Vorstand.  
**Otto Ulrich, Vorsitzender.**

**Ortskrankenkasse der Bureauangestellten zu Berlin.**

Su der am Mittwoch, den 30. d. M., abends 8 1/2 Uhr, im „Rosenthaler Hof“, Rosenthaler Straße 12, Hof 1 Treppe stattfindenden  
**General-Versammlung**  
 werden hiermit die für das Jahr 1910 gewählten Vertreter der Kasse eingeladen. 296/16

**Tagesordnung:**  
 1. Wahl des Ausschusses zur Prüfung der Jahresrechnung pro 1910.  
 2. Abschluss eines neuen Einstellungsvertrages mit den Angestellten der Kasse.  
 3. Lichtbildvortrag des Spezialarztes Herrn Dr. Brann: „Chronische Schmerzen und ihre soziale Bedeutung“.  
 4. Wahlen von Vorstandsmitgliedern.  
 Berlin, den 11. November 1910.  
 Der Vorstand  
 H. H. Bauer.

**Sozialdemokratischer Wahlverein des 4. Berliner Reichstagswahlkreises.**

Dienstag, den 22. November, abends 8 Uhr:  
**6 gr. Versammlungen**  
 in folgenden Lokalen:

**Drachenburg** vor dem Schellischen Tore.  
**Graumann,** Rauhnhstr. 27.  
**Litfin,** Wiemeleer Str. 67.  
**Elysium,** Landberger Allee 40/41.  
**Germania-Brauerei,** Frankfurter Allee 53.  
**Boeker,** Webersstr. 17.

Referenten:  
**Paul Girsch, Karl Bethke, Paul John, Georg Schmidt, Julius Sildebrand, Dr. Joseph Herzfeld.**  
**Tagesordnung:**  
 1. Die politische Lage. 2. Diskussion. 3. Bestätigung der Verbandsdelegierten.  
 Der Vorstand.

**Sozialdemokratischer Verein im 5. Berliner Wahlkreise**

Heute Dienstag, den 22. November, 8 1/2 Uhr abends:  
**Versammlung**

in den **Musiker-Sälen, Kaiser-Wilhelm-Straße 18m.**  
**Tages-Ordnung:**  
 1. „Die jetzige Situation“ Referent: Reichstagsabg. **Daniel Stücklen.**  
 2. Diskussion. 3. Partei- und Vereins-Angelegenheiten.  
**Gäste willkommen.** Das Erscheinen der Mitglieder ist Pflicht.  
 Der Vorstand.

**Voranzeige! Sonntag, den 27. November: Voranzeige!**

**Vortrags-Abend des Herrn Robert Koppel**

**Ernstes und Heiteres**  
 (: Näheres im Programm :)  
 in den **Sophien-Sälen (großer Saal) Sophien-Straße 17-18.**  
 Eröffnung 6 Uhr. Beginn 7 Uhr.  
 Eintritt 60 Pf. (inkl. Garderobe).  
 „ „ „ Kinder unter 10 Jahren haben keinen Zutritt. „ „ „  
 Zahlreiche Beteiligung erwartet **Das Komitee.**

**Deutscher Metallarbeiter-Verband.**

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbüro: Hof I. Amt 3, 1209. Charitstraße 2. Hof III. Amt 3, 1207.  
 Mittwoch, den 23. November, abends 8 1/2 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Engelshofer 15, Saal 3:

**Branchen-Versammlung der Drahtarbeiter.**

**Tages-Ordnung:**  
 1. Vortrag des Kollegen **A. Waschek:** „Kapital und Arbeit.“  
 2. Diskussion. 3. Branchenangelegenheiten und Verschiedenes.  
 Das Erscheinen aller Kollegen ist dringend notwendig, da wichtige Beschlüsse gefasst werden müssen.  
 NB. Die Herbst-Liste müssen spätestens in der Branchen-Versammlung abgerechnet werden.

Mittwoch, den 23. November, abends 5 1/2 Uhr, in den „Musiker-Sälen“, Kaiser-Wilhelm-Str. 18m:

**Versammlung aller in Gas-, Wasser- u. Dampfmaschinen sowie Kronenbetrieben beschäftigten Eisen-, Metall- und Revolverdreher.**

**Tages-Ordnung:**  
 1. Vortrag des Genossen **Davidsohn.** 2. Diskussion. 3. Verbands- und Branchenangelegenheiten.  
 Mitgliedsbuch legitimiert!

Mittwoch, den 23. November, abends 8 1/2 Uhr, in den „Korona-Festsälen“, Kommandantenstraße 72:

**Versammlung der Graveure und Ziselenre.**

**Tages-Ordnung:**  
 1. Vortrag des Genossen **J. Schneider** über: „Soziale Weltanschauung“. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.  
 Zahlreichen Besuch erwartet **Die Ortsverwaltung.**

**Verband der Sattler u. Portefeuller Ortsverwaltung Berlin.**

**Achtung! Geschirrsattler! Achtung!**  
 Heute, Dienstag, 22. November, abends 8 1/2 Uhr, in den Arminenhallen, Kommandantenstr. 58-59: 157/17

**Oeffentliche Geschirrsattler-Versammlung.**

**Tages-Ordnung:**  
 1. Die gegenwärtige Situation in der Geschirrsattlerbranche und wie kann dieselbe für die Kollegen ausgenutzt werden. Referent: Kollege **Beh.** 2. Freie Aussprache. 3. Verschiedenes.  
 Sämtliche Kollegen haben die Pflicht zu erscheinen, jede Werkstatt auch vertreten sein.  
**Die Branchenleitung.**

**Deutscher Holzarbeiter-Verband.**

Verwaltung Berlin.  
 Donnerstag, den 24. November cr., abends 8 1/2 Uhr:  
**Sitzung der Ortsverwaltung**  
 im Gewerkschaftshaus, Engelshofer 14/15, Saal IV.

Freitag, den 25. November, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engelshofer 14/15 (großer Saal):  
**Fortsetzung der Generalversammlung.**  
 Mitgliedsbuch und Delegiertenkarte legitimiert.

**Mitglieder-Versammlungen Bodenleger.**

Mittwoch, den 23. November, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engelshofer 14/15 Saal VII).  
**Tages-Ordnung:**  
 1. Abrechnung. 2. Unsere Agitation. 3. Verbandsangelegenheiten.

**Bürsten- und Pinselmacher.**

Mittwoch, den 23. November cr., abends 8 1/2 Uhr, bei **Preuß. Holzmarktstr. 65.**  
**Tages-Ordnung:** 1. Der Erfolg unserer Tarifbewegung. 2. Verbands- und Branchenangelegenheiten.

**Stellmacher.**

Donnerstag, den 24. November cr., abends 8 1/2 Uhr, im **Rosenthaler Hof, Rosenthaler Straße 11/12.**  
**Tages-Ordnung:**  
 1. Vortrag des Genossen **Bahn** über: „Ehrbegriffe“. 2. Verbands- und Branchenangelegenheiten.

**Klavierarbeiter.**

Donnerstag, den 24. November, abends 8 Uhr, in den **Andreas-Festsälen, Andreasstr. 21.**

**Nähtischbranche.**

Donnerstag, den 24. November cr., abends 8 1/2 Uhr, bei **Milach, Blumenstraße 38.**  
**Tagesordnung:** 1. „Unsere Lage in der Nähtischbranche“. 2. Branchen- und Werkstattangelegenheiten.  
 Die Ortsverwaltung.

**Branchenversammlung der Jalousien-Arbeiter**

**Tages-Ordnung:**  
 1. „Finanzreform und Gewerkschaften.“ Referent: Kollege **Applch.**  
 2. Diskussion. 3. Branchenangelegenheiten.  
 Um zahlreiches Erscheinen ersucht **Der Obmann.**

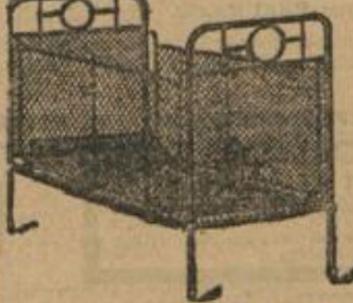
**Zentralverband der Töpfer Deutschlands.**

Filliale Berlin.  
 Mittwoch, den 23. November, abends 6 Uhr, bei **Schilling, Rosenthaler Straße 11/12:**  
**Bauvertrauensmänner-Versammlung.**  
**Tages-Ordnung:**  
 1. Die Lage auf den Bauten. 2. Verschiedenes.  
 Jeder Bau muß vertreten sein. **Der Vorstand.** 194/1

**Weihnachtspreise**  
 10r  
**Metallbettstellen**  
 nur gegen Vorzeigung dieses Inserats.  
**Erste Bettfedern-Fabrik**  
 mit elektrischem Betriebe

Berlin S., Prinzen-Strasse 46 und 47.

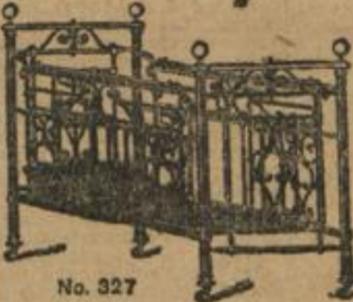
**Kinderbettstelle**  
 mit doppeltem Spiralfederboden, verstellbarer Kopferhöhung u. Rollen, weiss lackiert  
 140 x 70 cm  
**10<sup>50</sup> M.**



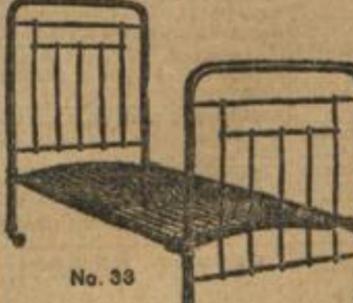
**Kinderbettstelle**  
 Pfosten-Köpfe und Fußbünde von Messing, doppel. Spiralfederboden u. einem abklappbaren Seitenteil  
 140 x 70 cm  
**16<sup>50</sup> M**  
 mit abklappbaren Seitenteilen 1,50 Mark mehr



**Hochelegante Kinderbettstelle**  
 reich mit Messing verziert, mit doppeltem Spiralfederboden, 2 abklappbar. Seitenteilen,  
 140 x 70 cm  
**39<sup>50</sup> M.**



**Metall-Bettstelle**  
 m. Zugfeder-Matratze 33 mm starken Pfosten, weiss oder schwarz lackiert,  
 195 x 90 cm  
**25<sup>00</sup> M.**



**Metallbettstelle**  
 m. Zugfed-Matratze 33 mm starken Pfosten, Kugeln, obere Stangen und Medallions von Messing, weiss oder schwarz lackiert,  
 190 x 90 cm  
**36<sup>00</sup> M.**



**Hochelegante Messingbettstelle**  
 mit Zugfeder-Matratze in Holzrahmen  
 195 x 90 cm  
**52<sup>00</sup> M.**  
 200 x 100 cm  
**55<sup>00</sup> M.**



# Glas-Christbaum schmuck

ist unstreitig die

**Glasbläsergenossenschaft des Meininger Oberlandes.**  
 Viele glänzende — unverlangte — Anerkennungs- u. Dankschreiben.  
 Steigerung unseres Umsatzes im vorig. Jahre um wiederum 50 Proz.  
 Ein Sortiment der schönsten und prächtigsten Neuheiten, enth. je  
 3 Stück ertragreiche Lampen, prachtvolle Kronleuchter, Geigen und  
 Gitarre, Vogel auf Nimmer, Fischschiffen m. Stimme, Gloden m.  
 Zinnschiff, brillante Schmuckmänner, große beponnene Kugeln, ferner  
 je 2 Pyra, Rosetten, Geldsäcke, Dosen im Gl., 1 „Hallencher  
 Komet“, 1 Schiff, 1 Luftballon, 1 Olive; je 6 Weintrauben,  
 Nessel, Tauenzapfen, Silberglöckchen, Hornfugeln, 10 prächtige  
 Kette, 12 extra große Wallnüsse, 24 Glöckchen, 1 großer Engel m.  
 bewegl. Glasflügeln, 1 prächtige Baumspitze, 100 Stück 24 mm starke  
 verfilzte Krampferlen (auf Wunsch für die Krampferlen auch jeden anderen  
 Artikel zum gleichen Werte) in Summa 214 Stück größerer und auf  
 feinste angeführte **Brillant-Glaskugeln**, sowie ferner 1 Paket  
 Engeldhaare, 6 Dtd. Konickhalter, 6 Lichthalter auf Nimmer; alles  
 zusammen für W. 5.— franco gegen Nachnahme. Doppelposten W. 5.40.  
 Bei Vorkaufsendung d. Betrages 25, bezw. 35 Pf. billiger.  
 10 Fortmännchen in Bahntend. inkl. Bahnkarte W. 46.— franco. Für  
 größere Bestände verlange man Preisliste. Bestellungen bitten wir nur zu  
 richten an die  
**Glasbläsergenossenschaft des Meininger Oberlandes**  
 e. G. m. b. H. in Steinach S.-M.



**JOSETTI VERA**  
Cigaretten

sind jedem Qualitäts-Raucher wirklich wertvoll geworden. Einen Schatz an guten Gaben bieten sie dem, der ihre besten Eigenschaften zu würdigen weiß und sachverständig genug ist, ihre Vorzüge anderen Fabrikanten gegenüber voll zu erkennen.

Josetti Vera o. M., m. M. u. m. Gold  
10 Stück 30 Pf.

**1 Mark**  
wöchentliche Teilzahlungen liefert elegante fertige **Herren-Garderoben**  
Ersatz für Maß Anfert. n. Maß Tadelloser Aust.  
**Julius Fabian**  
Schneidmstr.  
Große Frankfurterstr. 37 II  
Eingang Strausberger Platz.  
II. Geschäfte:  
Turmstr. 18  
nur erste Etage,  
kein Laden.

**Bruch-Pollmann**  
empfiehlt sein Lager in Bruch- bandagen, Leibbinden, Geradenhaltern, Spritzen, Suspensorien sowie sämtliche Artikel zur Krankenpflege. Eigene Werkstätte. Lieferant für Ortho- und Hilfs-Krankenhäuser.  
**Berlin N.,**  
Jest Lothvinger Straße 60.  
Alle Bruchbänder mit elastischen Bellen, angenehm u. weich am Körper.  
**Hygienische Bedarfsartikel**  
**Drogerie Zaremba,**  
Weinbergweg 1, dir. a. Roltenhaler Lor. Billigste Bezugsquelle! Versuch f. zur dauernden Kundschafft.

Die beste Küche für Hochzeiten finden Sie in den  
**Sophien-Sälen u. Pracht-Sälen Alt-Berlin**  
C. 54, Sophienstr. 17/18 Blumenstr. 10  
Tel. III. 2783. Inhaber: **Paul Bantz.** Tel. VII. 3065.  
20 Säle und Vereins-Zimmer mit modernen Bühnen, 50-1500 Personen fassend, an Sonnabenden und Sonntagen noch frei. 1484L\*

**Jedes Wort 10 Pfennig.**  
Das erste Wort (setzgedruckt) 20 Pf. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pf.; das erste Wort (setzgedruckt) 10 Pf. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

## Kleine Anzeigen

**ANZEIGEN**  
für die nächste Nummer werden in den Annehmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69, bis 5 Uhr angenommen.

**Verkäufe.**

**Gardinen, Fabrikreste, 1 bis 3**  
Kleider, 1.25, 1.45, 1.85, 2.25, 2.85, 3.75, 4.65 ufm.

Durch Stand veräußerte Gardinen und Stores, schmerz Entlasten mit 10 Proz. extra Rabatt. E. Wehrensberg Leipzigerstr. 125, im Hause der Möbel-fabrik. 1661R\*

**Tüllbettedecken, Bettgröße, Stück**  
1.85, 2.25, 2.85, 3.65 ufm.

**Erdbüchertische, jetzt 8.45, 3.85, 4.75, 5.85, 6.75, 7.50 ufm.**

**Erdbüchertische, Bettgröße,**  
2.85, 3.65, 4.50, 5.75, 6.90, 7.60 bis 45 Mark. Große Frankfurterstr. 125, im Hausfabrikanten.

**Tuchportieren, komplette Garnitur**  
225, 3.75, 4.65, 5.85, 7.50.

**Blischportieren 6.45, 6.95, 7.85, 9.45, 11.—, 13.—, 15.—, 18.—, 20.—**  
Karl. E. Wehrensberg Leipzigerstr. 125, im Hausfabrikanten.

**Tuchdecken, reichgefilzt, mit feinen**  
Fibern, 0.90, 1.25, 1.75, 2.45, 3.25, 4.50, 5.75, 6.60 ufm.

**Stoppdecken, Einheitsgröße, 3.50, 4.35, 5.25, 6.50, 7.85, 9.25 ufm.**

**Blischdecken mit feinen**  
Webstoffen, 4.35, 5.45, 6.25, 7.50, 8.25, 9.75, 12.—, 15.—. Große Frankfurterstr. 125.

**Stoppdecken, doppeltsteif, 6.55, 8.50, 9.75, 11.—, 13.—**  
Am Fabrik- gebäude Große Frankfurterstr. 125.

**Tüchdecken 4.35, 5.85, 6.75, 7.50, 8.75 ufm.**

**Schlafdecken, Sport- und Normal-**  
decken, 1.65, 2.45, 2.85, 3.25, 3.75, 4.85, 6.25 ufm. Große Frankfurterstr. 125.

**Abfallteppiche 3.85, 4.65, 5.75, 6.85, 7.65 Mark.**

**Salon- und Wohnzimmerteppiche**  
mit feinen Fibern, 4.65, 5.75, 7.85, 9.20, 11.25, 13.50, 15 bis 150 Mark. Teppichhaus Große Frankfurterstr. 125, im Hause der Möbel-fabrik.

**Möbelstoffe in Wolle und Blisch**  
zu Sofa bezügen spotbillig.

**Käufer- und Ankleiderfabrikreste,**  
weit unter Preis. E. Wehrensberg Leipzigerstr. 125, im Hausfabrikanten, zweites Haus von der Kapfingstraße.

**Buchhand, seit Jahre, Lebens-**  
erinnerungen von G. W. Deter. Hochinteressant. Preis 1 Mark. Zu beziehen Buchhandlung Vorwärts.

**Teppiche! (schlechter) in allen**  
Größen, fast für die Hälfte des Wertes Teppichlager Brünn, Kaiserstr. Markt 4, Bahnhofstraße. Liefer des Vorwärts\* erhalten 5 Prozent Rabatt! Sonntags geöffnet!

**Horwärteler erhalten fünf**  
Prozent Ervorrabatt, selbst bei nach- folgenden Gelegenheitskäufen.

**Teppiche, laubstiellos, spotbillig.**  
Stoppdecken, eine Partie, sehr wert.

**Blischportieren 8.95 Mark.**

**Blischschliffdecken mit Stiefeln**  
6.85.

**Teppich-Thomson, Dramen-**  
str. 160, Dramenplatz; Rosen- halterstr. 54. 1630R\*

**Salonkrone, dreifach, 12 bis**  
20.00, Speisezimmer 10-40.00, Wohn- zimmer, Verlampen, Wandarmen zu haben. Verkauf direkt im Hausfabrikanten Kaiserstr. 11/12, Sonntags geöffnet. 1524B

**Kanarienhähne, billig, Dula,**  
Remerstr. 45, vorn. 1779\*

**Kronleuchter aller Art, aller-**  
billigste Bezugsquelle, Gollhofer!  
Jeweloch 5.—, direkt Fabrik, Dramen- str. 198 (Heinrichplatz). 1533R\*

**Hermannplatz 6, allerbilligste**  
Blinderarbeiten. Kleidermacher- Winterpaletots, Sommerpaletots, Badetanzüge, Gefrorenzüge, Herren- hosen, Extrabilige Pelzjackets, Aus- legerhosen, Stummelbiller Betten- verlauf, Brautbetten, Vermietungs- bett, Sportbiller Wäcker, Wand- menservant, Teppichverlauf, Tisch- tischdecken, Stoppdecken, Goldbuden, Tischdecken, Kettenschnur, Ringen- auswahl, Schmuckwaren, Wandbuden, Kämmalchinen, Großberlin, beliebige Einkaufsquelle. Allerbilligster Waren- verlauf im Handeltreibenden Hermann- platz 6. Auch Sonntags geöffnet.

**Sozialreform oder Revolution**  
von Rosa Luxemburg, zweite durch- gesehene und ergänzte Auflage. Preis 50 Pf. Expedition Vorwärts, Linden- str. 69.

**Belsholad, modern, spotbillig**  
Schwedlerstr. 33 L. 119/9\*

**Tüllbettedecken, volle Bettgröße**  
2.50, in Erdbüch 6.35, Tüllbettedecken 1.85, Erdbüchertische 4.35, Teppich- haus Emil Lejebore, Dramen- str. 158. 1706R\*

**Damenhüte, Kinderhüte, Cap-**  
artikel in reichhaltiger Auswahl —  
Fodermützen nach Modellenlagen —  
begehrte Jutaten verarbeitbar —  
leichte Ausführung ausgehert — Preis  
bekannt billig — Richard Sohn, Ver-  
kauf der Nonnen-Genossenschaft und  
Kabatparmerien Norden — Fran-  
schulstr. 11 — Alte Schützen-  
str. 4 — Beustellstr. 24. 1698R\*

**Gelegenheitskäufe, Rejemobiles,**  
Vollen Damenmantel, Paletots, teils  
auf Seite 10 Mark, elegante Kostüme,  
15 bis 27 Mark, elegante Paletots,  
Kostümbüch, Blusen spotbillig, (Er-  
sparnis Ladenniete.) Julius Neu-  
mann, Beustellstr. 106, 2 Treppen. 1648R\*

**Kleiderauswahl in Feilen, Stand**  
rotrota Juleit 10.50, Dramen-Hand-  
leiche, Dramenstr. 23a. 1831R\*

**Prachtteppiche, Blischdecken 5.—,**  
Portieren 3.75, Bettdecken, Uhren,  
Ketten nur Dramen-Handleiche,  
Dramenstr. 23a. 1831R\*

**Winterpaletots, Herrenanzüge**  
zu billigen Preisen. Dramen-Hand-  
leiche, Dramenstr. 23a. 1831R\*

**Geschäftsverkäufe.**

**Restaurierung, gutgehend, passend**  
für Anfänger, zu verkaufen, viel Ver-  
stärkungen, große Brauereihalle,  
zu verkaufen Bruchstr. 61. 180

**Möbel.**

**Woebel, Soedel, Northplatz 58.**  
In meinem seit 31 Jahren bestehenden  
Möbelkaufhaus stehen in fünf Etagen  
komplette Wohnzimmereinrichtungen zu  
äußerst niedrigen Preisen zum Verkauf.  
Als Spezialität mehrere: Schlafzimmer,  
englisch 197.—, modern mit Antiken  
208.—, Wohnzimmer, modern 297.—,  
Speisezimmer 355.—, Herrenzimmer  
300.—, 1 Zimmer und Küche 205.—,  
364.—, modern 479.—, 2 Zimmer und  
Küche 668.—, 667.—, englische Bett-  
stühle mit Matratze 43.—, Kleider-  
schrank 34.—, Schließfach 28.—, Tisch-  
stühle 55.—, Umbau 50.—, Teppiche,  
Kleiderlager, Beschäftigung erlernen,  
Krankent- und Lagerung kosten-  
frei. Central- Zahlungsvereinfach-  
ungen. Geöffnet 8-8, Sonntags  
8-2. Kein Laden. Verkauf nur im  
Jahresgebäude, Rusterstr. 7, gratis  
und franco. 1640R\*

**Möbel! für Leute, die günstige**  
Gelegenheit, sich Möbel anzuschaffen.  
Mit kleinster Anzahlung gebe ich  
Bücher und Küche. In jedem Stück  
deutlicher Preis. Uebervorteilung  
dabei ausgeführt. Bei Krankheits-  
fällen und Arbeitslosigkeit anerkannt  
günstige Rückzahl. Möbelgeschäft M.  
Goldhaub, Postenstraße 38, Ecke  
Guelkenstraße, kein Abzahlungs-  
geschäft! 2001R\*

**Möbel-Gelegenheitskäufe in aller-**  
größter Auswahl; einfache sowie  
bessere Wohnzimmereinrichtungen be-  
deutend billiger als regulär. Er-  
gänzungsartikel: Büchere, Schreib-  
tische 45, Sofa 45, Garnituren 65,  
Trumeaus 37, Schränke, Verticos  
27, Kronen, Leppiche, Bilder, Kissen-  
möbel, Klavier, Lederstühle, Um-  
bauer, Lederstühle usw. spotbillig.  
Vermerdt Möbelgeschäft, Köpinger-  
str. 55, Rosenhale - Tor. Die  
Möbel sind in vier Tagen auf-  
gestellt. 1618R\*

**Möbelkäufer, Darnad, Tischler-**  
meister, gegründet 1901, Stallstraße-  
str. 57 (Northplatz), liefert kom-  
plette Wohnzimmereinrichtungen zu  
niedrigsten Preisen. Unüber-  
troffene Leistungsbiligkeit. Enorme  
Auswahl. Zahlungsvereinfachung.  
Vordirigleier 3 Prozent. Kein  
Laden, Verkauf halbtägig.

**Guelkenstr. 10, Ecke Köpinger-**  
E. Braun, bekannt als beste Bezugs-  
quelle. Kassa und Teilzahlung.

**214 Trumeaus mit Stufen und**  
hochfeinem Facettglas 29, mahaga-  
nonie, große Auswahl. Möbelgeschäft  
M. Goldhaub, Stallstraße 25, an  
der Hochbahn. 1685R\*

**Kinderbettstelle billig Kleist-**  
str. 15. 1228R\*

**Kinderdrabttstelle, Kinder-**  
schläfchen, neu, unterm Preis. Exerzier-  
str. 5, partiere. 196\*

**Verkauflich: Elegantes Blischlo,**  
Umbau, keine Garnitur, Unüber-  
schranf, Spiegelwandstulle, 2 eng-  
liche Bettstellen, Kleiderkasten, Ver-  
tico, Ausrichting, Chaiselongue, Tru-  
meau, Gadrone, Königsberger-  
str. 11, vorn I. rechts bei Hühner.

**Blischschliffsofa, elegant 40.—,**  
Chaiselongue, Bilder, Gadrone,  
Bühnenstr. 74, vorn I. Pensionat.

**Möbelangebot, gebrauchte und**  
neue Einzelstücke und ganze Ein-  
richtungen, einfache, elegante  
Speisezimmer, Herrenzimmer, Schlaf-  
zimmer, betehen gewiesen, versalen,  
spotbillig Kleiderlager, 5 Etagen.  
Möbelgeschäft. Neue Köpinger, 56,  
Königsstraße. Teilzahlung gestattet,  
Sonntags geöffnet. 285/6\*

**Fahrräder.**

**Herrenfahrrad, Damenfahrrad,**  
einmal benutzt, 35.—, Holz, Blumen-  
str. 36b. 1653R\*

**Wickelfahrrad, außerst billig,**  
50.00 an Holz, Blumenstr. 36b.\*

**Musik.**

**Pianinos, gebrauchte von 100.00**  
Mark (Teilzahlung). Scherer, Kaullee-  
str. 108. 1340R\*

**Pianino (Gelegenheit) für 120.—**  
— sofort zu verkaufen Gaidamer-  
str. 27b, hochpartiere. 1678R\*

**Ruhbaumplanos (Gelegenheit)**  
300.—, verläufig Barfängerstr. 58,  
Duergebäude I. 133/16\*

**Frachtpianino, Reinfostenpreis**  
750.00, Umständehalter 322.00,  
Friedenstraße 2, hochpartiere links  
(Königsstr.). 266/12

**Schlafstellen.**

**Möblierte Schlafstelle sofort bei**  
Kaufhaus, Schallerstraße 20, vorn  
partiere. 1117\*

**Möblierte Schlafstelle vermietet**  
Fran Richter, Oberbergerstraße 38,  
vorn IV. 1140

**Möblierte Schlafstelle, Herrn, Döring,**  
Königsstraße 10, vorn IV. 1103

**Arbeitsmarkt.**

**Stellengesuche.**

**Junger Mann, 25, sucht Beschäft-**  
igung, Schimang, Bülowstraße 66.

**Stellenangebote.**

**Klavierlehrer stündl. Sonnabend,**  
und Sonntags verlangt Scholze,  
Trepfen, Gracelstraße 49. 1118

**Marmorhelfer sucht Anf.**  
Dennewitzstraße 19. 197/2

**Farbmacher verlangt Pflüger-**  
straße 56. 1112

**Schraubendreher und Schrauben-**  
dreher bei guten Afforditionen  
suchen Doctor Barock u. Co., Neuen-  
burgerstraße 37. 1940B

**Zeitungsfrauen sofort verlangt**  
Kathenoverstraße 3. 133/15\*

**Arbeiterinnen zum Sortieren**  
von Papierabfällen, Anfangslohn  
10.00 Mark, steigend bis 15 Mark,  
verlangt Schmel, Köpingerstr. 11.

**Zum Arbeitsmarkt durch**  
besonderen Druck hervorgehobene  
Anzeigen kosten 50 Pf. die Zeile.

**Arbeitersekretär-**  
**Gesuch.** 298/9

**Zum 15. Januar bezw. 1. Februar**  
wird für Rena ein Arbeitersekretär  
gesucht. Respektiert wird auf eine erste  
Stufe resp. auf einen Gehalt, der  
schon einen beachtlichen Posten be-  
steht. Off. mit Bewerbungsunterlagen  
unter „Sekretär“ bis 6. Dezember an  
H. Jahrmarkt, Jona, Mittelstr. 47.

**Deutscher**  
**Kürschner-Verband.**  
Zentrale Berlin.  
Gesucht für Kürschner sind:  
**Herrlich Kühne, Leipziger**  
Str. 9-11.  
**Reil, Zimmerstr. 29.**  
**Rißmann, Beustellstr. 27.**  
Für Mägenmacher:  
**G. A. Hoffmann, Guelken-**  
str. 33. 102/17\*

**Achtung! Holzarbeiter.**  
Wegen Streit und Zoh-  
differenzen sind geberit:  
**Tischler Köhlich & Co.,**  
Fruchtstr. 34.  
**Freya, Peteröburger Str. 57.**  
**H. Borchardt & Co., Räder-**  
dorfer Str. 26.  
**Knopffabrik Kaal & Thie-**  
mann, Rirbor, Pflügerstr.  
**Pianofabrik Zeller & Winkel-**  
mann, Braunschwieg.  
Sämtliche Tischlerien in Holz  
und Lacken in Bonnern.  
Das Berliner Arbeitswissen-  
vermittlungsbüreau d. geberit  
„Handwerkerkassenverbandes“.  
Die Cröberverwaltung Berlin des  
Deusch. Holzarbeiterverbandes.

Partei-Angelegenheiten.

Erster Wahlkreis. Mittwoch, den 23. November: Öffentliche Versammlung in den Industrie-Gewerken, Benthstr. 19/20. Die Hege gegen das arbeitende Volk. Referent: Reichstagskandidat Wilhelm Döwle.

Sechs öffentliche Versammlungen

finden heute Abend im vierten Wahlkreis statt und zwar in folgenden Lokalen: Drahtenburg, vor dem Schießstand, Graumann, Kammstr. 27, Titin, Remeler Str. 67, Elysiun, Landsberger Allee 40/41, Germania-Druckerei, Franzfurter Allee 63, Voelter, Weberstr. 17. — Referenten sind: Paul Dirsch, Karl Wehse, Paul John, Georg Schmidt, Julius Hilbrand, Dr. Joseph Herzfeld.

Fünfter Wahlkreis. Heute, Dienstag, abends 8 1/2 Uhr: Versammlung des Wahlvereins in den Musikerkälen, Kaiser-Wilhelm-Strasse 18m. Vortrag des Genossen Stücken. Gäste willkommen. Das Erscheinen der Mitglieder erwartet. Der Vorstand.

Tempelhof. Heute, Dienstag, bei Thiel, Berliner Str. 41/42: Mitgliederversammlung.

Schwargendorf. Am Mittwoch, den 23. November, abends 7 Uhr, vom Restaurant „Zum Lindenbaum“, Spandauer Str. 40, aus: Flugblattverbreitung. Der Vorstand.

Marionette. Donnerstag, den 24. d. Mts., findet bei Berger, Berliner Str. 114, die Mitgliederversammlung des Wahlvereins statt. Genosse Groger-Ridort spricht über das Parteiprogramm. Gäste willkommen.

Friedrichshagen. Heute abends 8 1/2 Uhr findet bei Schulz, Lindenpark, Wilhelmstr. 11, eine wichtige Mitgliederversammlung statt.

Friedrichshagen. Heute, abends 8 1/2 Uhr, findet im Schultzei-Restaurant, Friedrichstr. 74, der letzte Vortragabend des Genossen Max Grundwald statt.

Am Sonnabend, den 26. November, abends 8 1/2 Uhr, feiert der Wahlverein im Restaurant Eisfelder, Friedrichstr. 96/97, das 20. Stiftungsfest. Billets a 30 Pf. sind in den bekannten Bezirkslokale zu haben.

Königs-Wusterhausen. Am Mittwoch, den 23. d. M., abends 8 Uhr, im Weidhörnischen Lokale: Wahlvereinsversammlung. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Groger-Ridort. 2. Wahl von zwei Delegierten zur Generalversammlung Groß-Berlins. 3. Wahl eines Bezirksführers für Königs-Wusterhausen. 4. Parteiangelegenheiten und Verschiedenes. Der Vorstand.

Reinickendorf-Or. Heute, abends 8 Uhr, findet bei Sadan, Residenzstr. 124, die Mitgliederversammlung des Wahlvereins statt. Tagesordnung: 1. Wohnungskunst im Arbeiterheim. 2. Referent: Genosse Bartel. Außerdem Gehörwahl für den durch Amtsniederlegung erledigten Posten des zweiten Bezirksleiters. Die Bezirksleitung.

Pankow. Heute abends 8 1/2 Uhr findet im Lokal von Groß-Furt, Berliner Str. 27, die Mitgliederversammlung statt. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Weber über: „Streiklichter aus dem Massenstaat“. 2. Diskussion. 3. Ortsangelegenheiten. 4. Verschiedenes. Die Bezirksleitung.

Berliner Nachrichten.

Graues Wetter.

Nicht Herbst, nicht Winter ist es! Kalt ist es, und doch nicht diese klare, reine Kälte bei eiskigen Graden unter Null. Regnerisch ist es und doch kein ehrlicher grader Strippenregen. Es ist nichts halbes und nichts ganzes, dieses graue, trübselige Novemberwetter.

In Berlin W. Neun Uhr früh! Ein feiner schriller Ton läßt das Mädchen in der Küche zusammenzucken. Die „Gnädige“ hat geklingelt und das Mädchen eilt in das Schlafzimmer: „Gnädige Frau wünschen?“

„Vertha — hua — was ist heute für Wetter,“ tönt es verdrossen gähnend dem Diensthöten entgegen.

„Ach, gnädige Frau, heute ist graues Wetter.“ Zunächst wieder ein Gähnen, darauf ein fröstelndes Zusammenzucken in den weichen Federn.

„Ach, Vertha, dann lassen Sie die Jalousien noch zu, drehen Sie Licht an und bringen mir Schokolade.“

„Gern, gnädige Frau,“ sagt das Mädchen bescheiden und will sich entfernen.

„Ja, und die französischen Modejournale können Sie mir auch noch bringen. — Was macht der Herr?“

„Der badet noch.“

„Es ist gut, Sie können gehen.“ Das Mädchen verläßt eilig das Zimmer und die Gnädige sinkt in ihre Kissen zurück. Sie denkt, was eben so ein kleines Spatenhündchen denken kann: An die todtschöne Toilette der Frau Direktor W., — an die eine gefährliche Blut verratenden Komplimente des Assessors D., — an die göttliche Sahnencreme beim Konditor B., — an die reizenden Kinderchen beim Hauptmann K. — Ja, so ein kleines Kind, das mühte Spah machen. Aber, die neun langen Monate und diese entsetzlich entstellte Figur. „Unmöglich.“ Die Frau im Bett hat es ziemlich laut vor sich hingebrochen. Das Reinlichsystem ist das beste. Weiter tanzt und pouffiert man so'n bißchen für Säuglingskuck.

In Berlin D. Fünf Uhr früh. Der enge dunstige Hof liegt noch in tiefer Dämmerheit. — „Bata, Du mußt aufstehen.“ Das kleine, achtjährige Ding steht fröstelnd am Bett des schwer schlafenden Mannes, der sich nicht rückt und rührt. Das Mädchen zerrt den Schlafenden an der Schulter: „Aufstehen, Bata!“ Da setzt die kleine Weckeruhr an und im Nu ist der Mann wach. Schnell nimmt er die Uhr und sieht sie unter das Deckbett, damit seine Frau nicht wach wird. Dann springt er auf, nimmt sein Zeug und geht leise in die Küche. Ein Weilschen hantiert er schon draußen, da tönt eine schwache, leise Stimme aus dem Zimmer: „August!“ Und gleich darauf ein wimmerndes Weinen. Der Mann kommt leise ins Zimmer und beugt sich zu seinem Weibe und küßt es unbeholfen. „Wie geht es heute, Lise?“ fragt er bestimmert. „Nicht gut, immer daselbe,“ sagt die Frau leise. Und dann: „Hast Du die Milch für das Kleine warm?“ Der Mann geht mit einem schnellen zärtlichen Blick auf den Kinderwagen hinaus und bringt dem Säugling sein Fläschchen. Die Frau lächelt ihn dankbar an. Und nach einem Weilschen: „Du, ob es heute wohl schönes Wetter wird?“ Der Mann, der sich ein wenig auf die Bettkante gesetzt hatte, erhebt sich und lügt hinaus. „Es ist alles dunkel draußen und es scheint zu regnen.“ „Wieder graues Wetter,“ seufzt die Frau, „es wird nicht anders. Das ist, als wenn man hier im Gefängnis steckt.“ Einen Augenblick steht der Mann ganz still und starrt vor sich hin, dann läßt er sich leise und langsam vor dem Bett seiner Frau nieder und bringt seinem Mund ganz dicht an ihr Gesicht. Er küßt es und flüstert dann leise: „Sei ruhig, Lise. Es muß alles noch besser werden.“

Es muß noch! So kann's doch nicht ewig bleiben. Nicht wahr, das ist doch ein Hundeleben, so wie es jetzt ist. Ich schufte mich ab und rader mich ab, weil ich will, daß Du mit den Kindern gesund leben sollst. Aber wird es deshalb besser? Die Miete wird teurer, das Leben wird teurer und wir femmen jahraus, jahrein keine anderen Gedanken, als wie wir mit unseren paar Kröten zurechtkommen. Aber es wird anders werden, Lise, verlaß Dich drauf. Ich bin fest davon überzeugt. Sieh mal, da ist in unserer Werkstatt der Kaver Gottinger, ein Vauer. Ein ganz frommer Katholik war er erst und hat uns immer so von oben herab angesehen. Und eines Tages kommt er in die Werkstatt, setzt sich in eine Ecke und heult zum Erbarmen. Wir um ihn rum, fragen ihn. Und da hat er uns erzählt, daß der Kaplan sein Mädel, seine einzige Tochter, verführt hat. Wir haben ihn dann vorgekommen, besonders Karl Eggbrecht, der immer in den Diskussionen so fein redet. Und nach Feierabend, da ist er zu jedem von uns gekommen. Er hat keinen Ton gesagt, aber er hat uns allen die Hand gedrückt. Und seitdem gehört er zu uns. Und so kommen viele, viele zu uns, immer mehr. Siehst Du, Lise, da dürfen wir nicht verzagen. Denn es wird besser werden und ganz anders als heute. Daß heute nur graues Wetter sein, die Sonne kommt doch noch zu uns.“

Die Wöchnerin sah jetzt ihren Mann glücklich und stolz an. „Ja, August, ich glaube Dir, was Du sagst. Aber nun mußt Du wohl gehen!“ Der Mann erhob sich langsam und nicht seiner Kränken zu. Dann ging er, durch das graue Wetter, zum Iron des Alltages. Aber seine Gedanken waren weit weg! Er sah die Zukunft vor sich liegen, groß und klar und sonnenerblutet. Und diese Zukunft gehörte ihm und seinen Brüdern.

Der Totensonntag brachte die übliche Massenwanderung nach den Berliner Friedhöfen bis weit in die Vororte hinein. Ueber Nacht hatte es aufgeklart. Die Kranzhändler, die wegen des ungünstigen Sonnabendwetters schon mit einer großen Pleite rechnen, machten wieder vergnügte Gesichter und setzten noch in den letzten Stunden bedeutende Posten ihrer Natur- und Kunstprodukte ab. So große Vorräte wie in den Vorjahren waren aber nicht auf den Markt geworfen, wozu wohl auch der Blumenbinderstreik beigetragen hatte. Immerhin wurde der Nachfrager mehr als genügt. Die Massenartikel in billigen Lammengewinden und Wachs- oder Papierblumen gingen natürlich am besten. Auf den Großstadtstraßen war es ziemlich trocken und frisch, draußen auf den zügigen Weidenfeldern feucht und ungemütlich. In der vierten Nachmittagsstunde erreichte der Strom derer, die aus Gefühlsgründen kamen oder die Mode mitmachten, den Höhepunkt. Doch wurde allgemein ein erhebliches Abflauen des Besuches gegen frühere Totensonntage bemerkt. Das liegt wohl daran, daß sich der Generalbesuch der Friedhöfe nicht mehr bloß auf den Totensonntag beschränkt, sondern auf die ganze Woche verteilt, weil Laufende dem Massenandrang aus dem Wege gehen wollen. Desto größer war diesmal die Kellame der Missionssippe und all ihres frömmelnden Anhangs, die hier, wie immer an diesem Ausnahmetage, im Trüben fischen wollten. Die widerliche Aufdringlichkeit dieser Scheinhelligen berührte selbst diejenigen unangenehm, die noch etwas für die Kirche übrig haben. Besonders große Anstrengungen hatte die Heilsarmee gemacht, die mit hunderten ihrer uniformierten Komödianten auf den Seelenfang ausgezogen war. Die Verkehrsinstitute hatten im allgemeinen auch für die Rückförderung ausreichende Vorkehrungen getroffen. In der siebenten Abendstunde lagen die Totenäder Berlins wieder einsam und verlassen. In den Kranzspenden spielte der Novemberwind. . . . Der um das Dasein ringende Weltstädter vergißt seine Toten schnell.

Das neue Aquarium soll, wie wir bereits mitgeteilt haben, vom Aktienverein Zoologischer Garten errichtet werden. Es entspricht einem Beschlusse der Stadtverordnetenversammlung, eine solche Einrichtung in Berlin zu haben. Dieser Beschluß hätte allerdings schon längst zur Durchführung gebracht sein können, wenn die städtischen Behörden das bisherige Hermesische Institut in der Schadowstraße übernommen hätten. Das ist nun aber nicht geschehen. Das alte Institut ist aufgelöst worden, seine Bestände sind in alle Winde zerstreut. Der Aktienverein Zoologischer Garten will nun selbständig ein Aquarium schaffen, will aber von der Stadt eine bestimmte finanzielle Gewähr haben. Diese Gewähr soll darin bestehen, daß die Stadt Berlin 40 Jahre lang pro Jahr 25 000 M. zahlt, also sich zur Vergabe von 1 Million Mark, allerdings auf 40 Jahre verteilt, verpflichtet. Als Gegenleistung soll den von ihren Lehrern und Lehrerinnen geführten Zöglingen der Berliner städtischen höheren Lehranstalten, Gemeindefschulen, der städtischen Taubstummen- und der Schulen der Berliner Wasserverwaltung, der konfessionellen Schulen sowie derjenigen Schulen von Berlins Umgebung, die von der Stadt Berlin erhalten werden, oder deren Patron der Berliner Magistrat ist, freien Einlaß, den von ihren Lehrern und Lehrerinnen geführten Zöglingen der Berliner Privatschulen sowie der städtischen Fortbildungsschule Einlaß zum Preise von 20 Pf. für die Person gewährt werden. In dem Vertrage der Stadt mit dem Aktienverein Zoologischer Garten sind außerdem noch einige Bestimmungen über eine eventuelle Rückzahlung an die Stadt bei einer den Betrag von 100 000 M. übersteigende Jahres-Einnahmehöhe. Gestern beschloß sich ein von der Stadtverordnetenversammlung eingesetzter Ausschuß mit diesem Abkommen und stimmt ihm nach längerer Diskussion zu.

Jugendchriftenausstellung im Gewerkschaftshause. Die Ausstellung ist Donnerstags und Sonntags von 5-9 Uhr geöffnet. Neu ausgestellt: Die soeben erschienenen neuen Künstler-Steinzeichnungen des Teubnerschen Verlages. Eintritt frei.

Der Großmarkt der Weihnachtsbäume wird in diesem Jahre nicht wie bisher auf dem Gelände an der Großgörschenstraße stattfinden. Dieses ehemalige militärische Aufmarschgelände, das zu Scharnberg gehört, und sich zwischen der Großgörschen- und Anhalterstraße einerseits und der Anhalter Eisenbahn und dem alten Rathenow-Airchhofe andererseits befindet, ist bekanntlich verkauft worden und wird ebenfalls, wie das Aufmarschgelände am Viktoriapark, bebaut werden. Da in der letzten Woche Tausende von Bäumen aus dem Harz, Thüringen und Bayern auf dem Anhalter Güterbahnhof eingetroffen sind, haben sich die Händler (bis jetzt freilich verhältnißmäßig) bemüht, den Platz noch einmal zu erhalten. Sie haben zum Lagern der Bäume das dreieckige Terrain zwischen der General-Pape-Strasse und der alten Teltower Landstraße nördlich vom Landwehr-Dienstgebäude gewählt.

Die Einrichtung des Nachrichtenamtes des Magistrats bildete den Gegenstand einer Ansprache, die gestern in einer Gemischten Deputation gepflogen wurde. Als Resultat dieser Besprechung wurde festgestellt, daß prinzipiell allseitiges Einverständnis über die Erziehung eines solchen Amtes vorhanden war und daß ein Ausbau dieses Instituts angebahnt werden soll. Welcher Art dieser Ausbau sein soll, wurde im einzelnen nicht festgelegt. Die Diskussion hat sich zu Anträgen besonderer Natur nicht verwickelt. Es scheint, daß in manchen Kreisen eine vollkommen falsche Vorstellung über die Aufgaben eines solchen Amtes vorhanden ist. Wenn wir auch nicht verhehlen wollen, daß nach verschiedenen Richtungen hin das Amt verbesserungsbedürftig ist, so steht doch fest, daß es nicht wünschenswert ist, den früheren Zustand der magistratsmäßigen Berichterstattung und der Nachrichtenberichterstattung wieder herbeizuführen. Das liegt weder im Interesse der Presse noch im Interesse der städtischen Behörden.

Ein Giftmord soll nach einer Zeitungsmeldung in der Kochstraße verübt worden sein. In Wirklichkeit handelt es sich um einen Todesfall durch Unvorsichtigkeit. Der 46 Jahre alte Schneidermeister Emil Hennig aus der Kochstraße 8 kam in der Nacht zum Dienstag voriger Woche angetrunken nach Hause und nahm, um gleich schlafen zu können, acht Veronaltableten auf einmal. Am nächsten Morgen traten so schwere Vergiftungserscheinungen auf, daß er nach der Charité gebracht werden mußte. Dort starb er am Freitagmorgen. Zur Feststellung der Todesursache wurde die Leiche beschlagnahmt und nach dem Schauhaufe gebracht.

Ein schwerer Straßenbahnunfall ereignete sich am Sonntag, nachmittag gegen 5 Uhr am Halleschen Tor. Als der 54jährige Rentier Behrend aus der Lützowstraße 53 die Belle-Alliance-Brücke überfahren wollte, stolperte er über die Vordschwelle des Inselpersons und kam so unglücklich zu Fall, daß er mit dem Kopf gegen das Trittbrett des Anhängewagens Nr. 160 eines vorbeifahrenden Buges der Linie 96E stürzte. Der Verunglückte, der einen Schädelbruch und eine Gehirnerschütterung erlitten hatte, wurde nach der Unfallstation am Tempelhofer Ufer und von dort in bedenklichem Zustande nach dem Krankenhaus am Urban überführt.

Hilflos aufgefunden wurde am Sonntagabend um 9 Uhr ein unbekannter Mann von 50 bis 60 Jahren vor dem Laufe Linienstraße 160. Der Kranke, der den Eindruck eines Arbeiters macht, wurde nach der Charité gebracht und ist noch nicht wieder zu sich gekommen. — Mit einer schweren Kopfverletzung wurde der 58 Jahre alte, aus Schönebeck gebürtige, wohnungslose Arbeiter August Pinger in der Brunnenstraße aufgefunden. Er wurde nach dem Lazarustrankenhaus gebracht.

Vom Erstigungstode gerettet. In ernster Lebensgefahr schwebten zwei Personen bei einem Brande, der Montag früh gegen 7 Uhr in der Werkstatt des Schuhmachermeisters Anton Strauß in der Schönenstraße 7 zum Ausbruch kam. Die Werkstatt liegt im Hochparterre des Vorderhauses. Der Brand entstand durch einen Ofen und verursachte eine enorme Verqualmung. Als die herbeigerufene Feuerwehre in die Wohnung des Schuhmachermeisters einbrang, fand sie in einem Raum neben der Werkstatt den 42jährigen Strauch in seinem Bett bewußtlos vor. In einem Hinterzimmer lag die 20jährige Verkäuferin Luise Tams, die gleichfalls schon sehr unter der Einwirkung des Rauches gelitten hatte. Beide Personen wurden sofort ins Freie geschafft. Während das junge Mädchen sich bald wieder erholt, mußte der Schuhmachermeister längere Zeit mit Sauerstoff behandelt werden, ehe er die Besinnung wieder erlangte. Da kein Zustand indes immer noch besorgniserregend war, wurde er mit einem Tender der Feuerwehre nach dem Urbanstrankenhaus geschafft. Auch in dem Befinden der Verkäuferin trat später eine wesentliche Besserung ein, so daß auch ihre Ueberführung nach dem Urbanstrankenhaus nötig wurde. Der Brand selbst konnte bald gelöscht werden.

Ein größeres Schadenfeuer, das die Berliner Feuerwehre über zehn Stunden beschäftigte, brach Sonntag früh am Brandenburger Ufer 2, nahe der Jannawibrücke, aus. Auf dem Hinterlande des Grundstücks befindet sich ein etwa 30 Meter langer, dreistöckiger Speicher der Gasenello-Sportgesellschaft m. b. H. Der zweite Stock dieses Speichers enthält einen großen Trockenraum, indem seit einiger Zeit Koksöfen aufgestellt waren. Durch einen dieser Öfen wurde das Feuer verursacht. Glühende Kohlen fielen auf den Fußboden und setzten ihn in Brand. Erst Sonntag früh gegen 6 Uhr wurde die Gefahr von einem Wächter bemerkt, der aus den Fenstern des zweiten Stockwerks die Rauchwolken herordringen sah. Als die Feuerwehre wenige Minuten später eintraf, waren die Räume der zweiten Etage schon vollständig verqualmt. Die Löschmannschaften konnten daher den eigentlichen Brandherd nicht sofort feststellen, zumal helles Feuer überhaupt nicht zu sehen war. Erst nach fast einstündiger Arbeit gelang es, das Feuer, das in der Balkenlage wüthete, freizulegen. Um wirksam löschen zu können, mußte die ganze Balkenlage des zweiten Stocks aufgerissen werden, eine Arbeit, die viel Mühe verursachte und mehrere Stunden in Anspruch nahm. Die Ablösung erfolgte mit drei Rohren. Gegen Mittag war die Gefahr beseitigt. Zu den Aufräumungsarbeiten, die sich dann noch bis in die späten Nachmittagsstunden hinzogen, wurde der dritte Löschzug nachbeordert. Der Schaden ist ganz erheblich, da auch ein großer Kosten Felle durch Feuer, Wasser und Rauch wertlos geworden ist.

Während der Sonntagabendvorstellung im Circus Busch entstand in der Nippel des Gebäudes kurzschluß an einem Beleuchtungsabel. Die anwesende Seicherheitswache der Feuerwehre bemerkte die Gefahr aber sofort und beseitigte sie in kurzer Zeit. Das Publikum blieb ruhig, so daß die Vorstellung zu Ende geführt werden konnte.

Ein Selbstmordversuch ereignete sich gestern am späten Nachmittage wieder im Kriminalgerichtsgebäude. Vor der 4. Strafkammer des Landgerichts II stand der Hypothekensammler Riepe aus der Großgörschen Straße, ein schon vorbestrafter Mann, unter der Anklage des Betruges und der Urkundenfälschung. Er wurde zu 2 1/2 Jahren Zuchthaus verurteilt. Bei Verkündung des Urteils zog der Angeklagte plötzlich ein Messer und durchschnitt sich den Hals. Er wurde schwer verwundet nach dem Moabiters Krankenhaus übergeführt.

Beim Stiftungsfest des vierten Wahlkreises hat eine Teilnehmerin in „Allers Kesseln.“ eine Brosche mit Opal verloren. Der Finder wird um Abgabe im Wahlvereinsbureau, Stralauer Platz 1/2, gebeten.

Arbeiter-Samariter-Bund, Kolonne Berlin. Morgen, Mittwoch, abends 9 Uhr, 5. Abteilung in Rixdorf, Erstrasse 8. Vortrag über Knochenbrüche, Verrenkungen und Verfracturen. Nachfolgend praktische Übungen. — Freitag, abends 9 Uhr, Monats-Sitzung der diensttunenden Mannschaften, dazu sind sämtliche Taschen mitzubringen, zwecks Reglung. Die Materialausgabe findet nur von 8 bis 9 Uhr statt.

Vorort-Nachrichten.

Wilmsdorf-Halensee.

Die Verkündung des Resultats der Stadtverordnetenwahlen vom 3. November brachte im ersten Wahlbezirk Halensee bekanntlich insoweit eine Ueberraschung, als der Wahlvorstand, der anfänglich Stichwahl anberaumt hatte, in einer nachträglich am 8. November abgehaltenen Sitzung die für den Demokraten Photo abgegebenen 148 Stimmen für ungültig erklärte und

den Bürgervereiner Dertler, der nur 112 Stimmen erhalten hatte, als gewählt proklamiert. Nur dieser Herr und der Herrschiller Jacobsohn, auf den 77 Stimmen fielen, konnten nach der nachträglichen Entscheidung des Wahlvorstandes als Kandidaten in Betracht kommen; Herr Floto sei kein Hausbesitzer, weil auch seine Frau Mitbesitzerin des von ihm besessenen Hauses wäre. Besten haben die Demokraten diese Entscheidung in einem an den Magistrat gerichteten Protest angefochten. Sie halten das am 8. November vom Wahlvorstande aufgesetzte Protokoll für ungesetzlich. Wenn auch Herr Floto nach Ansicht der Protesterheber zweifellos Hausbesitzer im Sinne der Städteordnung ist, so wollen sie doch diesen Umstand zunächst außer Betracht lassen. Für maßgebend halten sie allein die am 3. November durch den Wahlvorstand erfolgte Proklamierung der Stichwahl. Diese hätte zunächst unter allen Umständen stattfinden müssen. Mit dem Abschluß des Protokolls am 3. November wäre die Funktion des Wahlvorstandes beendet gewesen; nachträglich hätte diese Körperschaft überhaupt nicht mehr existiert, und somit wäre auch die nachträglich erfolgte Korrektur eine Ungeheuerlichkeit. Aber selbst wenn man sich im Gegensatz zu dem Willen des Gesetzgebers auf den Standpunkt hätte stellen wollen, daß der Wahlvorstand nach Schluß des Wahlaktes noch weiter bestände, so wäre eine nachträgliche Korrektur schon aus dem Grunde ungesetzlich, weil der zweite Faktor, die Wahlversammlung, nicht gegenwärtig war, und es doch im Protokoll ausdrücklich heißt: Dieses Ergebnis wurde der Wahlversammlung bekannt gemacht.

Aus diesen Gründen fordern die Protesterheber vom Magistrat und der Stadtverordnetenversammlung die Ungültigkeitserklärung der Wahl des Rentiers Dertler und die Anberaumung der Stichwahl zwischen diesem Herrn und Herrn Floto. Sie können sich hierbei auf einen ähnlich liegenden Vorfall in Charlottenburg stützen, in welchem das Oberverwaltungsgericht den Klägern recht gab.

### Rixdorf.

Heute, Dienstag, den 22. November, findet im Westbezirk die Stichwahl statt. Die Schleppearbeit geschieht diesmal von jedem Bezirk selbständig und beginnt um 12 Uhr mittags.

Die Genossinnen und Genossen, welche Wahlhilfe leisten wollen, treffen sich für die Bezirke 19—24 in folgenden Lokalen:

- 19. Bezirk: Carl Koppow, Zieten- und Lessingstraßen-Ecke.
- 20. " Wilh. Müller, Zietenstr. 29.
- 21. " Gustmann, Steinmeißerstr. 78.
- 22. " Schreiber, Maßlower Str. 7/8.
- 23. " Schneider, Mainzerg. 6.
- 24. " Beck, Hermannstraße, Ecke Karlsplatzstraße.

Kabfahrer und Genossen anderer Bezirke melden sich von mittags 12 Uhr ab im Zentralkolossal bei Hoppe, Hermannstr. 49. Wir rechnen auf rege Beteiligung. Das Wahlkomitee.

Vom Feuertode gerettet wurden gestern vormittag in der ersten Stunde drei Kinder in dem Hause Einser Str. 78. Die drei Kinder der Wendlandischen Eheleute spielten in unbesetzten Augenblick mit Streichhölzern, als plötzlich ihre Kleidungsstücke in Brand gerieten. Zum Glück hörte ein Dekorateur nebenan die Hilferufe der Kinder. Er rief von seinem Balkon aus den bei der Wendlandischen Wohnung, schlug die Tür ein und fand zwei der Kinder in dem verqualmten Zimmer; eins war besinnungslos. Während er sie hinaustrug, kam die Feuerwehr. Sie entdeckte das dritte Kind im Kilostrraum, wo es besinnungslos dalag. Die beiden bewußtlosen Kinder wurden mit dem Sauerstoffapparat ins Leben zurückgerufen und dann nach dem Krankenhaus in Budow gebracht.

Die am nächsten Sonntag stattfindende Theatervorstellung „Der Graf von Charolais“ muß des unangenehmen Stüdes wegen pünktlich um 2 1/2 Uhr beginnen. Wir bitten daher die Besucher, möglichst frühzeitig zu erscheinen, damit kurz vor Anfang nicht der Andrang in der Garderobe wieder so stark ist, daß die Abfertigung sich bis nach Beginn der Vorstellung hinzieht. Billets, denen eine Inhabungsangabe des Stüdes gratis beigegeben ist, sind noch bei den Funktionären, sowie in der Partispedition Redarstr. 2 zu haben.

Der Bildungsausschuß. Beim Gerüstesturz schwer verunglückt ist gestern vormittag der 24 Jahre alte Maurerpolier Lehmann auf dem Neubau des Eigentümers Otto Krebs in der Richardstraße 30/31. Während die Maurer dort frühstückten, trugen die Steinträger Material auf die Mauer. Dabei muß wahrscheinlich das Gerüst im ersten Stock zu schwer belastet worden sein, denn als Lehmann es allein betrat, gab es plötzlich die Rehriegel nach und die Mauertrichter fielen mit dem Polier in die Tiefe. Lehmann schlug mit dem Kopf auf einen Balken auf und verletzte sich so schwer, daß er nach dem Krankenhaus in Budow gebracht werden mußte.

### Friedenau.

Das von den Berliner Vorort-Elektrizitätswerken übernommene Elektrizitätswerk der Gemeinde Friedenau beabsichtigt die Gesellschaft vollständig stillzulegen und den Ort von einer anderen Zentrale aus zu versorgen. Es gewinnt immer mehr den Anschein, als ob die im geheimen beschlossene Sache noch einmal Staub aufwirbeln wird, was zur Klärung zu begrüßen wäre.

### Zehlendorf (Wannseebahn).

Aus der Gemeindevertretung. Als seinerzeit mit der Eisenbahndirektion der Vertrag über die Herstellung der Eisenbahnunterführung im Zuge der Wannseebahn gemacht wurde, hatte man die Regelung der Unterhaltungspflicht einer späteren Vereinbarung vorbehalten. Die Eisenbahndirektion hat nun die Gemeinde aufgefordert, für den auf Zehlendorfer Gebiet gelegenen Teil der Unterhaltungspflicht zu übernehmen. Dem Erwidern soll stattgegeben werden. Eine längere Aussprache rief der Punkt 8 hervor. Der Vorstand hatte beantragt, dem Marktplatzler Markt zur Aufrechterhaltung der Omnibusverbindung des Westens mit dem Markt an den Markttagen eine Beihilfe von 800 M. zu gewähren. Als seinerzeit der neue Marktplatz eingerichtet wurde, glaubte ein jeder, daß die Gemeinde die Regelung aller dabei erforderlichen Angelegenheiten, so die Verträge mit den Standinhabern, selbst in die Hand nehmen würde. Allerdings wurden diejenigen bald bitter enttäuscht, die unserer Gemeindevertretung ein so weitgehendes soziales Verständnis zugestanden hatten; der Markt wurde verpachtet und Pächter wurde der Kaiserhofwirt Herr Markt. Er soll aus der Pachtung schon einen sehr nennenswerten Gewinn gezogen haben, und Herr Dvonton, der bei der Verhandlung der Vorlage mit diesem Argument operierte, erbot sich auch, die hohen Zahlen dieser Gewinne anzugeben, allerdings in nichtöffentlicher Sitzung. Was braucht denn auch die Zehlendorfer Einwohnerschaft zu wissen, wie sie durch die Kurzsichtigkeit ihrer Vertretung geprellt wird. Herr Markt suchte nun den Verkehr mit dem Markt zu haben, indem er nach einiger Zeit den Omnibusverkehr bis Bahnhof Seerstraße einrichtete, und zwar aus freien Stücken, weil er sich dadurch mit Recht einen noch größeren Gewinn verschaffen konnte. Jetzt nun kommt er und rechnet der Vertretung in seinem Anbieder vor, daß er bei einem 30 Minutenverkehr der Omnibusse schon für den Sommer einen Zuschuß von 2000 Mark geleistet habe. Durch Minderung des Verkehrs auf das nach seiner Meinung notwendige Maß würde sich sein Zuschuß immer noch auf 1000 M. belaufen, wovon er also nur 800 M. ersetzt haben wollte. Der Antrag des Vorstandes, die 800 M. zu gewähren, wurde ja schließlich abgelehnt, aber nur mit 12 gegen 10 Stimmen; und wohl nur, weil sich die Mehrzahl der Vertreter bei den verschiedenen vorliegenden Anträgen, über die Tragweite des zuerst abgestimmten Antrages nicht ganz im klaren waren. Einige Vertreter stimmten in der Verhandlung eine recht bewegliche Klage an über die Schädigung der hiesigen Gemeindeglieder durch die Anlage des Marktes. In gerade nicht vorbildliche Verhältnisse des „Pensionopolis“ leuchtete eine Vorlage des Vorstandes, die verlangt, den Bewohnern aus dem Ortsteil Schönau ebenfalls zu gestatten, Verteidigungen von verstorbenen Angehörigen auf dem Friedhofe in der Spandauer Straße vorzunehmen. Der fortstimmend behaftete Ortsteil hat auch unter ganz kläglichen Verhältnissen zu leiden; der

Friedhof hat nicht einmal eine Leichenhalle. Kürzlich war nun ein Arbeiter gestorben, dessen eigene Wohnung so kläglich beschaffen war, daß nicht einmal die Aufbahrung der Leiche möglich war. Erst dadurch, daß eine andere Familie ihre einzige Stube dazu hergab, konnte die Aufbahrung vorgenommen werden. Unter diesen Umständen mußte ja dann die Vertretung dem Antrage des Vorstandes zustimmen. Die Vorlage, den Verträgen über Aufnahme der Abfuhrkosten auf Schmelzer Gebiet zuzustimmen, verfiel der Vertretung. Es soll erst in nichtöffentlicher Sitzung festgestellt werden, ob jetzt noch so hohe Zahlungen an den Gutspächter Kosmus von Düppel notwendig sind, wie in den Verträgen vorgesehen ist.

### Tempelhof.

Beinahe der Beschlußfähigkeit verfallen wäre die letzte Gemeindevertretung. Die sieben Gemeindevorsteher sahen da und warteten auf die zur Beschlußfähigkeit notwendige „Stimme“. (Näheren Vertreter M. Müller, dessen Wahl vom Kreisaußschuß für gültig erklärt wurde, hat man bisher immer noch nicht eingeladen.) Da das Barren der bürgerlichen Herren aber vergeblich schien, so sandte man Boten aus, und kurze Zeit darauf erschien denn auch der Vertreter, dem der Vesperlasser jedenfalls lieber war, als eine Teilnahme an der Gemeindevertretung. Vor Eintritt in die Tagesordnung beachtete der Vorsteher des Ablebens des Schöffen Lehne, der seit 1872 in der Gemeinde öffentliche Kempter besaß. Der Wunsch letzter Kreise der Bevölkerung, einen Schulrat anzustellen, ist bis jetzt nicht auf die Tagesordnung gekommen, obwohl ein darauf bezugnehmender Antrag bereits Anfang dieses Jahres gestellt worden ist. Neben anderen unwesentlichen Sachen wurde über die Bewilligung einer Veteranenbeihilfe verhandelt. Bemerkenswert ist, daß von den hier anwesenden etwa 60 Veteranen 19 noch nicht ein Einkommen von 600 M. haben! Eine Einigung konnte aber in bezug darauf, ob eine laufende oder einmalige Stempelgabe gewährt werden soll, nicht erzielt werden. Mitgeteilt wurde, daß eine Terraingesellschaft 1500 M. zu diesem Zwecke gestiftet hat und die Absicht besteht, aus Gemeindegeldern einen Betrag zu bewilligen. Mit den Vorarbeiten wurde eine Kommission betraut. — Weil in einigen Klassen der höheren Mädchenschule die Anzahl der Schülerinnen die übliche Frequenz überschreitet, ist nach Ansicht des Kuratoriums die Errichtung neuer Lehrstellen notwendig. Es sitzen in der 1. Klasse 7, in der 2. Klasse 12, in der 3. Klasse 18, in der 4. Klasse 27, in den folgenden 31—48. Da sich bedeutende Mehrausgaben nicht rechtfertigen ließen, wurde vorläufig von der Anstellung neuer Lehrkräfte Abstand genommen. Bei der Debatte über die Anstellung eines Landmessers mit 3000 M. Gehalt behauptete ein Gemeindevorsteher, daß der Vorsteher diese Angelegenheit nicht erst in einer Kommission vorgebracht und persönliche Angelegenheiten in öffentlicher Sitzung zur Sprache bringe. Jedemfalls behauptete der betreffende Herr, daß dem Vorsteher das Wort „Referent“ entzifferte. — Die Anstellung eines Realisations-Ingenieurs mit 6000 M. Gehalt wurde noch zurückgestellt, da man über die Person noch nicht einig war. — Zwischen Gottlieb-Dunzel- und Oberlandstraße wird durch die „Terrain-Gesellschaft Industrieviertel“ die Heiligstraße angelegt und der Gesellschaft der Konsens zur Pflasterung mit Gußasphalt bei 10jähriger Unterhaltungspflicht erteilt. — Nachdem bemerkt wurde, daß das Bestreben vorhanden sei, die Straßenunterhaltungsstellen so viel wie möglich herabzudrücken, kam die Vertretung auf den Schönberger Weg zu sprechen. Leider mußte zugestanden werden, daß der Zustand der Straße höchst mangelhaft sei; es seien 2—400 000 M. erforderlich, und einen solchen Betrag könne die Gemeinde nicht beschaffen, wenn nicht die beteiligten Abzogenen größeres Entgegenkommen zeigten. — Die Steglitzer Rad-Kennbahn hatte die Absicht, ihre Kennbahn nach Tempelhof zu verlegen, ist aber aus polizeilichen Gründen damit abgewiesen worden, da das in Betracht kommende Gelände sehr schnell zu Straßengraben Verwendung finden dürfte. Jetzt soll die Bahn an Tempelhofer Gemarkung, aber auf Schönberger Gebiet, in der Nähe der Kgl. Betriebswerkstätten gebaut werden.

Am die Stelle des Direktors am hiesigen Realgymnasium haben sich nicht weniger als 100, um die Oberlehrerstelle sogar 100 Bewerber gemeldet.

### Ober-Schöneweide.

Der Turnverein Oberspre, M. V. A. L. V., macht darauf aufmerksam, daß die Alte Herrenriege sowie die Männerabteilung Dienstags und Freitags, abends von 8—10 Uhr, Schulturnhalle, Watzstraße, die Frauen- und Mädchenabteilung Mittwochs abends von 8—10 Uhr in der Schulturnhalle Feischenstraße und die Jugendabteilung Sonnabends abends von 8—10 Uhr gleichfalls in der Schulturnhalle Feischenstraße turnt. Mitglieder werden in jeder Turnstunde aufgenommen.

### Nowawes.

Ueber unsere Fortbildungsschule kam es in der letzten Gemeindevertretung zu einer Debatte, die wieder ein trauriges Bild von den feindlichen und reaktionären Anschauungen gab, von welchen ein Teil unserer bürgerlichen Vertreter besetzt ist, wenn es sich um den Ausbau von Einrichtungen handelt, die den Angehörigen des zwar größten, aber ärmsten Teiles der Einwohnerschaft zugute kommen sollen. Es handelte sich hierbei um den Antrag auf Umwandlung der Leiterstelle der gewerblichen Fortbildungsschule in eine hauptamtliche. Bezeichnend waren es einige Vertreter aus dem Neudorfer Ortsteil, die gegen den vorliegenden Antrag in einer Weise zu Felde zogen, als gelte es, die Gemeinde vor dem finanziellen Ruin zu bewahren. Und dabei beträgt die Mehrausgabe, die durch die Annahme des Antrages von der Gemeinde jährlich zu leisten ist, ganze 1440 M., das heißt gerade den dreifachen Teil der Summe, die für den Bau der 12-zimmerigen Gymnasialdirektorenwohnung von der Gemeinde ausgegeben wird und die von den Bürgerlichen ohne Widerspruch genehmigt worden ist. In der Begründung des vorliegenden Antrages wies der Bürgermeister darauf hin, daß durch die immer mehr anschwellende Frequenz der Schule und die dadurch notwendig gewordene Teilung und Neueinrichtung von Klassen ein großer Raummangel entstanden sei; die Einführung des Tagesunterrichts für zwei Drittel der Schüler habe zur Folge gehabt, daß nicht mehr genügend Volksschullehrer zu haben sind, deren Zeit es erlaubt, Unterricht an der Fortbildungsschule zu erteilen, so daß jetzt 12 Vormittagssitzungen zu besetzen seien. Als weiteres wichtiges Moment komme noch hinzu, daß der jetzige Leiter der Schule, Volksschullehrer Schen, der wöchentlich 10 Stunden Unterricht an der Fortbildungsschule erteilt, diese Stellung zum 1. April gekündigt habe mit der Begründung, daß es ihm unmöglich sei, die Leitung zweier Schulen weiterzuführen. Der Bürgermeister erklärte ferner, wenn in dem Unterrichtsweisen an der Fortbildungsschule keine Änderung eintrete, daß die Verwaltung dann in kurzem vor der Notwendigkeit stehe, die Angehörigen verschiedener Berufe, z. B. die Schächter, Wäcker und Ruffler, überhaupt von dem Unterricht auszuschließen. Auch die Regierung, welche die Schule durch zwei Kommissare revidieren ließ, habe erklärt, daß überwiegende Gründe dafür sprächen, neben den zwei hauptamtlich tätigen Lehrern auch einen hauptamtlichen Leiter anzustellen. Aus allen diesen Gründen erlaube er um Annahme der Vorlage. Hierauf nahm Herr Quappe, der Vorsitzende des liberalen Vereins, das Wort, um mit einem solofalen Aufwand an Zungenkraft, der wirklich einer besseren Sache würdig gewesen wäre, den Antrag zu bekämpfen. Er erklärte, daß derselbe in der Bürgerlichkeit eine große Erregung hervorgerufen habe; durch die starken Anforderungen, die in letzter Zeit an die Finanzkraft der Gemeinde gestellt seien, infolge des Gymnasialbaues, der höheren Lehrerbildung usw., seien die Steuerzahler derart belastet, daß die Gemeinde einen solchen Luxus, wie die Anstellung eines hauptamtlichen Fortbildungsschulleiters nicht leisten könne. Man habe bedeutend größere Orte, wie z. B. Potsdam, in denen die Leitung dieser Schulen ebenfalls nebenamtlich betrieben werde, weshalb es sich auch bei uns ermöglichen lassen müsse. Genosse Grub unterzog sich der Pflicht, die Sache nicht durch die geringe Sachkenntnis getriebenen Ausführungen mit gebührender Schärfe zurückzuweisen. Er betonte, daß der Vertretung selten eine Vorlage unterbreitet worden sei, die von so

geringer finanzieller, aber um so größerer kultureller Bedeutung für die Gemeinde gewesen sei. Es müsse entschieden bestritten werden, daß die Verwirklichung des Antrages ein Luxus für die Gemeinde sei; um einen solchen habe es sich bei der Vorlage betreffs Bau des Gymnasialdirektorenwohnhauses gehandelt; hier aber gelte es den Ausbau eines Instituts, der für die Bevölkerung von großem Nutzen sei. Die Opposition zeige, daß ein Teil der Vertreter der Fortbildungsschule überhaupt feindselig gegenüberstehe. Der Hinweis auf Potsdam sei ein ganz verkehrter, da in dieser Stadt ganz andere wirtschaftliche Verhältnisse herrschen. Würde der Antrag von der Vertretung nicht angenommen, dann sei es wahrscheinlich, daß die Regierung die Gemeinde zwingen werde, in eine Änderung der jetzigen Verhältnisse einzutreten, da es eben an dem Lehrpersonal fehle, um die zu besetzenden 12 Unterrichtsstunden auszufüllen. Auch die Herren Kohl und Nath anerkennen sich für die Anstellung eines hauptamtlichen Leiters, während die Herren Schneider und Reiff sich im wesentlichen den Ausführungen des Herrn Quappe angeschlossen und dafür plädierten, durch eine andere Festsetzung der Unterrichtsstunden die jetzige Salamtät zu beseitigen und die Leitung nebenamtlich besorgen zu lassen. Von Herrn Reiff, der selbst Lehrer ist, berührt dies um so sonderbarer, als er sich ausdrücklich für die gänzliche Abschaffung des Abendunterrichts ausgesprochen hat, die doch erst recht die Anstellung eines hauptamtlichen Leiters bedingen würde. Er schien sich wohl auch selbst angesichts des zahlreichen Auditoriums, welches den Zuschauerraum füllte und hauptsächlich aus Lehrern bestand, in seiner oppositionellen Stellung nicht recht wohl zu fühlen, denn er hielt den Antrag, die Weiterberatung und Beschlußfassung über diese Angelegenheit in die nichtöffentliche Sitzung zu verlegen, was auch geschah. In dieser Sitzung wurde nun beschlossen, vorerst einen dritten hauptamtlichen Lehrer anzustellen und die Frage der Leitung der Schule noch offen zu lassen. Durch diesen Beschluß ist nun wenigstens die Gefahr einer Abschaffung des Tagesunterrichts, die bei dem jetzigen Zustande in greifbarer Nähe lag, beseitigt worden, und es darf erwartet werden, daß nunmehr auch die Frage der Leitung der Schule einer befriedigenden Lösung entgegengeführt wird.

### Weihenfee.

Mehrere Spielplätze für Kinder sollen in Zukunft geschaffen werden. Das alte, als Lagerplatz dienende Pumpstationsgrundstück an der Gürtel- und Straßburger Straße soll geräumt und als Kinderspielplatz hergerichtet werden. Ferner will man mit dem Besitzer des Geländes zwischen Gähler- und Viktoriusstraße um Ueberlassung desselben als Spielplatz in Verbindung treten. Auch noch in anderen Gegenden sollen, wenn möglich, freiliegende Wälder gepachtet werden. Anerkannt werden muß, daß die in Frage kommenden Behörden bei Festlegung des Bebauungsplanes des ehemaligen Rieslandes und der Rennbahn, sowie dem Gelände rechts der Berliner Straße und Falkenberger Straße auf große freiliegende Plätze Bedacht nahmen. Infolgedessen mußten die Pläne verschiedentlich umgearbeitet werden.

Sonderbare Anschauungen über seine Tätigkeit hat der Inspektor des hiesigen Friedhofes, Herr Kühne. In einer Friedhofskommissionsitzung rügte Genosse Taubmann, daß der Inspektor bei Verdächtigungen von Kindern, und in der Hauptsache von Arbeiterkindern, die Begleitung zur Gruft nicht selbst ausführt, sondern es einem Arbeiter überläßt, der in seinem Auftrage die üblichen Formalitäten besorgt. Eine Untersuchung wurde zugestimmt, aber eine Aufklärung erhielt die Kommission bis jetzt nicht. Am vergangenen Freitag hatte die Kommission eine Besichtigung auf dem Friedhofe und es traf sich, daß ein Kind bestattet wurde, aber der Inspektor war wieder nicht dabei, sondern wie es sich herausstellte, sah der Herr am warmen Ofen. Der gleiche Arbeiter, der den Sarg zur Gruft trug, nahm auch die Bestattung vor. Das war selbst den anwesenden bürgerlichen Herren nicht so ganz gleichgültig und man stellte den Inspektor zur Rede. Auf die Frage des Genossen Taubmann, ob er sich nicht nach seiner Dienstordnung davon überzeugen muß, daß die Kinderleiche der Erde übergeben ist, antwortete er, daß sei nicht nötig, denn sein Arbeiter mache es ebenso gut. Na, dann sind Sie als Inspektor ja eigentlich überflüssig, lautete die weitere Antwort unseres Genossen. Nein, durchaus nicht, ein Friedhofsinsektor hat noch mehr zu tun. Im übrigen hielt er es für ganz selbstverständlich, so zu halten und zu walten wie er will. Ausnahmslos bei Arbeiterkindern erlaubt sich der Herr diese Rücksichtslosigkeit, bei Kindern besserer Kreise oder wenn ein Geistlicher anwesend, ist der Herr am Plage. Sätze der dargelegten Verärgerung ist es daher einzugehen, wenn die Klagen verstummen sollen.

### Zegel.

Von einer erfreulichen Steigerung der Abonnentenzahl auf den „Vorwärts“ konnte in der letzten Mitgliederversammlung des Wahlvereins berichtet werden. Nach einem mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag des Genossen H. a. über „Roabit“ wurde bekannt gegeben, daß zu den 70 Abonnenten auf den „Vorwärts“, die durch das siebenstägige Verbleiben in den einzelnen Bezirken neu gewonnen wurden, weitere 83 hinzugekommen seien und daß im Monat Oktober 24 neue Wahlvereinsmitglieder aufgenommen wurden. Durch Hausgitation der Frauen, die nach der öffentlichen Frauenversammlung vorgenommen wurde, sind 80 neue weibliche Mitglieder gewonnen worden. Der Bescheid findet am 28. November statt. In die Wahllokal-Kommission wurden drei weitere Genossen gewählt; die Bürgerausgabe findet wochentäglich abends von 8—10 Uhr statt und ist den Mitgliedern angelegentlich empfohlen.

### Spandau.

Der kürzlich unzüchtiger Handlungen beschuldigte Prediger Resemann hat, wie der „Sp. A.“ berichtet, dem Vernehmen nach, aus Gesundheitsrücksichten sein Amt als Pfarrer von St. Nikolai niedergelegt; er befindet sich zurzeit in der Krankenheilanstalt von Dr. Ebel in Charlottenburg.

Arbeiter-Samariter-Bund, Abteilung Spandau. Am Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr bei Köpke, Havelstr. 20, Uebungsabend. Gäste willkommen.

Leser- und Diötnierklub „Baumgärtnerweg“. Mittwoch, den 23. November, abends 9 Uhr, im Lokal von Giergen, Baumgärtnerstr. 27, Sitzung. Vortrag über: „Materialistische Gesellschaftsaufassung“. Gäste haben Eintritt.

Kaufmännische Frauen- und Sterbekasse von 1885. (S. D. 71.) Abendstr. 4. Dienstag, den 22. November, abends 9 Uhr, im Restaurant Jägerstr. 18/19: Sitzung.

Kunstlicher Marktbericht der hiesigen Markthallen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. Marktlage: Fleisch: Zufuhr stark, Gehalt (schleppend), Preise unverändert. Für dänisches Rindfleisch und Hammelfleisch anziehend. Wild: Zufuhr sehr reichlich, Gehalt nicht lebhaft genug, Preise fast unverändert. Gelläge: Zufuhr reichlich, Gehalt fast, Preise gedrückt. Fische: Zufuhr in lebenden Fischen sehr mäßig, Gehalt ziemlich lebhaft, Preise wenig verändert. Gaiter und Raje: Gehalt ruhig, Preise für Butter anziehend. Gemüse, Obst und Südstücker: Zufuhr genügend, Gehalt fast leblos, Preise gedrückt.

### Wasserstand-Notizen

Wasserstand	am		seit		Wasserstand	am		seit	
	20. 11.	19. 11.	am	vor		20. 11.	19. 11.	am	vor
Remel, Teltow	202	-2			Saale, Großh.	157	-1		
Bregel, Ankersburg	81	-2			Daniel, Potsdam	88	-2		
Wegelin, Thom	182	-10			Wegelin, Rathenow	90	-2		
Oder, Rathow	405	+70			Spree, Erdmannsb.	130	-16		
• Krossen	274	-2			Bestow	136	+2		
• Frankfurt	275	+1			Sejer, Münden	5	-8		
• Gattke, Schramm	78	+4			• Minden	94	0		
• Landsberg	28	+8			Rein, Rastattkanal	476	-8		
Rege, Bortomus	26	+22			• Rind	383	-13		
Elbe, Reimern	192	-13			• Röh	410	-20		
• Dresden	96	-18			Redar, Heilbronn	125	-18		
• Harb	291	+11			Rein, Berthelm	224	-7		
• Magdeburg	240	+9			Reisel, Trier	261	+17		

\*) + bedeutet Hoch, - Niedrig. \*) Unterbeleg. \*) nach telegraphischer Meldung heute um 7 Uhr morgens 249 cm.